

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Fringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Fringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 18608. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabenden).

Inserate kosten die Gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Plakatschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im Voraus zu entrichten. Schluss der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 6 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Postgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Im Reichstag hat gestern der Zweckverband aller bürgerlichen Parteien die von dem Annulierungsantrag der Wahlprüfungskommission bedrohten Mandate einiger bürgerlichen Abgeordneten gerettet.

Der Antrag Erzbergers zur Deckung der südwestafrikanischen Kriegskosten wurde in der Budgetkommission des Reichstags abgelehnt.

Der Bericht der Wahlrechtskommission des Senatshauses ist erschienen.

In Albanien kam es zu ersten Zusammenstößen zwischen türkischen Truppen und Aufständischen.

Zur politischen Lage in Holland.

Leipzig, 26. April.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben:

In der weiten kapitalistischen Welt gehen die Wogen des ökonomischen und politischen Lebens immer höher, es regt sich tief in den Massen, die vom Kapitalismus überall zum organisierten Widerstand aufgestachelt werden. Das hervorragende Merkmal der politischen Lage in Holland ist augenblicklich die Ruhe. Nur der Fortschritt in der reaktionären Bestimmung der bestehenden Klassen erinnert an europäische Verhältnisse. In einer Korrespondenz aus Amsterdam erhielten die Leser der Leipziger Volkszeitung Kunde von der Reaktion auf dem Gebiete des Volksschulwesens. Die liberale, die große Bourgeoisie, die Hafen- und Fabrikkapitalisten in Rotterdam, im ökonomischen Zentrum des Landes, sind die Führer der nationalstaatlichen Strömung auf dem Gebiete des Volksunterrichts. Zwei Kräfte sind an der Arbeit. Erstens wird die große Bourgeoisie, wie überall in der kapitalistischen Welt, immer mehr „national“. Nationalismus ist ihr ein Reflektionsmittel, dessen sie im Konkurrenzkampf mit den Bourgeoisien anderer Länder bedarf. Der holländische Schnaps, eines unserer Nationalprodukte, findet leichter Absatz unter Zivilisierten und Wilden, wenn ihn das liebliche Antlitz der Wilhelmine als Schutzmarke schmückt. Die zweite Ursache der starken nationalstaatlichen Strömung liegt in politischen Verhältnissen. Wir kennzeichnen den Einfluss des bestehenden Wahlrechts auf die politische Lage im allgemeinen. Die Antithese zwischen den klerikalen Parteien und den Liberalen aller Nuancen findet ihren Nährboden in dem Van Houterschen Wahlrecht, durch das das Prole-

tarlat heimtücklich entrechtet wurde. In einer Anzahl von Städten, so auch in Rotterdam, besitzt die klerikale Kleinbürgerschaft die Mehrheit im Wählerkorps. Die politische Herrschaft der liberalen Bourgeoisie ist somit bedroht. Politisch ist sie bereits zur hoffnungslosen Minderheit zusammengeschrunpft. Daraus folgt, daß die liberale Bourgeoisie die öffentliche Volksschule, die „neutrale“, d. h. konfessionslos ist, gegen die „freien“, d. h. klerikalen Schulen ausspielen und rüsten will. Die Folge ist eine immer mehr um sich greifende Reaktion auf dem Gebiete des öffentlichen Unterrichts. Die im Bunde der Niederländischen Lehrer organisierten Lehrer versuchten, sich diesem Streben der Bourgeoisie zu widersetzen. Der Vorsitzende Ossendorp, ein sozialdemokratischer Lehrer, tat dies auf dem Verbandstag des Bundes zu Weihnachten des vorigen Jahres, indem er das pädagogische Prinzip der sogenannten absoluten Neutralität des Volksunterrichts betonte. Dies Prinzip verbietet aus pädagogischen Gründen, dem Kinde politische oder religiöse Tatsachen zu lehren, die es zu begreifen noch nicht imstande ist. Der Bund stellte sich mit diesem Prinzip auf ziemlich schwachen Boden. Hätten die Lehrer stolz die Fahne der öffentlichen obligatorischen Volksschule mit einem wissenschaftlichen Unterricht für alle Volkskinder erhoben, so hätten sie gewiß ihrer eigenen Sache und der Sache des Volksunterrichts besser gedient. So aber ließen sie sich in die Defensive drängen und mußten unter dem Drucke des vereinigten Angriffs der gesamten Bourgeoisie den Rückzug antreten, indem sie feierlich erklärten, sie seien bereit, in dem von der Bourgeoisie gewünschten „nationalen“ Geistesunterricht zu erteilen.

Die Ursache dieser Schwächlichkeit der Lehrer hängt aufs engste mit den Ursachen der allgemeinen Reaktion zusammen. Die Volksschullehrer fühlen sich durch den Aufschwung des Klerikalismus und durch die Wendung innerhalb der liberalen Parteien bedroht. Aber — und das ist die Hauptsache — sie können sich auch nicht auf die einzige Macht, die ihnen wirklich Hilfe bieten könnte, stützen: auf die organisierte Arbeiterklasse. Die Schwäche der reformistisch durchdrungenen Arbeiterbewegung ist in letzter Instanz die Ursache der Niederlage, die die Lehrer in ihrem Kampfe wider die Reaktion im Unterrichtswesen erlitten haben.

Die S. D. A. P. hat bereits im Jahre 1902 den prinzipiellen Kampf für die obligatorische und wissenschaftliche Volksschule aufgegeben, indem sie in der Resolution von Groningen den Staatssubsidien für konfessionelle Schulen zustimmte. Die S. D. A. P. — sie war damals bereits in der Mehrheit opportunistisch — faßte diesen Beschluß aus Wahlrücksichten. Seitdem ist sie immer mehr auf revisionistischer Bahn fortgeschritten, und hat sich immer mehr dem Liberalismus genähert, und so hat

auch die Arbeiterbewegung unter ihrer Führung immer mehr die Lust eingebüßt, energisch für die freie Volksschule zu kämpfen.

Die Bewegung für das allgemeine und gleiche Wahlrecht ist auf einem Punkt angelangt, wo die Frage sich aufdrängt: Was nun? Doch nicht wie in Preußen, infolge der Kraft, sondern infolge der Schwäche! Die jährliche Demonstration ist zu einer leidenschaftslosen Versammlung der Mitglieder des reformistischen Gewerkschaftsverbandes und der S. D. A. P. geworden, während Hunderttausende von Arbeitern, die das Wahlrecht nicht besitzen, unerwartet das Joch weiter schleppend fern blieben. S. D. A. P. und N. B. B. haben nun beschlossen, im folgenden Jahre eine Petition des Volkes zu veranstalten. Es ist klar, daß dies keine Verschärfung sondern eine Abschwächung des „Kampfes“ ums Wahlrecht bedeutet. Die einzige Möglichkeit einen kräftigen Wahlkampf, wo nicht zu entfachen, so doch vorzubereiten, besteht darin, daß man zu jeder Zeit und bei jeder Gelegenheit, auch in den Gewerkschaften, die Notwendigkeit des allgemeinen Wahlrechts hervorhebt. Und dies wird nun gerade von den Reformisten der S. D. A. P. und des N. B. B. veräußert. Weder bei der Unterrichtsfrage, noch bei der Frage des Zehnstundentages, für den die Arbeiter nun auch schon seit Jahren demonstrieren, ohne daß die Sache vom Fleck kommt, geschieht auch nur etwas in der Richtung.

Die aktuelle politische Frage dreht sich um die Sozialversicherung. Die große klerikale Mehrheit möchte wenigstens versuchen, etwas zustande zu bringen. Die im Jahre 1913 fälligen neuen Wahlen drohen! Bei den bürgerlichen Politikern jeglicher Richtung herrscht Ueber-einstimmung darüber, daß man jede Altersversicherung auf Staatskosten bekämpfen muß. Es klingt fast unglaublich, daß die S. D. A. P. und der reformistische Gewerkschaftsverband den bürgerlichen Parteien zustimmen. Die Kammerfraktion der S. D. A. P. hat bei der Debatte über die Sozialversicherung die Programmforderung der S. D. A. P., Altersversicherung auf Staatskosten, fallen gelassen, indem sie sich genau so aussprach, wie die Mitglieder der Liberalen Union und Freisinn-demokratie. Eine Altersversicherung ohne Beiträge der Arbeiter ist aber in unserem Lande sowohl notwendig als möglich. Die S. D. A. P. hat in ihren guten Tagen für diesen Programmpunkt eine kräftige Bewegung zu entfachen gewußt. Ihre ultra-parlamentarische Taktik, die auf ihrem letzten Kongress zu Leeuwarden die frühliche Zustimmung der großen Mehrheit der Delegierten gefunden hat, hat die Bewegung für die Altersversicherung verwehrt.

Arbeiter, Parteigenossen! Rüstet zur Maifeier!

Seuilleton.

Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien von Frank Norris. Eingig berechtigte Uebersetzung von Eugen v. Tempsta.

70]

Nachdruck verboten.

Als er so dahinging, begann sich etwas wie das Gefühl der Scham in ihm zu regen. Er sagte sich, daß jeder, der ihm begegnete, ihm sicher sein Unglück ansehen mußte. Dyles Aussehen und Haltung verrieten schon den in allen seinen Unternehmungen hoffnungslos Gescheiterten. Die jungen Mädchen in Batist und Musselin und mit den breitrandigen Strohhüten kamen, die Hände voll Briefe, eben von der Post zurück; er erschien ihnen gewiß als das Urbild des zahlungsunfähigen Bankrotters.

Jetzt erst flammte die Wut in ihm auf. Nein, bei Gott, seine Schuld war es nicht! Er hätte keine Torheit begangen. Mangel an Eifer, Fleiß und Voraussicht konnte ihm niemand vorwerfen. In ihm war ein ungeheurer Betrug, eine zum Himmel schreiende Ungerechtigkeits verübt worden; er war der unersättlichen Gier des Ungeheuers zum Opfer gefallen. Unter seinen Füßen, im dunkeln Erdinnern lag das Scheusal auf der Lauer; einen von den Millionen seiner Fingarme hatte es nach ihm ausgeschneit und um seinen Hals geschlungen, ihn damit gewürgt und sein Lebensblut ausgefaßt. Einen Augenblick dachte er an die Gerichte, um aber sofort den Gedanken zu verjagen. Welcher Gerichtshof war wohl

der Macht des Ungetüms nicht unterworfen? O, die Wut der Hilflosigkeit, die Kaserel über seine Ohnmacht! Keine Hilfe, keine Hoffnung — in einem kurzen Augenblick zugrunde gerichtet — er, ein wahrer Riese mit Muskeln von Stahl, breitschulterig und baumstark, in blühender Gesundheit und im Vollbesitz seiner Geisteskräfte! Wie konnte er sich jetzt zu Hause zeigen, wie seiner Mutter von diesem Schicksalsschlag sprechen? Und Sidney — das Kleinkind? Was sollte er dem Kinde sagen, auf welche Weise das Unglück erklären und wie dem Liebling über die bittere Täuschung hinweghelfen? Was sollte er tun, daß Sidney sich nicht die Augen ausweinte — wie es begannen, daß sie nicht das Vertrauen auf ihn, den Glauben an seine Tüchtigkeit verlor? Bitterer, wilder Grimm stieg unheilkundend in seinem Herzen auf. Er ballte die Fäuste und knirschte mit den fest aufeinander gebissenen Zähnen. O, könnte er nur einen Augenblick seine Hand am Hals S. Behrmans haben, um ihm den Atem abzuwürgen, den roten Lebenssaft aus ihm zu pressen und die Strafe mit dem Blut zu färben, das der Vampir dem Volke aus den Adern gesaugt hatte!

Dem ersten Freunde, den er traf, noch einem und wieder einem erzählte Dyle die Geschichte seines Unglücks. Die Nachricht davon wurde von Mund zu Mund weitergegeben und verbreitete sich mit Blitzesschnelle. Sie überholte Dyle und elkte ihm voraus, so daß er sie beim Betreten der Vorkasse des Posemite-Hotels schon seiner wartend vorfand. Eine dichtgedrängte Gruppe bildete sich um ihn. Die in seiner Nähe geführten geschäftlichen Besprechungen wurden kurz abgebrochen. Die Zahl der ihn Umdrängenden nahm zu. Einer seiner Freunde nach dem andern mischte sich unter die Menge; Magnus Derrick gesellte sich zu ihr, auch Annixter. Immer wieder und wieder

erzählte Dyle seine Geschichte; er begann jedesmal mit der Tatsache, daß ihn diese selbe Gesellschaft aus ihrem Dienst entlassen hatte, weil er für unangemessene Bezahlung nicht arbeiten wollte. Seine Stimme zitterte vor Erregung, und der mächtige Körper bebte vor Wut. Das Weiße seiner Augen war mit Blut interlaufen und sein Gesicht glühte, während er sprach und mit der wie tiefer Orgelton dröhnenden Bassstimme die Ausrufe und hingeworfenen Bemerkungen seiner Zuhörer übertronte. Von allen Gesichtspunkten aus wurde sein Fall erörtert; die einen redeten sich dabei in eine fieberhafte Erregung hinein, andre äußerten sich ruhig und sachgemäß. Aber ein Ausruf erhielt die Zustimmung fast aller. Annixter tat ihn: „Sie sitzen fest. Sie können brüllen, bis Sie schwarz im Gesicht sind, aber gegen die Eisenbahn können sie nicht boden.“

„Totschießen können Sie den Schuft, Sie können S. Behrman über den Haufen schießen!“ rief jemand aus der Menge. „Ja! Bei Gott, totschießen können Sie ihn!“ „Armer Narr,“ murmelte Annixter sich abwendend. „Nichts zu machen! Nein, es war nichts zu machen, rein gar nichts. Dyle, den man endlich allein gelassen hätte, fuhr zur Stadt hinaus. Er war eben noch mit gutem Rat und wohlmeinenden Vorschlägen, ja selbst mit Anerbieten finanzieller Hilfe überhäuft worden. Es fehlte Dyle auch nicht an Freunden, die ihm die mannigfaltigsten, fein erfonnenen Pläne und die listigsten Anschläge unterbreiteten. Sie waren alle wertlos. Der Fingarm hielt ihn in unlösbarer Verschlingung. Dyle konnte sich nicht rühren. Er sah fest.“

Als er weiter ins offene Land hineinfuhr, wich allmählich sein Joch von ihm, und er verfiel von neuem in den Zustand dumpfer Betäubung. Er vermochte nicht,

Ein offener Brief

an den ersten Vorsitzenden des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Herrn Königl. Baurat B. F. F. F.

Diesem vom Grundstein, dem Organ der Maurer, veröffentlichten Briefe entnehmen wir folgendes:

Herr Baurat!

In den letzten Tagen und Wochen ist der von Ihnen geleitete Arbeitgeberbund mit einigen Kundgebungen an die Öffentlichkeit getreten, die dazu bestimmt waren, die öffentliche Meinung über die gegenwärtige Aussperrung im Baugewerbe in einem den Unternehmern günstigen Sinne zu beeinflussen. Diese als Artikel in der Baugewerks-Zeitung und später in vielen Lokalbüchern erschienenen Kundgebungen sind mit den Buchstaben B. F. unterzeichnet, so daß man Sie für den Verfasser halten darf. Mit diesen beiden Artikeln soll sich unser Brief beschäftigen.

Die beiden von Ihnen, Herr Baurat, verfaßten Artikel — der Kern des Streits und der Beginn der Aussperrung — charakterisieren sich durch eine große Demagogie, Phrasenschwulst und durch eine erstaunliche Dreistigkeit im Aufstellen beweisloser, heftiger Verdächtigungen. Das tritt besonders in folgender Probe zutage:

Der Kern des Streites liegt vornehmlich nicht auf materiellem Gebiet. Die höchsten idealen Interessen stehen in Gefahr. Soll der Arbeitgeber auf seinem eigenen Bau noch etwas zu sagen haben. Soll er noch von den eigenen Leuten respektiert werden, sollen seine Anordnungen noch gelten? Soll er noch die Leute einstellen können, die er zur Ausführung seiner Bauten nötig hat, oder muß er von den Organisationen bestimmen lassen, welche Leute bei ihm arbeiten dürfen? Sollen nur organisierte Leute bei ihm arbeiten? Darf ihm der Bau gesperrt werden, wenn er andre beschäftigt? Mit einem Wort: Soll der Arbeitgeber noch Herr auf seinem Bauplatz bleiben, oder sollen es die sozialdemokratischen Organisationen noch mehr werden, als sie es heute schon sind? Soll der Arbeitgeber von den geheimen Räten der Organisationen und von den Namen seiner Arbeiter abhängen? Die Verhältnisse in dieser Richtung haben sich in den letzten Jahren unendlich verschlechtert. Treu und Glauben sind immer mehr im Schwanden begriffen. Ein Gang über den Bauplatz gehört nicht mehr zu den Annehmlichkeiten des Lebens.

Die deutschen Bauarbeitgeber sind der ewigen Nadelstiche müde, die ihnen von den Organisationen verfeßt werden. Darum wollen wir, daß unsere Verträge zentral abgeschlossen und von den großen Organisationen geschlossen werden. Wir wollen einen christlichen, fest bindenden Tarifvertrag, und wir erkennen die Arbeiterorganisationen ebenso an, wie den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, aber wir wollen nicht mehr mit den vielen kleinen Organisationen verhandeln und Verträge abschließen. Die Arbeiter sind in den wenigsten Betrieben reich und willens, sie aus eigener Kraft zu erfüllen. Die Arbeit, welche unser Bundesvorstand in der letzten zweijährigen Tarifperiode in Bezug auf lokale Streitigkeiten zu leisten hatte, war unendlich und doch gänzlich vergeblich. So geht es eben nicht weiter. Die Arbeiterführer wollen die Zersplitterung der Verträge, um die Macht des Deutschen Arbeitgeberbundes nicht auskommen zu lassen.

Wenn ein Aneingeweihter diese Sätze liest, so muß er glauben, auf den Bauten herrsche der rote Schrecken. Aber wie ist es in Wirklichkeit?

Der Arbeiter, der Arbeit annehmen möchte, geht entweder zum Geschäftshaus des Unternehmers oder, je nach dem Orts- und Geschäftsgebrauch, zum Polier auf den Bau. Dort wird er angestellt, entweder vom Unternehmer selbst oder von einem seiner Angestellten. Kein anderer Arbeiter hat irgendeinen Einfluß darauf, es sei denn, daß in dem Betriebe durch verwandtschaftliche oder andre Beziehungen eine gewisse Vetternwirtschaft herrscht. In solchen Fällen mag es auch wohl einmal vorkommen, daß ein Arbeiter seinen arbeitssuchenden Kollegen zur Einstellung verhilft oder sie auch hintertreibt. Aber das sind natürliche Ausnahmen, die mit der Organisation gar nichts zu tun haben, deren Ursachen vielmehr lediglich in der Person des Unternehmers liegen. Wer nicht die Wahrheit wissenschaftlich vergewaltigen will, der muß zugeben, daß die Einstellung der Arbeiter zu den Vorgängen gehört, auf die die Arbeiterorganisation gar keinen Einfluß hat. Sie, Herr Baurat, behaupten Unwahres, wenn Sie es so darstellen, als bestimme die Arbeiterorganisation die Einstellung und Entlassung der Arbeiter.

Sollen die Anordnungen des Arbeitgebers noch auf dem Bau gelten? fragen Sie. Wir fragen: Wer trifft denn heute die Anordnungen auf dem Bau? Soweit der Unternehmer nicht zu unersahnen dazu ist, ordnet er an, wie und was gearbeitet werden soll; wo er das nicht kann, weil ihm Erfahrung oder Zeit dazu fehlt, hält er sich Leute, Techniker oder Poliere, dazu. Diese Beauftragten des Unternehmers bestimmen den Arbeitshergang und kein vernünftiger Arbeiter wird etwas dagegen sagen.

Was sollen solche Heßphrasen: Soll der Arbeitgeber noch Herr auf seinem Bauplatz bleiben oder sollen es die sozialdemokratischen Organisationen noch mehr werden, als sie es heute schon sind? Was ist das für ein kindisches Geschwätz von den „geheimen Räten“ und den „Räten der Arbeiter“, von denen die Arbeitgeber abhängen sollen? Wenn die Unternehmer wirklich soviel Grund zum Klagen zu haben glauben, dann heraus damit, a b e r d a n n T a t s a c h e n, mit denen man sich auseinandersetzen kann, und nicht solche allgemeine Behauptungen und Verdächtigungen, von denen man nicht weiß, welche Mißstände denn eigentlich gemeint sein sollen.

Sie haben davon gesprochen, daß auf beiden Seiten Verschulungen gegen die Abschlüsse vorgekommen seien. Das gestehe ich Ihnen vollkommen zu, das ist auf beiden Seiten vorgekommen, und während der Zeit, wo ich an erster Stelle stehe, sind mir alle diese Verschulungen, ob sie nun von seiten der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer gemacht sind, zugegangen. Ich kann Ihnen die Verschulung geben, daß wir vom Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbunds sicher so ehrlich, wie Sie das nur irgend wünschen können, versucht haben, ohne Ansehung der Person, ohne Ansehung, ob es Arbeitgeber oder Arbeitnehmer war, für das Recht einzutreten, und ich will Ihnen gleich die ehrende Erklärung abgeben, auch Sie haben das getan, wo Differenzen entstanden sind, Sie sind auch ehrlich eingetreten, um solchen Mißständen Abhilfe zu verschaffen. Wo es sich um Abschlüsse zwischen großen Verbänden handelt, wird es sich niemals ganz und gar umgehen lassen, daß auch später einmal sozusagen nicht überall der Fahne gefolgt wird.

Was ist nun richtig von beidem: Ihre Klage über das Schwanden von Treu und Glauben oder Ihre den Arbeiterverbänden gezeigte Anerkennung, daß diese ehrlich bemüht gewesen seien, die Verträge zu halten? Beide Behauptungen stammen von Ihnen. Bei welcher sagten Sie nun die Wahrheit? Wir wissen doch schließlich auch, was sich in den letzten zwei Jahren mit unsern Tarifverträgen zugegetragen hat. Sollen wir Ihnen jetzt die Hunderte von Fällen aufzählen, wo sich Ihre Mitglieder gegen den Vertrag vergangen haben? Sie sagen, das sei auch von unsern Mitgliedern geschehen. Nun, wir sind überzeugt, wenn wir die Verschulungen beider Parteien gegeneinander aufrechneten, so würden auf eine Verschulung der Arbeiter mindestens drei Verschulungen der Unternehmer kommen. Warum mußten denn die Arbeiter auf eine Beschleunigung des Schlichtungsverfahrens drängen und warum sträubten sich die Unternehmer dagegen? Doch nur, weil die Arbeiter die meisten Beschwerden hatten! Und dann können Sie, Herr Baurat, ohne mit der Wimper zu zucken, uns vorwerfen, wir seihen uns über Treu und Glauben hinweg! Aber wir sind damit noch nicht fertig. Wissen Sie, Herr Felsch, daß Ihre Organisationen bei der gegenwärtigen Aussperrung an mehreren Orten rechtmäßig abgeschlossene Verträge gebrochen haben? In Marienwerder, in Plauen, in Queßlinburg, in Springe am Deister und anderswo? Ja gewiß, das müssen Sie wissen, denn diese Vertragsbrüche sind ja zum Teil von Ihren Kollegen im Bundesvorstande angezettelt worden. Und diese Vertragsbrüche sind doch nicht die ersten, die von Ihrer Organisation verübt worden sind.

Aber gleichwohl können Sie uns vorwerfen, wir vernichten Treu und Glauben! Ihr Alter entwauffnet, sonst würden wir schärfere Worte gebrauchen, um diesen Konflikt zwischen der Wahrheit und Ihren Behauptungen zu kennzeichnen.

Dann richten Sie schwere Vorwürfe gegen unsere Organisationen. Sie klagen über eine erdichtete Gewalt-herrschaft der Organisationen auf den Arbeitsstellen und

reden von ewigen Nadelstichen, deren die Bauarbeitgeber endlich müde seien. Auch darüber haben Sie noch vier Wochen früher ganz anders gesprochen. Bei den Verhandlungen am 9. März sagten Sie zu uns:

„Im Laufe der Jahre sind Sie durch eine seltene Einheit, die Sie überall gezeigt haben, zu einem starken Verbände geworden; uns geht es ebenso. Und daß Sie stark geworden sind, darüber dürfen wir uns doch wahrhaftig freuen; glauben Sie, wir neiden Ihnen Ihre Stärke nicht. Nein, im Gegenteil, wir wünschen, daß Sie weiter stark werden; denn nur, wo gegenseitige starke Organisationen vorhanden sind, wird es möglich sein, zu einem dauernden Frieden zu gelangen.“

Man erkennt Sie ja gar nicht wieder, Herr Felsch! Erst gerstlichen Sie vor lauter Wohlwollen für die Arbeiterorganisationen, und jetzt stellen Sie uns als die schrecklichsten Bautyrannen hin! Sagen Sie uns, und sagen Sie auch den andern Leuten, denen Sie den „Kern des Streits“ gezeigt haben, welche von den beiden sehr verschiedenen Ansichten nun Ihre wirkliche Ansicht ist. Eine kann nur Wahrheit, und eine muß Unwahrheit sein.

Sie regen sich darüber auf, daß unser Kollege Bömelburg den Unternehmern angekündigt hat: „Parbon wird nicht gegeben!“ und sagen dazu: „Wir sind weit entfernt, Gleiches mit Gleichem vergelten zu wollen. Angehörige eines Volkes sollen so nicht untereinander sprechen.“ Da werden Sie plötzlich vaterländisch-sentimental. „Glieder eines Volkes.“ Sehr schön gesagt. Aber sagen Sie mal, Herr Baurat, warum haben sich denn Ihre Kollegen von den Großindustriellen die Zustimmung geben lassen, daß auch diese — die doch mit unserm Streit nichts zu tun haben — alle in ihren Betrieben beschäftigten Bauarbeiter entlassen, ja, daß sie sogar die etwa beschäftigten Frauen von Bauarbeitern aus der Arbeit entlassen? Das sind doch auch „Glieder eines Volkes!“ Wenn Sie so für die vollkommene Solidarität eintreten, dann tun Sie das etwas weniger pathetisch, etwas weniger theoretisch, tun Sie es etwas mehr mit der Tat. Wenn die Trauben nicht zu hoch hängen, dann haben Sie übrigens auf die vollkommene Solidarität gepiffen. Wissen Sie noch, Herr Baurat, in früheren Jahren, wie Sie, sobald Ihre Volksgenossen etwas höhere Lohnansprüche stellten, ausländisches, kulturloses Gesindel als Streikbrecher ins Land schleppten und diesem Gesindel das zahlten, was Sie Ihren Volksgenossen, denen Sie Ihren Wohlstand verdanken, nicht geben wollten? Sollen wir noch etwas mehr über die vollkommene Solidarität der deutschen Bauunternehmer sagen, oder genügt Ihnen dies vorläufig?

Und nun behaupten Sie so lange Sie wollen, die Unternehmer hätten sich um die Erhaltung des Friedens bemüht, glauben wird es Ihnen kein Mensch, der seine Wissenschaft auch außerhalb der Scharfmacher- und Landratsblätter Holt.

Zum Schluß, Herr Baurat: Es hat uns etwas Ueberwindung gekostet, Ihnen dies alles zu schreiben, aber die Sache, die wir vertreten, erfordert es. Wir haben Ihnen vielleicht etwas wehe getan, das wollen wir nicht in Abrede stellen; aber wir haben Ihnen nicht unrecht getan, wir haben Ihnen geantwortet, was Ihnen im Dienste der Wahrheit geantwortet werden mußte. Doch wenn es schon die Sache Ihres Bundes erfordert, daß Sie mit Unwahrheiten, beweislosen Behauptungen und ungreifbaren, demagogischen Verdächtigungen verteidigt wird, dann halten Sie sich wenigstens davon fern. Ueberlassen Sie dies schmutzige Geschäft doch den andern, den Scharfmachern, jenen Leuten, die diesen Kampf erzwungen haben. Sie ersparten sich die Aufregung und uns machten Sie die Abwehr leichter.

Die Redaktion des „Grundstein“.

Die Aussperrung im Baugewerbe.

Die Unternehmer sind fortgesetzt und mit erfreulicher Eifertigkeit bemüht, der Öffentlichkeit den Nachweis zu liefern, daß sie tatsächlich die Prätorianergarde der Schlotbarone sind. Zwar hat schon die allerdings wieder bestrittene Tatsache, daß die rheinisch-westfälischen Industriellen den Bauunternehmern mehrere Millionen Mark zur Verfügung gestellt haben, den unwiderleglichen Nachweis erbracht, daß die Bauunternehmer, oder wenig-

eine Stunde im voraus zu denken; er war nicht imstande, auch nur irgend etwas für den nächsten Tag zu planen. Dyle wußte nicht, was er beginnen sollte. Er sah fest.

Mit dem trägen Beharrungsvermögen eines Sandbades, die Fügel in den schlaffen Fingern baumeln lassend und zwischen den Pferddeköpfen hindurch ins Leere starrend, ließ er sich ziellos dahinführen. Dyle ergab sich in sein Los. Was lag ihm auch daran? Wozu noch etwas tun? Er sah fest.

Sein Gespann stammte aus dem Stalle von Los Muertos; die sich selbst überlassenen Pferde schlugen den Weg nach dem Derridschen Gehöft ein. Der völlig geistes-abwesende Dyle merkte das erst, als die das Wasser witternden Tiere an dem Trog vor Carahers Kneipe und Kramladen Halt machten.

Der Ex-Lokomotivführer stieg vom Wagen, blickte um sich und merkte jetzt erst, wo er war. Um so schlimmer! Aber es war schließlich alles eins. Da er doch schon so weit gefahren war, so kam er auf diesem Wege ebenso schnell nach Hause, wie wenn er umgekehrt wäre. Er löste die Zugstränge und sah, vor den Pferddeköpfen stehend, den Tieren zu, wie sie tranken.

„Ich weiß wahrhaftig nicht, was ich anfangen soll,“ murmelte er.

Caraher erschien jetzt im Rahmen der offenstehenden Ladentür; sein rotes Gesicht, der rote Bart und das feuerrote Halsstuch hoben sich scharf von dem Schatten des Türeingangs ab. Er rief Dyle einen Willkommenruß zu.

„Hallo, Käpt'n!“

Dyle blickte auf und nickte teilnahmslos mit dem Kopfe.

„Hallo, Caraher!“

„Na,“ begann der Kneipwirt, einen Schritt vortretend, „was gibt's Neues in der Stadt?“

Dyle erzählte. Carahers rotes Gesicht wurde noch röter. Grimmig blickten seine Augen unter den roten Brauen. In einer Reihe herausgesprudelter Flüche machte er seiner Wut Luft.

„Jetzt sind Sie an der Reihe,“ eiferte er. „Die haben's nicht allein auf die großen Weizenbauer, auf die reichen Leute abgesehen. Auch dem armen Mann plündern sie die Taschen. O, Sie werden den Wanst schon vollkriegen!“

So kann's nicht weitergehen. Eines schönen Tags werden Sie mal an den Unrechten kommen, an 'nen Kerl mit 'nem Rurr im Leibe; der wird schon mit ihnen reden mit 'nem Feuerbrand in der einen Hand und 'ner Dynamitpatrone in der andern.“ Er reckte die geballten Fäuste in die Höhe. „Gott soll mir helfen,“ sagte er, „wenn ich an alles das denke, so werd' ich verrückt — ganz rot wird mir's vor den Augen. O, wenn das Volk sich nur seiner Kraft bewußt würde! O, wenn ich die Leute nur aufweden könnte! 's ist nicht Selgrim allein — noch viele andre sind da. Alle die Magnaten, alle die Schlächter und Blut-sauger — Laufende sind's. Aber ihr Tag wird kommen, bei Gott, er wird schon kommen!“

Inzwischen hatten sich Ex-Lokomotivführer und Kneip-wirt in die hinter dem Kramladen gelegene Trinkstube begeben, um alle Einzelheiten dieses neuen Frevels durch-zusprechen. Der noch immer halb betäubte Dyle setzte sich an einen der Tische und sprach, in trübe Gedanken versunken, nur wenig. Caraher stellte, wie sich das für ihn von selbst verstand, die Whiststische vor seinen Gast hin.

Zufällig trat gerade in diesem Augenblick Presley, der, die Taschen voll Postfächer, von Bonneville nach Los Muertos zurückkehrte, in den Laden, um sich Graphit für die Kette seines Zweirads zu kaufen. Die Tür der dünnen Scheidewand, die Laden und Trinkstube trennte, stand offen, und so entging Presley kein Wort des zwischen Dyle und Caraher geführten Gesprächs.

„Lassen Sie mich die ganze Sache hören, Dyle,“ drängte Caraher.

Zum fünfzigsten Male erzählte Dyle seine Geschichte. Sie hatte schon eine bestimmte Form angenommen. Bei jeder Wiederholung gebrauchte er dieselben Redewendungen, dieselben Sätze und Worte. So hätte er sie jedem, der ihn anhören wollte, Woche auf Woche, Jahr auf Jahr, ja sein ganzes Leben lang erzählen können: „Ich rechnete mit einem Frachsack von zwei Cent. Wie sie nun merkten, daß ich ein hübsches Stück Geld verdienen würde, da erhöhten sie den Tarif auf das Doppelte — alles, was das Geschäft trägt, nehmen sie — und ich hatte S. Behrman die Hypothek gegeben — im Handumdrehen hat er mich ruiniert — ich sehe fest, die Rehle haben sie mir zuge-schnürt, und 's ist rein gar nichts zu machen.“

Während er sprach, trank er Glas auf Glas von dem Whisky; sein ehrlicher Zorn, die offene, unerfüllte Wut gerann gleichsam und verdichtete sich, um dann einen Boden-satz von dumpfem Haß und tückisch-feindseliger Böswilligkeit zu bilden.

Caraher, der jetzt sicher war, einen Anhänger zu gewinnen, füllte Dyles Glas von neuem. „Wollt ihr uns jetzt noch verurteilen,“ rief er aus, „uns Rote? O, ja, wohl, ihr von der Mittelklasse könnt gut Mäßigung predigen. Das kann ich auch. Und Sie auch, wenn Sie sich den Bauch vollgeschlagen haben, wenn Ihr Eigentum geschützt und Ihre Frau nicht ermordet ist, und wenn Ihre Kinder nicht am Verhungern sind. Ja, dann ist's verdammt leicht, gesetzliche Mittel und Wege, Hilfe bei den Gerichten und allen solchen Quatsch zu predigen. Aber mit uns,“ eiferte er, „wie ist's denn mit uns? Ah, gewiß, ich bin ein großschnäuziger Schnapswirt, nicht wahr? Ich bin ein wildäugiger Streiker, wie? Ich bin ein blutdürstiger Anarchist, was? Warten Sie nur, bis Sie sehen, wie man Ihnen die Frau nach Hause bringt, das Gesicht, das Sie geküßt haben, zermalmt von 'nem Hufschlag — hingemordet vom Trußt, wie mir's gegangen ist. Dann sprecht von Mäßigung! Und Sie, Dyle, der Lokomotivführer auf der schwarzen Liste, der entlassene Angestellte und ruinierte Landwirt, warten Sie nur, bis Sie sehen, wie man Ihre Mutter und Ihr Kleinkind zum Hause hinauswirft, wenn S. Behrman auf Ihr Eigentum Beschlag legt. Warten Sie, bis Sie sehen, wie abgehört und blaß die beiden sind. Und dann fragt Ihr kleines Mädchen, warum ihr alle denn nicht ein bißchen mehr eßt, und dann will sie ihr Mittagbrot haben und Sie können's ihr nicht geben. Warten Sie, bis Ihre Familie verhungert, weil kein Brot im Hause ist, und während-dem sehen Sie, wie hunderttausend Acker Weizen, Millionen Scheffel von Getreide vom Eisenbahntrußt zusammengeraubt und verschlungen werden, und dann reden Sie von Mäßigung. Das will der Trußt ja gerade hören. Davor fürchtet er sich nicht. Aber es gibt schon was, worauf er scharf hinhorcht und worauf er Angst hat — und das ist das Volk mit Dynamit in den Händen — sechs Zoll gutplombiertes Gasrohr — das wirkt!“

(Fortsetzung folgt.)

stets ihre Drahtzieher, im Solde der industriellen Scharmacher stehen. Auch die Beschlüsse der beiden Zentralen der Unternehmerverbände, keine ausgesperrten Bauarbeiter einzustellen, den Bauunternehmern bei der Fertigstellung von Bauten Auszahlung zu gewähren und einen Unterstützungsfonds zur Unterstützung der baugewerblichen Verbände zu gründen, haben erwiesen, daß ganz andre Kräfte als lediglich der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe bei der Aussperrung am Werke sind. Aber diese Nachweise genügen anscheinend den baugewerblichen Schiebern noch nicht; im Gefühl ihrer Macht, im frechen Übermut nehmen sie kein Blatt mehr vor den Mund und verklären rund herum, daß sie im Solde der Schlotbarone stehen. Das geht deutlich aus der letzten Nummer der vom Bauerrat Zeitschrift herausgegebenen Baugewerkszeitung hervor, in der mit erschöpfender Offenherzigkeit gesagt wird, wer denn eigentlich als Treiber hinter der Bauarbeiteraussperrung steht. Es heißt da:

Mit voller Einmütigkeit sind die großen Organisationskräfte der deutschen Arbeitgeber in unserm Kampf auf unsre Seite getreten. Die deutschen Arbeitgeberverbände der verschiedenen Gewerbe sind beinahe in zwei mächtigen Zentralen vereint, der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände und dem Verein Deutscher Arbeitgeberverbände. Dem letzteren Verein gehört auch der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe an. Beide Zentralen gehen zur Unterstützung des Baugewerbes im gegenwärtigen Tarifkampf Hand in Hand, weil die gesamte deutsche Industrie ein großes Interesse daran nimmt, daß wir nicht unterliegen.

Hier wird also wieder bestätigt, daß das gesamte organisierte Unternehmertum hinter den Bauunternehmern steht. Wichtiger aber ist noch, daß diese beiden Zentralen nicht nur materiell den Unternehmern beizuspringen werden, sondern daß sie auch auf den Gang der Aussperrung, auf die Einleitung von Verhandlungen und auf den Abschluß des neuen Vertrags bestmöglich einwirken wollen. Das beweist unbestreitbar folgende Stelle:

Auch der Ausschuss der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände, mit welcher der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände faktisch verbunden ist, hat einstimmig beschlossen, das Baugewerbe zu unterstützen, und will dabei mit dem Verein Deutscher Arbeitgeberverbände Hand in Hand gehen. Der Kartell-Ausschuss, welcher aus Vertretern der beiden Arbeitgeberzentralenverbände, der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände und dem Verein Deutscher Arbeitgeberverbände besteht, soll mit Zustimmung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe vor Beendigung des Kampfes gehandelt werden, damit bei Feststellung der neuen Arbeitsbedingungen für das Baugewerbe auch die Interessen der Industrie und der übrigen Gewerbe nach Möglichkeit gewahrt werden.

Wso nicht die tarifschlichtende Organisation der Bauunternehmer, nicht der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe bestimmt über den Abschluß der Verträge, sondern der Kartell-Ausschuss des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände und der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände. Sie müssen vor Beendigung des Kampfes gehandelt werden, damit bei Feststellung der neuen Arbeitsbedingungen für das Baugewerbe auch die Interessen der Industrie und der übrigen Gewerbe nach Möglichkeit gewahrt werden. Die Arbeiterchaft hat in der Tat alle Ursache, der Baugewerkszeitung für diese Offenherzigkeit zu danken. Auch dem gewissenhaften Intendanten der Unternehmung wird es nicht mehr gelingen, nachzuweisen, daß die Bauunternehmer zu dem Kampfe gezwungen worden seien, um ihre gefährdeten Interessen zu wahren. Die Bauunternehmer sind die Prätorianergarde der Schlot- und Zeichenbarone im Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen. Das ist das wertvolle Zugeständnis der Baugewerkszeitung, das sich die Arbeiter merken müssen.

Die Aussperrung in Leipzig.

Der Druck der Scharmacher hat nun auch einige Abbruchunternehmer veranlaßt, die Arbeiter auszusperrten. So erklärte der Unternehmer Anton Schöbel, der die Abbrucharbeiten am Hauptbahnhof ausführt, daß die Arbeiter entweder einen Revers unterschreiben, in dem sie sich verpflichten, aus der Organisation auszutreten, oder von ihm entlassen werden müßten, weil er sonst von den Meistern keine Arbeit wieder bekäme. Ein anderer Abbruchunternehmer namens Schmidt (Gebäude der Universität) entließ am Dienstagabend sämtliche organisierte Bauhilfsarbeiter; die anderen Arbeiter müssen den Revers unterschreiben.

Die organisierten Bauhilfsarbeiter haben demnach, ohne daß sie Forderungen gestellt haben, die Baustelle verlassen müssen.

Das genügt wohl zur Charakteristik der Scharmacher im Baugewerbe.

Gewerkschaftsbewegung.

Das Ergebnis der englischen Bergarbeiterbewegung.

Aus London wird uns geschrieben:

Die Gefahr eines Generalstreiks im englischen Bergbau aus Anlaß der Streitigkeiten im südwalisischen Kohlenrevier ist mit der Hilfe der Regierung abgewehrt worden. Voranschläglich ist der „soziale Frieden“ für die nächsten fünf Jahre festgesetzt. Wie erinnerlich, kamen die Dinge nach langwierigen Verhandlungen am 10. vorigen Monats zu einer Krise. Die Arbeiter hatten zuletzt eine Verlängerung des bestehenden Abkommens auf zehn Jahre und die Festlegung einer bestimmten Bohrate von 50 Prozent über die Minimalziffer von 1870, die einem Verkaufspreis von 11 Schilling 10 Pence pro Tonne Kohlen entsprach, gefordert. In einer Konferenz schlugen die Zecheneigentümer diese Forderung ab und stellten folgende Bedingungen: ein Abkommen bloß auf fünf Jahre, ein neuer Grundpreis von 20 Prozent über die Ziffer von 1870, ein neuer Grundpreis von 12 Schilling 6 Pence pro Tonne als Äquivalent dieses Minimallohns, und keine Erhöhung der Löhne, nachdem diese 50 Prozent über den Minimallohn erreicht haben und der Verkaufspreis die Höhe von 14 Schilling 6 Pence nicht übersteigt hat. Der Sinn dieses Angebots besteht aus der Tatsache, daß unter der alten Vereinbarung die Arbeiter, da der Durchschnittspreis der Kohlen gegenwärtig 13 Schilling 11½ Pence pro Tonne beträgt, bereits einen Lohn von 50 Prozent über der Minimalziffer von 1870 erhielten und bei der Steigerung der Preise bis 14 Schilling 6 Pence auf eine Entlohnung von 60 Prozent, die eine maximale ist, ein Recht hätten. Außerdem überließen die Kohlenpreise die Ziffer von 14 Schilling pro Tonne nur viermal im Verlauf der letzten 20 Jahre und standen noch in 1905 auf der Höhe von 11 Schilling 6 Pence. Die Annahme des Angebots der Unternehmer wäre daher für die Arbeiter gleichbedeutend einer wahrscheinlichen Herabsetzung des Lohnes. Die Vertreter der Arbeiterchaft auf der Konferenz

lehnten das Angebot ab und, nach einer privaten Beratung unter sich, stellten sie den Unternehmern das folgende Ultimatum: beide Parteien ziehen ihre Forderungen zurück und das alte Abkommen wird ohne Änderung auf weitere drei Jahre verlängert, nur das die andern, minderwichtigen Streitpunkte wegen der 60 Ueberstunden pro Jahr, der Entlohnung für Arbeit in abnormalen Zeiten und des Zweifelsystems zugunsten der Arbeiter geregelt werden. Auch dieses Ultimatum wurde abgelehnt und die Konferenz schied resultatlos auseinander.

Die Arbeiterchaft war auf ihre Delegierten ob der eigenmächtigen Zurückziehung der Forderungen und der Stellung des nichtautorisierten Ultimatum stark aufgebracht. Besonders wurde dafür der Vorsitzende der Delegierten, Brace, getadelt, der ein Mitglied der Arbeiterfraktion ist und auf ihrem rechten, also liberalen, Flügel steht. Die Arbeiterchaft forderte energisch die sofortige Einberufung einer Konferenz des allgemeinen Bergarbeiterverbands von Großbritannien, die über die Frage eines allgemeinen Streiks entscheiden sollte. Da zu selber Zeit auch die Regierung eingegriffen hat, so willigten die Unternehmer darauf ein, wieder einmal eine Konferenz abzuhalten und ihre Bedingungen etwas zu ändern. Die Konferenz fand am 26. März statt, und die Zechenbesitzer legten die folgenden Bedingungen vor: ein Abkommen wird auf fünf Jahre geschlossen; der Minimallohn soll 35 Prozent über die Ziffer von 1870 sein; der Äquivalentpreis soll auf 12 Schilling 6 Pence pro Tonne festgelegt werden; der Lohn steigt auf 50 Prozent, wenn der Verkaufspreis 14 Schilling pro Tonne beträgt, bleibt aber bei dieser Ziffer, bis der Verkaufspreis die Höhe von 14 Schilling 6 Pence pro Tonne übersteigt, worauf er bis auf die Maximalziffer von 60 Prozent hinaufgehoben werden kann; die 60 Ueberstunden werden nicht gearbeitet werden; von der Forderung nach Schabenerlohn für die nichtgearbeiteten Stunden seit 1. Juli (siehe den Artikel Niesensirei im englischen Bergbau in Nr. 87 d. Bl.) wird abgesehen; statt Doppelschichten werden überausende Schichten eingeführt werden, und für Arbeit in abnormalen Zeiten wird nach spezieller und privater Vereinbarung zwischen den Zechenverwaltungen und den betreffenden Arbeitern bezahlt.

Diese Bedingungen waren besser als die vorigen, aber auch ungenügend, denn ein Minimallohn von 35 Prozent bei einem Äquivalentpreis von 12 Schilling 6 Pence pro Tonne ist noch etwas weniger, als der bisher bestehende Minimallohn von 30 Prozent bei einem Grundpreis von 11 Schilling 10 Pence pro Tonne ausmachte und die Löhne für eine lange Zeit auf 50 Prozent festlegt. Außerdem war das Problem der Entlohnung für Arbeit in abnormalen Zeiten gar nicht geregelt und das bisher geltende System von Einzelschichten abgeschafft. Nichtsdestoweniger nahmen die Delegierten der Arbeiter die Bedingungen an. Sie meinten, einen besseren Erfolg könnte man auch durch Streiken nicht erzielen, und es sei noch geradezu fraglich, ob die Arbeiter im Falle eines Streikes von dem allgemeinen Verbands unterstützt würden. Diese Ansicht wurde auch trotz einer starken Opposition in den einzelnen Vereinen (manche Gruppen dieser Opponenten, etwa 20 000 Mann umfassend, legten sogar aus Protest die Arbeit nieder), von der allgemeinen Konferenz der Bergarbeiter im südwalisischen Reviere angenommen, und die Frage über die Annahme oder Verwerfung der Bedingungen der Unternehmer wurde der gesamten Arbeiterchaft zur Abstimmung vorgelegt. Das Ergebnis ist vorläufig: 60 425 Stimmen für die Annahme der Bedingungen und 30 642 für die Erklärung eines Streiks. Demnach ist der Vorschlag angenommen worden und der lange Streit erledigt.

Die Arbeiter haben nicht gut abgeschnitten. Ursprünglich war ihre Forderung nach einer Erhöhung des Minimallohns von 30 auf 40 Prozent über die Minimalrate von 1870, der einem Grundpreis von 11 Schilling 10 Pence pro Tonne entsprach, und der Festlegung eines Minimalstundenlohns für Arbeit in solchen abnormalen Zeiten, die wenig oder gar nicht produktiv sind. Statt dessen ist ihnen der Grundpreis, auf der die Lohnskala beruht, höher aufgeschoben worden, dabei der Äquivalente Minimallohn nur auf 35 Prozent erhöht, und die Arbeit in abnormalen Zeiten wird wie zuvor wesentlich gemäß dem Werte des Produkts entlohnt werden. Freilich erhielten sie dafür das Zugeständnis betreffs der 60 Ueberstunden pro Jahr, aber viele sind der Meinung, daß die Forderung der Unternehmer in diesem Punkte nie ernst gemeint, vielmehr nur als Pressionsmittel aufgestellt wurde, um es für ein wichtigeres Zugeständnis der Arbeiter auszutauschen. Es läßt sich natürlich nicht leicht eine solche Meinung beweisen, aber angesichts der 30 000 Stimmen, die für die Verwerfung der Bedingungen der Unternehmer abgegeben wurden, dürfen wir auch unsere Ansicht offen setzen, daß wenn Brace und Genossen nicht so ängstlich gewesen wären, den Frieden mit den Unternehmern zu schließen, und vor einem Streike nicht zurückgeschritten, die Arbeiter viel mehr den Unternehmern abgerungen hätten.

Indes ist der ganze Streit eine vor treffliche Illustration der ungeheuren Schwierigkeit, die das Proletariat auf dem bornigen Wege der Aufbesserung seiner Lage zu überwinden hat. Mehr als 20 Jahre hatten die Bergarbeiter in England für den Achtstundentag gekämpft. Endlich, nachdem eine besondere Arbeiterpartei aufgetreten war, wurde ihnen das Gesetz zugestanden. Es war aber ein Gesetz nicht für einen Akt, sondern für einen Achtstundentag, dem sich noch 60 Ueberstunden pro Jahr gesellen. Nicht zufrieden damit, unternehmen die Zechenbesitzer den Versuch, durch verschiedene Schikanen und Herabsetzung der Löhne die Kosten des Gesetzes auf die Schulter der Arbeiter abzuwälzen, was zu einem Kampfe führte, der erst jetzt zum Schluß gekommen ist. Ob es wirklich ein endgültiger Schluß ist? Werden sich die 30 000 südwalisischen Bergarbeiter dem Beschlusse der Mehrheit fügen? In einem andern Reviere, dem Northumberland, sind etwa 17 Knappschaften, die 10 000 Mann umfassen, mit dem nach einem langen Kampfe abgeschlossenen Abkommen unzufrieden geblieben und stehen noch immer im Ausstande. Anscheinend wird die Unruhe noch eine lange Zeit dauern. Aber erst, wenn sie zu Ende gekommen ist, wird man deutlich erkennen, daß der Kampf in sich dem Siege noch schwerer war als der Kampf vor dem Siege.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen im Holzgewerbe.

Die Wirkenmacher in Elmshorn (Hollstein) haben einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Die bisherige 60 stündige Arbeitszeit wurde um 3 Stunden pro Woche, auf 57 Stunden, verkürzt. Alle Akkordpreise sind um 10 Prozent aufgebessert, der Mindestlohn beträgt von jetzt ab 40 Pfg. pro Stunde. Den Akkordarbeitern wird bei Lohnarbeit der im Akkord erzielte Durchschnittsverdienst als Lohn gesichert.

In Schwartau und Umgegend (Hollstein) haben die Tischler die bisher bestehende elfstündige Arbeitszeit und Kost und Logis beim Meister beibehalten. Der Mindestlohn ist für sofort auf 42 und ab 1. April 1911 auf 44 Pfg. bei 10 stündiger täglicher Arbeitszeit festgelegt. Neben dem sofortigen Ausgleiche der Zeitverlängerung der Arbeitszeit tritt am 1. April 1911 eine Lohn-erhöhung von 2 Pfg. pro Stunde ein.

Die Arbeiter der photographischen Branche in Dresden haben bei den Firmen Jula und Holz u. Freytag eine Lohn-erhöhung von 3 resp. 4 Pfg. pro Stunde durchgesetzt. Der Lohnverhältnis für nichteingekübte Arbeiter wurde auf 50 Pfg. pro Stunde festgelegt. Die Abschlagszahlung bei Akkordarbeit beträgt mindestens 20 Mk. pro Woche.

In der Darmstädter Maschinenfabrik (N. G.) in Darmstadt ist ein neuer Vertrag abgeschlossen worden. Die Arbeiter erhalten sofort 3 Pfg., am 15. April 1911 2 Pfg. und am 15. April 1912 und 1. Februar 1913 je 1 Pfg. Lohn-erhöhung. Am 1. Februar 1913 wird die Arbeitszeit von 54 auf 53 Wochenstunden verkürzt. Der Mindestlohn der Schreiner und Maschinen-

arbeiter wurde auf 51 Pfg. pro Stunde festgesetzt. Bei Montagearbeiten wird, falls Ueberstunden notwendig, 3.50 Mk. pro Tag, auch für die Sonntage, gewährt, ohne Ueberstunden 1.50 Mk. resp. 2.20 Mk. täglich.

Drohender Hungerstreik.

Bei den Vereinigten Zigarettenfabriken vorm. H. W. Bodenheim (Zentrale Andernach) haben die Arbeiter nun glücklicherweise Forderungen gestellt. Wenn die Arbeiter nun glauben, daß ihnen auch dort, genau wie in den gleichen Betrieben in Cassel und Berlin, annehmbare Zugeständnisse gemacht würden, so hätten sie geirrt. Die Festlegung eines Minimallohnes, wie er im Arbeiterberuf allgemein üblich ist, wurde abgelehnt, ebenso eine Verkürzung der Arbeitszeit, obgleich in den gleichen Betrieben bereits seit Jahren die 9 stündige Arbeitszeit besteht. Alle Versuche, eine Verständigung herbeizuführen, sind gescheitert. Da auch die Generaldirektion eine Vermittlung ablehnt, dürfte es dieser Tage in Andernach zum Kampfe kommen. Der Zugang von Wüttern, Müllern und Zigaretten nach Andernach ist deshalb heute schon streng fernzuhalten.

Tarifabschluss in der Galanteriebranche.

In der Galanterie- und Meißner-Galvanoplastik- u. Porzellan- u. Silberwarenindustrie in Magdeburg ist es ohne Arbeitsniederlegung zum Abschluß eines auf zwei Jahre geltenden Tarifes gekommen, der für 45 Arbeiter und circa 100 Arbeiterinnen Geltung hat. Die Arbeitszeit wurde von 56 auf 53 Stunden pro Woche verkürzt, der Lohn um durchschnittlich 5 Prozent erhöht. Die Arbeit ist auf allen Artikeln mit Ausnahme der Rekrutenkoffer und Aufzüge unter sagt; diese Arbeit darf aber erst ausgegeben werden, wenn Arbeiter in der Fabrik dafür nicht zu haben sind.

Die Maler in Buzlau haben die Arbeit niedergelegt, weil die Unternehmer die im Reichstareif vorgesehene Löhne erheblich kürzen wollen. Im Auslande befinden sich 50 Personen.

Die Dachbedeckungsarbeiten in Dortmund sind ausgesperrt. Die Aussperrung erstreckt sich auch weiter über das ganze Vertragsgebiet. Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Schuhmacher in Bremerhaven, Geestmünde und Lehe haben die Arbeit eingestellt. Es handelt sich um den Abschluß eines Tarifes, dessen Bedingungen von den Unternehmern nicht anerkannt werden.

Aus der Partei.

Friedrich Bunte, der im Jahre 1889 zu den sogenannten Kaiserbegleitern der Bergarbeiter gehörte, ist am Donnerstag in Dortmund gestorben. Bunte ist in den letzten Jahren nicht mehr öffentlich hervorgetreten. Bei den Streiks der Bergarbeiter in den Jahren 1889 und 1890 zählte er zu den leitenden Führern. Einige Jahre hat er dann an der Spitze des Bergarbeiterverbandes gestanden. Es war eine sturmbelegte Zeit, als er in den ersten Reihen stand und mehrere Monate Gefängnis hat ihm die Klassenjustiz zubilligt. In den 60er Jahren wurde er von den Parteigenossen zum Vertrauensmann des Kreises Dortmund-Orde gewählt.

Malumzüge sind genehmigt in Hannover, in Meerane, Mittweida und Oberlungwitz (Sachsen).

Verbotene Malumzüge. Unter der üblichen Begründung sind die Malumzüge verboten worden in Essen, Frankfurt a. M., Braunschweig und Buzlau. In Delmstedt (Braunschweig) wurde erst ein Malumzug von der Stadtpolizeibehörde genehmigt und jetzt im Auftrage der bezüglichen Kreisdirektion die Genehmigung wieder zurückgezogen. Die nachträgliche Befragung der Genehmigung charakterisiert sich als Mache für die Wahlrechtsdemonstrationen.

Bei der Gemeindevahl in Griesheim erhielt unser Genosse von Dungen 535 Stimmen, dem Genossen Holterrot fehlen zur absoluten Majorität nur 3 Stimmen. Er kommt in die Stichwahl mit einem billigeren Kandidaten. Unser Stimmenzuwachs betrug seit der letzten Wahl 265, während die Fortwertschrittspartei nur 25 Stimmen gewonnen hat.

Zum dritten Arbeitersekretär in Frankfurt a. M. ist Alwin Kaiser vom Tischlerverband gewählt worden.

Eingekaufene Schriften.

Ein Arbeiterliederbuch für Massengefangene ist soeben im Verlage der Dortmunder Arbeiterzeitung (N. Grisch, Dortmund, Rellstraße 5) erschienen; es ist 32 Seiten stark und kostet gehftet nur fünf Pfennige. Politische und gewerkschaftliche Organisationen erhalten es bei Parteibezug noch wesentlich billiger.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 27. April. Die von den Sozialdemokraten anlässlich der Maiseier für nächsten Sonntag geplanten Straßenumzüge sind in Treptow, Oberschönweide und Zehlendorf durch die Amtsvorsteher verboten worden, da durch sie der öffentliche Verkehr gefährdet werde.

Konstantinopel, 27. April. Die Bahnhöfe zwischen Mitrowiza und Saloniki ist nunmehr an zwei Stellen unterbrochen und im West der Albanen. Mitrowiza selbst, wo sich die Waffen- und Munitionslager befinden, ist vom Gros der Armer abgeschnitten.

Saloniki, 27. April. Schesket Pascha ist mit 25 Bataillonen Infanterie und 5 Batterien mit Kruppkanonen ausgedrohen. Anderseits ist Kurlew Pascha mit Truppen nach Elissan abgegangen. Die Kruppen sind jetzt 10 000 Mann stark.

Konstantinopel, 26. April. Nach sicheren Mitteilungen verlangen die albanischen Deputierten für Vrishtina und Zep, daß der Großwesir und der Kriegsminister sich mit einer Abordnung Deputierter in das Aufstandsgebiet begeben und versuchen soll, die Albanen durch Rückschlüsse zu beruhigen. Der Großwesir lehnte das Ansuchen mit dem Hinweis ab, daß es Pflicht der Regierung sei, gegen die Rebellen energisch vorzugehen. Die Deputierten verlangten darauf unter Androhung der Mandatsniederlegung die Einstellung jedes weiteren militärischen Vorgehens, damit sie selber versuchen könnten, ihre Landsleute zu beruhigen. Auch dies wurde von dem Großwesir abgelehnt. Wie verlautet, hat sich die Regierung entschlossen, nötigenfalls zwei weitere Redifbrigaden nach Albanien zu entsenden. — Der Sultan amnestierte aus Anlaß der morgigen Feier der Thronbesteigung 18 Armerier und 80 Mohammedaner, welche an den vorjährigen Massakern beteiligt waren.

Rüchenzettel der städtischen Spelseanstalten.

Donnerstag:

Besuchstisch I (Zahnärztliche): Platin mit Wiener Wärschen.
Besuchstisch II (Zahnärztliche): Eisen mit Wiener Wärschen.
Besuchstisch III (Zahnärztliche): Silber mit Wiener Wärschen.
Besuchstisch IV (Zahnärztliche): Silber mit Wiener Wärschen.
Besuchstisch V (Zahnärztliche): Silber mit Wiener Wärschen.
Besuchstisch VI (Zahnärztliche): Silber mit Wiener Wärschen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Müller in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Müller in Borsdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

An unsere werten Inserenten!

Die diesjährige MAI-NUMMER der Leipziger Volkszeitung
erscheint am

Sonnabend, den 30. April 1910

Diese Nummer wird in außergewöhnlichem Umfange erscheinen :: Inserate können deshalb am Erscheinungstage nicht mehr angenommen werden :: Geschmackvoller Satz und zweckmässige Plazierung kann nur dann zugesichert werden, wenn die Zusendung rechtzeitig erfolgt
Wir bitten unsere geschätzten Inserenten, ihre für die MAI-NUMMER bestimmten INSERATE sofort aufgeben
:: :: zu wollen :: ::

Expedition der Leipziger Volkszeitung.

Verband der Steinsetzer u. Berufsgenossen Filiale Leipzig.

Freitag, den 29. April 1910, abends 7 Uhr
Mitglieder - Versammlung
im Volkshaus, Zeiger Strasse 32 (Nebenaal links).
Tagesordnung: 1. Abrechnung über das I. Qu. 1910.
2. Bericht vom VII. Gewerkschaftstourenge in Berlin. 3. Mitteilungen des Vorstandes.
Nur Zutritt gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches und der Arbeitsberechtigungskarte. [8282]

Metallarbeiter - Verband.

|| Geschäfts-Volkshaus Zeitzer Str. 32 ||
|| stelle Portal rechts, I. ||
Büreauzeit: vorm. 8-9 Uhr, mitt. 12-1, abds. 5-8 Uhr.
Telephon 3784.

Allgemeine Drahtarbeiter-Versammlung
Donnerstag, den 28. April, abends 7/9 Uhr,
im Volkshaus. Tagesordnung: Wie haben wir
die Lage der in der Drahtwarenindustrie be-
schäftigten Arbeiter? [8211]

Versammlung der Graveure u. Ziseleure
Freitag, den 29. April, abends 7/9 Uhr, im
Volkshaus. 1. Vortrag des Kollegen Bauh
über: Moderne Schlachtfeder. 2. Gewerkschaftliches.

Oetzsch, Gautzsch und Umgebung
Sonnabend, d. 30. April, abends 7/9 Uhr, Ver-
sammlung im Gasthof zur grünen Linde, Dethsch.
Tagesordnung: 1. Die Wanderfärforge in Deutsch-
land. Referent: K. Probst. 2. Gewerkschaftliches.

Die Bibliothek ist vom 1. Mai ab bis auf weiteres
geschlossen. Wir ersuchen daher, die
entliehenen Bücher bis zu diesem Tage abzuliefern.

Restaurations-Uebernahme.

Einem geehrten Publikum von hier und Umgebung
die höfliche Mitteilung, dass wir das [8284]

Restaurant zur Hofburg

Leipzig-Stötteritz, Hofer Strasse 6
übernommen haben. Wir bitten, das unsern Herrn Vor-
gänger entgegengebrachte Wohlwollen auch auf uns über-
tragen zu wollen, indem wir unsern Gästen mit nur guten
Spelsen und Getränken bestens aufwarten werden.
I. V.: Hermann Heibig u. Frau.
NB. Nächsten Freitag, den 29., grosses Nachtschlach-
fest, Sonnabend, den 30., Fökel-Schweinsknocken, Sonntag
(zur Maifeier): Bratwurst mit Sauerkraut. Jeden Sonn-
abend Schweinsknocken. Die Obigen.

Bären-Schänke

Empf. m. Sozialität. m. Gesellschafts-
ff. Viereu. Speisen (tägl. Spezialger.),
Nikolaistr. 15. Tel. 2765. * Ergebnis Joseph Lippert.

Restaurant zur Fuchsschänke

„ 38 Hamburger Strasse 38 „
käufl. übernommen haben.
Durch langjährige Praxis sind wir in der Lage,
unsere uns beehrenden Gäste stets durch größte Auf-
merksamkeit zu bedienen und ihnen in ff. Speisen und
Getränken stets das Beste zu bieten.
Indem wir um Ihre gütige Unterstützung bitten,
sehen wir Ihrem werten Besuche gern entgegen und
zeichnen Hochachtungsvoll
[8300] Artur Krausch und Frau.

Geschäfts-Uebernahme.

Einem geehrten Publikum von Lindenau die ergebene An-
zeige, dass ich das
Barbier- und Frisier-Geschäft
Kaiserstrasse 49 von Herrn Ritter käufl. übernommen habe.
Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, das Geschäft in der bis-
herigen Weise bei sauberer Bedienung weiterzuführen und bitte,
mein neues Unternehmen gütlich zu unterstützen. [8287]
Hochachtungsvoll Albin Schöppe, Barbier u. Friseur.
Anfertigung sämtlicher Haararbeiten gut und billig.

Bienenkönigin

Zuckerhonig, prima, 1 Pfd. 32 ¢
Kunsthonig, ff. Qual., 1 Pfd. 28 ¢
Täglich frisch.
Versand nach allen Orten.
2 Zeitzer Strasse 2.

Möbel

komplette
Wohnungs-Einrichtungen
für nur 398 Mark.
1 Journ. Kleiderschr. 58.-
1 " Bertisch 58.-
1 " Sofatisch 20.-
1 Plüschsofa 60.-
1 Trumeau-Spiegel 30.-
4 Stühle m. Holzlehne 24.-
2 engl. Betten 44.-
2 Sprungfed.-Matr. 30.-
1 Waschtisch m. Schrf. 22.-
1 Waschtisch-Spiegel 8.-
1 Küchenschrank 27.-
1 Küchenschiff 9.-
1 Küchenschubl. 3.-
1 Küchenschub. 3.-
Sa. 398.-
Langj. Gar., Transp. fr. Wohn.
Leipziger Möbelhallen
Carl Max Raschig
Tauchaer Str. 32 (Battonberg).
Anerk. billigste Bezugsquelle
für solide Möbel.

Zahntechnisches Atelier Hans Barth

Grimmischer Steinweg 14, II.
Schmerzloses
Zahn-Ziehen und
Plombieren. [8201]
Künstlicher Zahnersatz
in jeder Ausführung.

Grosse Aufgaben

hat die einheimische Nahrungsmittel-
Industrie zu erfüllen, wenn sie bei der
ständigen Bevölkerungszunahme den
Ansprüchen an einen wohlfeilen und
guten Ersatz für die immer teurer
werdende Butter nachkommen will.
Hier schaffen einen vorzüglichen
Ausgleich die bewährten und be-
liebten Marken

Palmato
allerfeinste Pflanzenbutter-Mar-
garine — wirklicher Ersatz für
feinste Meiereibutter — und

Manna
das feinste Cocospeisefett zum
Kochen, Braten und Backen,
von grösster Ausgiebigkeit
und sparsam im Gebrauch.

Überall erhältlich
Alleinige Fabrikanten:
A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld

„Freie Turnerschaft“ Leipzig-West (E. V.)

Veranstaltungen im Monat Mai.

Sonntag, den 1. Mai, abends 7 Uhr, in der Turnhalle (Calvisiusstrasse) **Geselliges Beisammensein mit Tanz.**
Donnerstag, den 5. Mai (Himmelfahrt), **Frühpartie nach Portitz.** Sammeln früh 7 Uhr Palmengarten, Karl-Heine-Strasse. Strassenbahnfahrt nach Schönefeld.
Am 15. und 16. Mai **Pfingstpartie nach Eilenburg, Hohenburger Schweiz, Wurzen und Naunhof.** Ersten Feiertag Abfahrt früh 7⁴⁵ Eilenburger Bahnhof. Abmarsch früh 6¹⁵ von der Turnhalle mit Musik.
Gäste zu allen Veranstaltungen herzlich willkommen.
8319] Der Turnrat.

Sonntags-Spaziergänge

in Leipzigs weitere Umgebung von Gustav Hennig

Das Büchlein, das mit 8 Bildern und einem Titel-
bild, 4 Kartenskizzen und einer Orientierungskarte
versehen und 76 Seiten stark ist, kostet kartoniert
:: nur 50 Pfg., gebunden 80 Pfg. ::
Die am 20. April erschienene starke erste Auflage
ist heute nahezu vergriffen :: Die zweite Auflage
(4. bis 6. Tausend), erscheint Sonnabend, 7. Mai ::
Alle Bestellungen auf Listen sind bald einzusenden
LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI A.-G.
ABTEILUNG BUCHHANDLUNG :: TAUCHAER STR.

Zur Mai-Feier
empfehlen wir
Mai-Postkarten
in grosser Auswahl für Wiederverkäufer.
Leipziger Buchdruckerei A.G.
Tauchaer Strasse 19/21 (Abteilung Buchhandlung).

Gummi-Artikel

z. Woch.- u. Kr.-Pfg., Btteim., Mutt-
spr., Mutter- u. Klotterrohre, Lebb.,
Luftkes., Monatsb., Hlentong, Maas-
Art., Halskettch., f. Zahnklnd., Pröl.
30. August Graf, Neumarkt 15.*



ANTILÄDIN

selbsttätiges Dichtungsmittel
für Fahrrad-Luftschräuche.
Garantie: Schädigung des Gummis ausgeschlossen.
Preis pro Füllung für 1 Schlauch ausreichend Mk. 1.25. Porto
Mk. —.20 extra. Eijnfülltrichter M. —.05, bei 2 Füllungen
1 Trichter gratis. — Vertreter an allen Orten gesucht.
Antilädin-Gesellschaft m. b. H., Frankfurt a. M. 86.



Wo? kauft
man
Uhren
und Gold-
waren in
grösst. Aus-
wahl des
Ostens u. zu
billigsten
Preisen.
10 Prozent
Rabatt.
Herm. Albert, Eisenbahnstr. 50
nahe der Weisses Wand.

Billige
Briketts
liefert
Benno Grimm
Tauchaer
Strasse 41.

Politische Uebersicht.

Die Wahlen in Frankreich.

Aus Paris wird uns geschrieben: Das Ergebnis des ersten Wahltags bestätigt, daß die Stokkraft des bürgerlichen Radikalismus erschöpft ist. Trotz der korumpierenden Wirkungen der Bezirkswahl, die den Wählern die Abstimmung für einen bei der Regierung gut angeführten Kandidaten nahelegt, haben die oppositionellen Parteien im ganzen ihren Bestand behauptet. Gleichwohl rechnete natürlich die Regierungspresse einen „Sieg der Republik“ heraus. Sie hat insofern recht, als die Kandidaten der Gesellschaftserhaltung immer mehr die Etikette irgendeines sozialen Radikalismus und Republikanismus annehmen. „Republikaner“ ist auch der reaktionäre Bürger, weil er keinen geschäftstörenden politischen Umsturz will, und das Wörtchen „sozialistisch“ bedeutet nicht mehr als ein kleinbürgerliches Räsonnieren gegen das Großkapital. Radikalsozialistisch besagt heute nicht mehr als „sozialdemokratisch“ unter der zweiten Republik.

Die geeinigten sozialistische Partei darf mit dem Ausfall der Wahlen zufrieden sein. Sie hat einen bedeutenden Stimmengewinn zu verzeichnen und wird sehr wahrscheinlich mit einem Mandatgewinn abschließen. Ohne die unerfreulichen Verhältnisse der Organisation hätte aber die Situation, die durch den politischen Bankrott des Radikalismus geschaffen war, wohl viel besser ausgenutzt werden können. Die Ergebnisse in den verschiedenen Landesteilen sind in dieser Beziehung sehr lehrreich. Bevor wir im einzelnen darauf eingehen, sei festgestellt, daß die Stimmen der Partei zum erstenmal die Million überschritten haben. Das bedeutet einen Gewinn von rund 200 000 Stimmen.

Gewählt wurden folgende Genossen: Sembat, Rogier, Dejeante, Bailant in Paris. — Willm in Vendois-Cléry und Voilin in dem neu geschaffenen Wahlkreis von Puteaux. Beide Kreise sind aus großindustriellen Pariser Vorortbezirken gebildet. — Brizon in Boullins (Allier). Das Departement wurde den Radikalen abgenommen. Die Partei gewinnt über 5000 Stimmen. — Boulain und Dolzy in Nord (Nord). Der Wahlkreis ist neugeschaffen. — Cadena in 2. Wahlkreis von Marseille. — „Genosse“ Breton in Bourges (Cher). — Compère-Morel in Uzès. (Stimmengewinn gegen die Nachwahl von 1900, wo er zum erstenmal gewählt wurde, 2000 Stimmen.) — Rouger in Nîmes (gewonnenes Mandat, Stimmengewinn fast 7000. Rouger ist Bürgermeister von Nîmes). Bemerkenswert, daß die Föderation des Departements Gard, worin diese beiden Wahlkreise liegen und das auch sonst ein erfreuliches Wachstum der sozialistischen Stimmen zeigt, die vierstärkste der geeinigten Partei ist. Faure in Tours mit 10 000 Stimmen (gewonnenes Mandat, Stimmengewinn 5000). — Barthe in Raziers (Gard) mit fast 10 000 Stimmen (gewonnenes Mandat, Stimmengewinn 8000. Hier wird wohl die Stimmung der Wingerrevolte noch nachwirken). — Roblin in Nevers (Nièvre). Der Wahlkreis ist ganz ländlich, der Kern der sozialistischen Wählererschaft sind die Holzschläger. — Goniaux in Douai, Guesde in Roubaix, Sella in Valenciennes (Departement Nord). Guesde steigerte seine Wählerzahl um 1000. Er erhielt 12 304 Stimmen, ein Progressist 9812, ein Radikalsozialist 1781, ein Plebiszitär 22. Der Ausfall der Wahl rief großen Jubel in der Arbeiterschaft hervor und Tausende bereiteten Guesde eine stürmische Ovation. — Basly und Lame in Bethune (Pas-de-Calais). Beide Deputierten sind ziemlich ministeriell angekränkt. — Rognon im vierten Kreis von Lyon. — Bouveri in Chalon sur Saône. Ein Bergarbeiterbezirk. Bouveri erhielt fast 14 000 Stimmen, über 2000 mehr als 1908 und über die Hälfte der eingeschriebenen Wähler. — De la Porte in Alort (Departement Deux-Sèvres) mit 8551 Stimmen, fast 2000 gewonnen. Das Mandat gehörte den Radikalen. De la Porte ist einer der bekanntesten Angehörigen der guesdistischen Richtung. — Lecomte im 1. Wahlkreis von Amiens. — Bigne in Brignol (Var). — Vettouille in Limoges (Haute Vienne). — Laprovillière auf Martinique.

Von bisherigen Deputierten unterlagen im ersten Wahlgang: Carlier (Marseille), Pressensé (Lyon), Rivet (Nord) und der auf der äußersten Rechten der Partei stehende Varenne. Pressensé, der sich zur Zeit des Dreifuss-Prozesses der Partei angeschlossen hat, später aber entschieden vom Ministerialismus abgewandt, ist ein Spezialist für die auswärtige Politik. Carlier, der dem guesdistischen Flügel angehört, ist namentlich durch seinen Entwurf über das Versicherungsmonopol, aus dessen Erträgen er die Kosten der Altersversicherung bestreiten wollte, bekannt worden.

Von den Stichwahlen erregt namentlich die in Tarn Interesse, wo Jaurès 5597 Stimmen erhalten hat. In früheren Jahren hatte er mit dem liberalen Baron Solages zu kämpfen. Diesmal war zunächst nur ein radikaler Kandidat aufgestellt, für den die liberalen Wähler stimmen sollten. Ihre offensibare Unlust veranlaßte aber den Baron, in letzter Stunde einen progressistischen Kandidaten vorzuführen, der denn auch 3855 Stimmen erhielt. Der Radikale brachte es nur auf 2046. Die Wahl Jaurès ist so gut wie gewiß.

Deutsches Reich.

Parlamentärsbrief.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 26. April. Die heutige Sitzung gestattete sich für den jetzigen sogenannten „nationalen“ Reichstag, der das lebende Produkt der Schwindelwahlen von 1907 ist, zu einem befriedigenden Tag der Schmach und Schande. Auf der Tagesordnung standen 17 Wahlprüfungen, darunter die von der Kommission vorgeschlagene Ungültigkeitserklärung von drei konservativen, drei nationalliberalen und einem Zentrumsmandat. In ihren Berichten wies die Kommission unter Beifügung von reichlichen Beweismaterial nach, daß die Wahlen der konservativen Arnstadt, Hennig und Kaphengst, der Nationalliberalen Klene, Wehl und Sievers und des Zentrumsmannes Mayer, zum Teil durch schwere amtliche Wahlbeein-

flussungen, zum Teil aber durch grobe Unregelmäßigkeiten ordnungswidrig zustande gekommen sind und deshalb die Mandate fassiert werden müssen. Die bürgerlichen Parteien haben nun schleunigst einen alle bürgerlichen Parteien umfassenden Zweckverband zur Rettung der sieben ergatterten Mandate geschlossen. In einem Falle machten auch die Freistimmigen mit, ihr Judaslohn bestand in der Rettung des unrechtmäßig „eroberten“ Mandats des Sonneberger Schuldirektor Enders. Die sieben Mandate hätten auch im Falle ihrer Vernichtung weder an der jetzigen Mehrheit noch am zahlenmäßigen Einfluß der in Frage kommenden Parteien irgend etwas geändert. Aber die bürgerlichen Parteien wissen, weil es ihnen alle Nachwahlen seit dem Steuerraubzug im vorigen Jahre eindrucklich gelehrt haben, daß weitere Nachwahlen der Sozialdemokratie Erfolge bringen würden, selbst wenn keine Mandateroberung damit verbunden wäre. Und das sollte verhindert werden, besonders wegen der Wirkung auf die nächsten allgemeinen Reichstagswahlen. Der Reichsparteiler Dr. Arendt und der Nationalliberale Dr. Heinze (Dresden) wurden dazu ausersehen, den schamlosen Rechtsbruch vor dem Hause zu vertreten. Am dem Nationalliberalen Klene zum Siege zu verhelfen, gingen alle höheren Staatsbeamten und eine Menge von Gemeindevorständen ins Zeug. Die Wahlbeeinflussung wurde in der größten Art betrieben. Das war aber heute den bürgerlichen Parteien gleich; die Wahl wurde in die Kommission zurückverwiesen, dadurch ist das Mandat Klene gereitet. Bei der nur mit wenigen Stimmen Mehrheit erfolgten Wahl des Zentrumsmannes Mayer (Niederbayern) verfuhr man, abgesehen von andern Unregelmäßigkeiten, also: Der Gemeindepolizist wurde in dem Isollerräum stationiert, um jeden Wähler bei der Einfügung des Stimmzettels in das Kuvert kontrollieren zu können. Alle in diesem Orte abgegebenen Stimmen mußten ungültig erklärt werden, und so fehlten Herrn Mayer 28 Stimmen an der absoluten Mehrheit. Herr Mayer aus Niederbayern blieb dem Reichstag erhalten. Herr Arendt spielte den Anwalt. Die Unverschämtheit, mit Wählern einen flagranten Rechtsbruch vorzutreiben zu wollen, strafe Genosse Fischer gründlich ab. Er brandmarkte das Treiben der sauberen Mandaterrettungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit und deckte schonungslos die Abmachung auf, die getroffen wurde, um in bebender Angst vor der Sozialdemokratie die bedrohten Mandate zu retten. Die Nationalliberalen Wehl und Sievers in Hannover sind mit Hilfe des Kriegervereinsterrorismus gewählt worden. Die Kommission plädierte deshalb für Ungültigkeit. Es gab eine heftige Kriegervereinsdebatte, bei der Genosse Fischer unter dem Gehül der Rechten und der Nationalliberalen die Kriegervereine als die Prätorianergarde der jeweiligen Regierungspolitik bezeichnete. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Polen hießen alle Parteien die Wahlbeeinflussungen durch Kriegervereine gut und erklärten selbde beauftragten Mandate für gültig. Damit ist an die Militär- und Kriegervereine in ganz Deutschland durch den Reichstag die Parole ergangen, bei den nächsten Wahlen jede Rücksicht lassen zu lassen und den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen. Reichsverband, Hansabund, Bauernbund und Kriegervereinsbund werden neben evangelischen und katholischen Vereinen die aktiven Truppen der bürgerlichen Parteien in der nächsten Wahlschlacht sein. Der Reichstag hat im voraus für jede Wahlbeeinflussung Ablass erteilt. Unter den heute gültig gesprochenen Mandaten befinden sich auch die der Genossen Schwärz-Blübel und Bühle-Strahburg, gegen die auch beim bösesten Willen nichts zu unternehmen war.

Dernburg der Sieger.

Heil dir im Siegerkranz! — schallt es Herrn Dernburg aus der „nationalen“ Presse entgegen. Ohne Klang und Sang wurde der Antrag Erzberger begraben. Den letzten Dienst erwies ihm nur der tief betrißte Vater und zwei Zentrumsgrafen, die aus menschlichem Mitleidgefühl eine einstimmige Ablehnung verhinderten. Mit dem Erzbergerischen verfaßt auch der abgeschwächte Vatmannsche Antrag, der den Gesellschaften nur 30 Millionen Markt abknöpfen wollte, in dem stillen Grabe. Ihnen folgte der sozialdemokratische Antrag. Und dann ging es sehr unklarlich her. Ein Satyrspiel wurde im alten Hellas nur nach Trauerspielen gegeben, ein Satyrspiel nach einer Komödie vorzuführen, blieb den Hanswursten der deutschen Kolonialpolitik vorbehalten. Sie beschloßen nämlich eine Resolution, wonach ein Gesetz vorgelegt werden soll, um die im Schutzgebiet Südwestafrika vor Ausbruch des Aufstandes wohnenden leistungsfähigen Personen und Gesellschaften zu einer Steuer heranzuziehen, aus der ein Teil der Kriegskosten gedeckt werden kann. Diefelben Leute, die diesen Antrag annahmen, hatten in allen vorhergegangenen Sitzungen der Budgetkommission Herrn Erzberger vorgehalten, daß die leistungsfähigen Gesellschaften erst nach dem Kriege, nach dem Bau von Bahnen sich im Schutzgebiet niedergelassen haben. Noch in der letzten Sitzung erklärte Herr Dernburg: Vor dem Krieg waren außer der Otaviengesellschaft keine Interessenten im Lande vorhanden, nur Farmer und Frachtfahrer, und diese habe man nicht besteuert, ja sogar noch mit 10 Millionen beschenkt. Die Resolution ist nichts wie Sand in die Augen der Wähler.

Aber Herr Dernburg, von der bürgerlichen Presse als Steger über Erzberger gefeiert, hat trotzdem Mühe und Not, die Welt glauben zu machen, er habe auch einen Sieg über die Kolonialgesellschaft errungen. Wie bekannt, legte er im Januar dem Reichstag einen Vertrag mit der Kolonialgesellschaft vor, der selbst in der kapitalistischen Presse, die doch an die Vergebung von Liebesgaben an verschiedene Gruppen von Kapitalisten gewöhnt ist, verurteilt wurde. Nachdem Herr Dernburg diesen Vertrag eifrig verteidigt hatte, mußte er ihn schließlich zurückziehen und kommt jetzt mit einem neuen. Dieser verbesserte Vertrag läßt die Sperre der Schürzfelder der Kolonialgesellschaft bestehen, sie darf die Schürzfelder in dauernde Abbaufelder verwandeln, nur in einem kleinen Gebiet bleibt die Schürzfreiheit bestehen. Dafür wurde die Fixierung der Gewinnbeteiligung des Fiskus auf 8 Millionen Mt. weggelassen, weiter soll die Diamantgesellschaft nur eine Vorzugsdividende von 6 (statt früher 20) Prozent zahlen dürfen und vom Rest-

gewinn erhält der Fiskus 31 statt 25 Prozent. Herr Dernburg kann die Bedeutung der Zugeständnisse der Kolonialgesellschaft nur dadurch so aufblasen, weil er sich um die Frage drückt, ob die Regierung, nachdem die Kolonialgesellschaft die im Jahre 1885 angenommenen Pflichten der Kostendeckung der Verwaltungsausgaben nicht erfüllt, die Bergrechte der Gesellschaft überhaupt zu respektieren brauchte.

Eine neue Niedertracht des Zentrums.

In der Kaligefehlkommission hatten unsre Genossen den Antrag gestellt, daß das Syndikat verpflichtet sein soll, mit den Arbeitern Tarifverträge abzuschließen. Natürlich suchte Herr Sydow als Vertreter der Regierung sich davor zu drücken, indem er erklärte, der Bundesrat werde sicher der Zwangseinführung von Tarifen nicht zustimmen. Dafür war Herr Sydow nicht abgeneigt, einen Antrag des Abgeordneten v. Brockhausen zu unterstützen. Dieser Antrag bezweckt, denjenigen Werken, die die Arbeitsbedingungen verschlechtern, die Beteiligungsquote herabzusetzen. Es ist die reinste Spiegelfechterei, denn die Bedingungen, die der Antrag vorsieht, sind so klausuliert, daß wohl niemals ein Werk mit dieser Strafe belegt werden wird. Die Entscheidung lag beim Zentrum. Die Abgeordneten Müller-Zulda und Schifferts stellten sich auf den Boden des sozialdemokratischen Antrags, aber bei der Abstimmung kommandierte das Zentrum einen seiner Abgeordneten ab und zwei stimmten gegen den sozialdemokratischen Antrag, der dann mit 14 gegen 13 Stimmen zu Fall gebracht wurde. Ein weiterer Antrag unsrer Genossen, eine zehnprozentige Lohn-erhöhung zu sichern, bis freiwillig Tarifverträge eingeführt seien, wurde mit allen Zentrumsstimmen abgelehnt. Ein Antrag Gothein, Arbeiterauschüsse einzuführen und ihnen eine Mitwirkung bei der Festsetzung von Löhnen und Arbeitsbedingungen zu gewähren, wurde mit Stimmengleichheit — zwei Zentrumskulte stimmten dagegen — ebenfalls abgelehnt. Alle Arbeiterschutzbekimmungen wurden also mit Zentrumshilfe zu Fall gebracht.

Das Zentrum arbeitet mit Volkswamp, um sich die Geneigtheit der Profitmacher zu sichern, und es kommt ihm offenbar auf eine Niedertracht mehr oder weniger nicht mehr an.

Der Kommissionsbericht über die Wahlrechtsverhandlungen im Herrenhaus

ist nunmehr vom Grafen Bernstorff erstattet worden. Der Bericht enthält nichts, was nicht schon bekannt wäre. Interessant wirkt das Geständnis eines Redners der Rechten. Dieser führte aus, „daß man vom konservativen Standpunkt der Frage, ob die Drittteilung durch die ganze Gemeinde oder in Urwahlbezirken erfolgen solle, ziemlich gleichgültig gegenübersehen könne. Man könne sogar vielleicht sagen, daß die Drittteilung durch den Gemeindebezirk vorzuziehen sei. Da man aber etwas zustande bringen wolle und man keine Garantie dafür habe, daß die Nationalliberalen sich mit der Vergrößerung der Drittteilungsbezirke auf 20 000 Einwohner begnügen würden, so müsse man, wenn einem vielleicht auch der (nationalliberale) Antrag 7 sympathisch sei, doch an der Drittteilung in dem Umfange, wie sie der (ultramontane) Antrag 25 vorsehe, festhalten, und das um so mehr, da man doch durch die Beteiligung an der Gesetzgebung des Jahres 1901 gebunden sei. Man habe auch schließlich, da nun einmal die Drittteilung im Urwahlbezirke geltenden Gesetzes, keine Veranlassung, dem Zentrum zuzuliebe zugunsten der Nationalliberalen von der bestehenden Gesetzgebung abzuweichen.“

Das Herrenhaus wird Donnerstag in die Beratung der Kommissionsanträge eintreten.

Eine Bestätigung.

Bei der Interpellation über das Mühlheimer Eisenbahnunglück erklärte Genosse Jengsbach im Reichstag: Auch will ich hier nur streifen, daß an einer andern Stelle Duisburgs, am sogenannten Schwarzen Weg, schon mehrfach Entgleisungen stattgefunden haben. Es ist das ein Beweis dafür, daß dort etwas nicht in Ordnung ist; aber gesehen ist bisher nichts dagegen.

Jetzt wird aus Duisburg unterm 25. April gemeldet: An dem heute früh um 1/4 Uhr von Oberhausen hier eintreffenden Güterzuge sind am Schwarzen Weg die letzten beiden Wagen entgleist und total zertrümmert worden. Das betreffende Gleis ist gesperrt. Der Verkehr geht über Oberhausen-West. Personen sind bei dem Unfall glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Der Materialschaden ist bedeutend.

Zusammen reden.

Die Scharfmacher im Reichsamt des Innern.

Die Münchner Neuest. Nachr. melden, daß der Regierungsrat Daniels, ein Beamter des Zentralverbandes deutscher Industrieller, ins Reichsoberverwaltungsamt berufen worden ist, und daß Alffor von Bodenstein, Beamter des Bergbauischen Vereins in Essen, ins Kaiserliche Statistische Amt kommt. Das gewiß nicht arbeitserfrenndliche Münchner Blatt schreibt: Man sehe hierin ein Zeichen für den starken Einfluß, den die Großindustrie im Reichsamt des Innern besitzt, seitdem Staatssekretär Delbrück und Unterstaatssekretär Müller die Geschäfte führen, und daß gegenwärtig in amtlichen Kreisen der Wille zu einer entschlossenen Sozialreform abgefaßt sei. Die Königlich Preussische Zeitung fügt dieser Nachricht bei, daß noch eine dritte Person, an ähnlicher Stellung ihren Sitz im Reichsamt des Innern erhalten soll, obwohl es dort gegenwärtig keine Ratung gibt, und erklärt, sie habe Grund anzunehmen, daß alle drei bei Übernahme der Amtsgeschäfte gestellt haben, die ihnen zugestanden wurden. Es ist also offensichtlich, daß die Scharfmacher, denen der Krebsgang der deutschen Sozialreform noch zu langsam ist, das Reichsamt des Innern mit ihren Krallen besetzen. Daß die Sozialreform des neuen Kurses, so leicht sie war, noch zurück weicht, ist den deutschen Arbeitern klar; will die Regierung es aber dadurch beweisen, daß sie Herrn Buet zum Leiter des Amtes des Innern macht?

Berlin, 27. April. Der Verein deutscher Kaffeegroßhändler und Röster hat dem Reichstag auseinandergelegt, daß es dem Kaffeehandel unmöglich sei, infolge Steigens der Marktpreise, die einen Rückgang des Verbrauchs hervorgerufen hätten, den erhöhten Kaffeegoll in voller Höhe auf die Konsumenten abzuwälzen.

Die Reichstagskommission zur Entlastung des Reichsgerichts hat die zweite Lesung beendet und ihre Beschlüsse im wesentlichen aufrecht erhalten mit Ausnahme der zuerst abgelehnten Artikel der Regierungsvorlage, die die Gebührensätze um $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{2}$ erhöhen. So wird die zuerst abgelehnte Regierungsvorlage wieder hergestellt.

Die Berliner Staatsanwaltschaft kompromittierte sich gestern mit einer Hausdurchsuchung in der Vorwärtsbuchhandlung, bei der sie glücklicherweise 140 Postkarten „fahste“. Der aufreizende Inhalt dieser Postkarten wurde jedoch schon im Jahre 1895 vor Gericht als staatsungefährlich erkannt.

Der preussische Justizminister will, dem Beispiel Bayerns folgend, die auf Anstellung im Staatsdienst rechnenden Juristen klassifizieren. In Klasse A kommen die ganz hervorragenden, in Klasse B die weniger guten, die sich aber noch über den Durchschnitt erheben, in Klasse C endlich alle diejenigen, die auf eine Anstellung nicht zu rechnen haben. Soweit das eifrige Bestreben in der nationalen und sozialistischen Auslegung der Gesetze in Preußen noch verstärkt werden kann, soll es durch diese geeignete Maßregel geschehen.

Der Nachzug. Der Arbeiter Klein in Kiel hatte sich am Dienstag vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er soll am 13. Februar nach der Wahlrechtsversammlung im Gewerkschaftshaus einen Verhafteten zu befreien versucht, dabei fünf die Wutthunde tot gerufen, sich seiner Verhaftung widersetzt und um sich geschlagen haben. Der Angeklagte will nur Wutthunde gerufen haben, alles andre bestritten er. Drei Schlichter sagten im Sinne der Anklage aus. In dem Auf: Haut die Wutthunde tot, den das Gericht als gefallen annahm, sah es eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten, trennte diesen Teil von der Anklage und überwiegen ihn der Strafkammer. Wegen Widerstands wurde der Angeklagte zu 30 Mk. Geldstrafe event. 6 Tagen Gefängnis verurteilt.

In J. H. fanden ebenfalls Prozesse gegen Wahlrechtsdemonstranten statt. Die königliche Polizeiverwaltung in Bochum hatte drei Genossen wegen großen Unfugs, angeblich verübt durch Hochrufen, und wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen mit Strafmandaten bis zu 30 Mk. bedacht. Auf erhobenen Einspruch stellte sich bei der Verhandlung in zwei Fällen heraus, daß die als Zeugen vernommenen Schlichter und Geheimpolizisten nur auslügen konnten, daß die Betroffenen den Ruf geläufig hatten. Die zwei Angeklagten wurden deshalb freigesprochen. Aber auch im dritten Falle, in welchem das Gericht das Hochrufen als erwiesen ansah, erklärte das Gericht, daß es der Auffassung der Schlichter und des Vertreters der Staatsanwaltschaft, daß durch das Hochrufen die öffentliche Ordnung gefährdet werde, nicht beitreten könne. Es erfolgte deshalb auch in diesem Falle Freisprechung.

Der sächsische Grenzzwischenfall. Die Lehrer des an der russischen Grenze gelegenen Dorfes Powids, die auf dem dortigen See eine Segelfahrt unternahmen, wurden von dem herrschenden Sturm an das russische Ufer getrieben. Dort sind sie von den Grenzposten verhaftet und abgeführt worden, ohne daß bis jetzt über ihren Verbleib näheres bekannt geworden wäre. Im Berliner Auswärtigen Amt verhilft man wieder einmal das Haupt — um nicht zu sehen oder zu hören.

Meine politische Nachrichten. Die zweite badische Kammer nahm am Dienstag einstimmig einen von den Sozialdemokraten Angebrachten und vom Zentrum ergänzten Antrag an, wonach bei Vorfinden von Kailagern der Staat den Betrieb in eigene Regie übernehmen soll.

Frankreich.

Der Wahlausfall in Ziffern.

Paris, 27. April. Die republikanische Konzentration erhielt bei den Wahlen insgesamt 4 000 347 Stimmen, die Progressisten und die Liberalen 1 524 022, die geeinigten Sozialisten und die Revolutionären zusammen 1 004 837, die Konservativen 718 002 und die Nationalisten 140 564 Stimmen.

Türkei.

Der Aufstand in Albanien.

Saloniki, 26. April. Der Vorkampf zwischen Nestliß und Mitrovitcha ist heute durch die Rebellen unterbrochen worden. Nach den spärlich vorliegenden Meldungen finden zwischen Kastanjik und Verilowitsch Kämpfe zwischen Truppen und Kriauten statt. Godebanja, Raichla und Bhorze seien bombardiert worden. Seit 9 Uhr vormittags werde auch bei Welopolje in der Richtung auf Ipef gekämpft. Beide Gegner hätten erhebliche Verluste erlitten.

Konstantinopel, 26. April. Bei den Kämpfen um die Höhen des Cnolleswa-Plateaus bei Simitia haben die Albaner etwa 100 Tote verloren. Der Verkehr auf der Straße von Verilowitsch nach Prizrend ist wiederhergestellt. Die Albaner von Ohlan haben sich in die Berge zurückgezogen.

China.

Die fremdenfeindliche Bewegung.

London, 27. April. Nach einem Times-Telegramm aus Schanghai hat eine protestantische Mission gestern in später Abendstunde mehrere Telegramme aus Schanghai erhalten, die vom gestrigen Tage datiert sind und worin die Situation als von neuem sehr schwierig bezeichnet wird. Einzelheiten sind in den Telegrammen nicht angegeben. Aus dem Ton derselben geht jedoch hervor, daß in der letzten und in dieser Woche die feindselige Haltung der Eingeborenen sich noch verschärft hat und daß die Regierung nicht in der Lage ist, Herr der Situation zu werden.

Der Hauptkriegshafen.

London, 26. April. Wie der Morning Post aus Schanghai gemeldet wird, ist der Nimrod-Bund zum Hauptkriegshafen Chinas bestimmt worden.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Dresden, 26. April.

Nicht weniger als 16 Punkte standen heute auf der Tagesordnung der Zweiten Kammer. Träge und langweilig schlichen die Verhandlungen bei schwach besetztem Hause hin. Eine längere Finanzdebatte entspann sich bei dem ersten Punkte über die Aufnahme einer Staatsanleihe von 100 Millionen Mark. Der Finanzminister machte unsere finanzielle Lage wieder grau in grau, Schulden, meinte er, seien das teuerste, was man habe. Er mußte sich aber aus dem Hause sagen lassen, daß seine Finanzpolitik mit den großen Ueberschüssen seine Schwarzmalerei nicht rechtfertige. Die Vorlage wurde an die Finanzdeputation A überwiesen.

Auch der zweite Punkt veranlaßte eine längere Debatte. Zur Beratung stand der Bericht der Rechenschaftsdeputation über Kap. 108 des Rechenschaftsberichts auf die Finanzperiode 1906/07. Dieses Kapitel betrifft die Pensionen. Mit Zustimmung des Ministeriums hatte die Mehrheit der Rechenschaftsdeputation auf die Rückzahlung eines an einem geistlichen Rat zu viel bezahlten Pensionsbetrags von 1275 Mk. verzichtet. Die

Minderheit der Deputation, bestehend aus den Abgeordneten Frähdorf, Demmler, Pinte, Winkler, Zimmer und Schwager, beantragten, diesem Bericht auf Rückforderung die Genehmigung zu verweigern. Die Mehrheit der Kammer stimmte jedoch dem Mehrheitsgutachten zu. Mit den Sozialdemokraten stimmten nur die Freisinnigen gegen diese Verzichtsleistung.

Als 6. Punkt stand auf der Tagesordnung der Bericht der Finanzkommission B über die Petition der Leipziger Kanalgesellschaft um Unterstützung zur Schaffung eines Wasserwegs nach der Saale. Die Deputation hatte mit Rücksicht auf die zwischen Preußen und Sachsen schwebenden Verhandlungen über die Schiffsabgaben beschlossen, von einer Diskussion abzusehen und die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen mit der Bitte, der Frage ihr Wohlwollen zuzuwenden. Auch im Plenum hielt es nur der unvermeidliche Herr Günther für nötig, mit einigen Worten nichts zu sagen, woraus im Sinne des Deputationsvotums beschlossen wurde. Eine ganze Reihe weiterer Petitionen, darunter eine des Gemeinderats zu Liebertswitz um Vornahme verschiedener baulicher Veränderungen am dortigen Bahnhof und die Einrichtung besserer Zuverbindungen nach Leipzig, wurden ohne wesentliche Debatte nach den Vorschlägen der Deputationen erledigt. Dasselbe Schicksal teilte auch eine Petition des Zentralverbands der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen, in der der Landtag ersucht wurde, für reichsgerichtliche Regelung des Stellenvermittlungswesens einzutreten. Die Deputation schlug vor, die Petition mit Rücksicht auf den dem Reichstag bereits vorliegenden Entwurf eines Stellenvermittlungsgesetzes auf sich beruhen zu lassen, und die Kammer stimmte diesem Votum zu, nachdem Genosse Siederer die Regierung noch einmal aufgefordert hatte, im Bundesrat im Sinne der Petenten zu wirken.

Die siebente Abendstunde war bereits angebrochen, als endlich der für die Arbeiterschaft wichtigste Punkt der Tagesordnung, der Bericht der Rechenschaftsdeputation über den sozialdemokratischen Antrag zur Arbeitslosenfrage, zur Verhandlung kam. Allseits schon in dieser Tatsache, daß die überaus wichtige Frage als 16. Punkt zur Beratung gestellt wurde, spiegelt sich drastisch das geringe Verständnis wider, das von den bürgerlichen Parteien dem Arbeitslosenproblem entgegengebracht wird, und es hätte gewiß nicht erst der Massenfluß der bürgerlichen Vertreter aus dem Saale bedurft, um ihre Inzifferosität noch besonders deutlich hervorzuheben. Der Bericht der Rechenschaftsdeputation selbst, aus dem wir vor einigen Tagen bereits das wichtigste mitgeteilt haben, ist nicht besonders inhaltreich; das dürftige Resultat der Deputationsberatungen läßt sich eben nicht mit schönen Worten, an denen es der nationalliberale Berichterstatter, Abg. S a n a b e l, auch heute nicht fehlen ließ, aus der Welt schaffen. Und um ja keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß auch die sächsische Regierung, wenn es sich um Arbeiterinteressen handelt, jedem Fortschritt abhold ist, betonte der Minister R i t h u m mit aufschreiender Schärfe gleich am Eingang der Debatte die entschiedene Abneigung der Regierung für ein selbständiges sozialpolitisches Vorgehen. Er könne, so erklärte er, dem Hause keine Lösung des Arbeitslosenproblems entgegenbringen, bevor nicht die Vorfragen gelöst seien. Die Lösung dieser Vorfrage erblickt er in der Gründung von paritätischen Arbeitsnachweisen über das ganze Land. Es wäre ehrlicher gewesen, wenn er offen zugestanden hätte, daß die kapitalistische Gesellschaft gar nicht imstande ist, und wenn sie es wäre, im Selbstverwaltungsinteresse niemals geneigt sein wird, das Arbeitslosenproblem zu lösen. Mit der Beseitigung der industriellen Reservearmee fällt eben zugleich die kapitalistische Gesellschaft. Was der Minister sonst noch sagte, war im wesentlichen nur eine Anerkennung der Deputationsbeschlüsse, soweit sie für den Staat keine nennenswerten Kosten verursachen. Statistische Erhebungen über den jeweiligen Umfang der Arbeitslosigkeit sollen vorgenommen werden, jedoch nur im Anschluß an andre statistische Untersuchungen, eine Denkschrift über die Frage der Arbeitslosenversicherung soll dem nächsten Landtage ebenfalls zugehen. Dagegen lehnte er es rundweg ab, im Bundesrat auf reichsgerichtliche Regelung der Arbeitslosenversicherung hinzuwirken, angeblich weil dieser zurzeit ohnehin mit sozialpolitischen Arbeiten überhäuft sei.

Nach dem Minister sprachen von sozialdemokratischer Seite die Genossen W i n k l e r und R i e m, der erstere als Mitberichterstatter der Deputation und zugleich als Befürworter des Minderheitsvotums, das Bereitstellung staatlicher Mittel für die Gemeinden zur teilweisen Bestreitung ihrer Aufwendungen zur Arbeitslosenversicherung fordert. Dieses Minderheitsvotum wurde auch von dem Freisinnigen S c h w a g e r unterstützt. Im Namen der konservativen Fraktion entwickelte der Agrarier S c h ö n f e l d höchst konfuse Ideen über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die Verpflichtung des Staates zur Linderung der Arbeitslosennot, wobei der Herr nicht unterlassen konnte, auch gegen die Gewerkschaften einige Seitenhiebe zu führen. Der Nationalliberale K l e i n h e m p e l fühlte sich verpflichtet, für die aussprerungswütigen Bauunternehmer eine Lanze einzulegen und damit zugleich seine Arbeiterfreundschaft zu dokumentieren. Höchst komisch machte es sich, als derselbe Herr gegen das Verlangen der sozialdemokratischen Antragsteller, die Gemeinden zur Unterstützung der Arbeitslosen zu verpflichten, entzweit polemisierte, im gleichen Atemzug aber den Abschwächungsantrag seiner Partei empfahl, der die Regierungen zu Erwägungen auffordert, ob und in welcher Höhe und unter welchen Voraussetzungen im Staatshaushalt Mittel zur Förderung oder Unterstützung gemeindlicher Arbeitslosenversicherung bereitgestellt werden können.

In der nun folgenden Abstimmung fiel das sozialdemokratisch-freisinnige Minderheitsvotum mit 38 gegen 26 Stimmen, während der nationalliberale Abschwächungsantrag gegen 15 konservative Stimmen Annahme fand. Die in der Deputation einstimmig gefaßten Beschlüsse wurden teils einhellig, teils gegen einige konservative Stimmen angenommen. Zum Schluß gab der Freisinnige R o t h noch eine Erklärung zu den kommunalpolitischen Vorgängen in Bernstadt ab, in der er gegenüber einer tags zuvor abgegebenen ministeriellen Erklärung alle seine früheren Behauptungen aufrecht erhielt. Der Minister antwortet mit einer recht lendenlahmen Gegenklärung.

Abgefertigte Muderer.

Der Landesverein für innere Mission hielt kürzlich in Dresden seine Tagung ab. Der Vorsitzende, Pfarrer W ä g e l d, sammelte hier über die Unfruchtbarkeit, die durch Theater-, Varietee- und Kino-Aufführungen sowie Tanzveranstaltungen gefördert werde. Die Behörden seien zu nachgiebig. Die geschiedene Frau, Gretchen und die Haremssnacht haben das besondere Mißfallen erregt. Der Landesverband der Saalhäuser gibt nun dem Retter der Sittlichkeit folgende gepfefferte Antwort:

„Seit länger als zehn Jahren belästigt dieser Diener der Kirche ununterbrochen die Verwaltungsbehörden mit Eingaben, in denen er nachzuweisen versucht, daß die Tanzveranstaltungen eingeschränkt werden müssen, daß überhaupt dem Volke ein Uebermaß von Vergnügungen geboten werde usw. Gott sei Dank, die bessere und verständnisvollere Einsicht der Behörden hat zu dem Ergebnis geführt, daß man die Eingaben des Vereins für innere Mission in der Hauptsache als unbeachtlich ansehen mußte, weil sich der Inhalt derselben mit der Wahrheit auf sehr gespanntem Fuße befand. Nicht bezeichnend für genannten Verein und seinen Vorsitzenden ist es aber, wenn trotz dieser feindseligen Haltung gegenüber dem Bistum noch Unterstüßungsanträge unterzeichnet werden, die den Dresdener Wittevereinen zugegangen sind und in denen um Geldunterstützung gebeten wird. Allen Verbandsmitgliedern rufen wir zu: Haltet die Augen geöffnet und die Taschen geschlossen, zeigt energisch denen die Tür, die euch zumuten, die Feinde des Wittegewerbes mit Geldmitteln zu unterstützen, Fort mit den Wölfen in Schafskleibern!“

Das genügt!

Humanitätsbuselei in der Armenpflege.

er. Stelle Streiflichter auf die Zustände in der heutigen Armenpflege warf ein Prozeß vor dem Obergerichtsgericht. In R e i c h n i g bei Dresden wohnt eine kleine Beamtenwitwe, die für sich und ihre sechs im Alter von 3 bis 13 Jahren stehenden Kinder zu sorgen hat. Für den Unterhalt diente in der Hauptsache eine Pension von jährlich 935 Mark, davon gehen an Wohnungsmiete 200 Mark ab, so daß der lebensfähigen Familie für Nahrung, Kleidung, Feuerung usw. w ä s e n t l i c h 735 Mark zur Verfügung standen. Unter diesen Verhältnissen war natürlich in der Familie Schmalhans ständiger Mangel. Die Frau suchte durch Arbeiten auf der Nähmaschine bis in die späte Nacht hinein — auf Kosten ihrer Gesundheit — ein paar Pfennige hinzuzuerdienen, um auf diese Weise das allzu knappe Wirtschaftsgeld wenigstens ein wenig aufzubessern.

Im Sommer 1909 wurde die Frau zu allem Unglück schwer krank, womit für die Familie eine Reihe von Tagen schmerzhafter Entbehrungen begann. Das Elend war so groß, daß schließlich die Hausbewohner, die schon nach Kräften die bedauernswerte Familie unterstützten, den Armenpfleger benachrichtigten. Dieser erstattete beim Gemeindevorstand Anzeige, daß die Frau wegen fortgesetzter Krankheit nicht imstande sei, den Unterhalt für sich und ihre Kinder zu bestreiten. Ein Schuttmann mußte darauf Ermittlungen anstellen. Es stellte sich heraus, daß die Frau an hochgradiger Blutarmut und Nerven Schwäche litt, der Arzt hatte ihre jede Arbeit untersagt und — kräftige Nahrung verordnet. Dabei war kein Pfennig Geld zu Hause, die Frau nicht in der Lage, den Mietzins zu entrichten, so daß die Ausräumung der Familie zu befürchten stand. Die Kinder waren sich selbst überlassen, die größeren mußten die Mutter pflegen und ihre kleineren Geschwister beschäftigen. Das älteste Kind, ein 13-jähriges Mädchen, verdiente sich noch mit der Veranschaulichung fremder Kinder wöchentlich 30 Pfennige. Die Gemeinde gewährte darauf der Witwe eine fortlaufende Mietzinsbeihilfe von monatlich 10 Mark, außerdem noch einmal extra 5 Mark, als sich eines Tages herausstellte, daß die kranke Frau völlig hilflos und ohne Mittel, ohne Nahrung und Feuerungsmaterial war. Nicht eine Kruste trockenen Brotes war im Hause; die Kinder litten buchstäblich Hunger. Ende Januar 1910 wurde die Unterstützung eingestellt, trotzdem die Frau auch heute noch nach ärztlichem Gutachten nur zur Hälfte erwerbsfähig ist.

R e m n i g (die Frau hat dort ihren Unterstützungswohnsitz) lehnte die Erhaltung des Armenauswandes von 65 Mark ab, weil eine Hilfsbedürftigkeit im armenrechtlichen Sinne nicht anerkannt werden könne mit Rücksicht auf die Höhe der Pension. Es gebe viele Arbeiterfamilien, die bei gleicher Kinderzahl und gleichem Einkommen bestehen müßten. Die Kreisbauhauptmannschaft erkannte auf Abweisung der Klage. Sie ließ dahingestellt ob eine Hilfsbedürftigkeit vorgelegen habe oder nicht, jedenfalls habe es sich nur um eine v o r l i e g e n d e Hilfsbedürftigkeit (über ein volles halbes Jahr) gehandelt, die zur Bewährung einer fortlaufenden Unterstützung keinen Anlaß gegeben habe. In der Berufungsverhandlung vor dem Obergerichtsgericht erklärte der Gemeindevorstand von R e m n i g, die Frau sei gar nicht selbst um Unterstützung gekommen; man habe es hier mit einer übertriebenen Sentimentalität und Humanität der Nachbarn zu tun, habe doch ein im selben Hause wohnender Lehrer für die Familie 30 den Mark gesammelt. Der durchschnittliche Tageslohn betrage für den hauptmannschaftlichen Bezirk 270 Mark, das sei ein Jahreseinkommen von 810 Mark, die Pension betrage hier aber mehr. Wenn solche Leute unterstützt werden müßten, so sei das unerträglich. Die Frau hätte sich auch etwas von ihrem früheren Verdienst zurücklegen können, ebenso müßten die Kinder mitverdienen können, und auf die verwunderte Frage des Vorsitzenden, wie er sich denn eigentlich vorstelle, daß Kinder in diesem zarten Alter und unter den obwaltenden Verhältnissen etwas verdienen sollten, schlug der menschenfreundliche Gemeindevorstand hinzu: „D, das geht ganz gut. In den Gärtnereien gibt es für Kinder sehr viel Arbeit, also die Möglichkeit, etwas zu verdienen, sei wohl dagewesen.“ (1) Das Obergerichtsgericht betonte, daß es die Grinde, aus denen die Berufung die Klage abgewiesen habe, nicht billigen könne, daß es aber wegen der Frage der Hilfsbedürftigkeit noch weitere Beweiserhebungen für erforderlich halte.

Das alles wegen 65 Mark! Die Gerichtskosten werden sich höher stellen als das ganze Streitobjekt, abgesehen von den vielen Scherereien und Befästigungen, die den Instanzen und Behörden mit solchen Bagatellen verursacht werden.

Reichstagskandidatur in Freiberg-Gainichen. In der Kreisparteiversammlung im sächsischen Reichstagswahlkreis wurde am Sonntag Genosse W e n d e l in Frankfurt a. M. einstimmig als Reichstagskandidat aufgestellt.

Plauen. Der Bierverbrauch in dieser Stadt ist im ersten Vierteljahr 1910 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 1436 Hektoliter gestiegen. Die Einnahme an Biersteuer betrug 24120 Mk. gegen 23114 Mk. im Vorjahre.

Zwickau. Wegen Verleitung zum Meineide verurteilte die Strafkammer Zwickau den Apothekenbesitzer Krüger aus Schneeberg zu 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust. Krüger hatte den Hausdiener Müller in Glauchau zu bestimmen versucht, in einem Ehecheidungsprozeß gegen ihn eine falsche Aussage zu machen.

Begau. Ein schweres Automobilunglück trug sich in der Nacht vom Montag zum Dienstag auf der Chaussee Begau-Zeitz, dicht hinter Begau zu. Vier Meißelwitzer Herren hatten nebst dem Chauffeur eine Automobilfahrt über Zeitz nach Leipzig unternommen. Nachts, etwa 1 Uhr, passierten sie die Chaussee kurz vor Begau, die dort eine scharfe Biegung macht. **Alle Wahrscheinlichkeit nach ist**

Das Automobil in rasendem Tempo gefahren gekommen, so daß der Führer die Gewalt darüber an der betreffenden Stelle verloren hat. Das Automobil ist nach dem Befund auf die Seite an die dort befindlichen Sprengblöcke mit solcher Wucht angefahren, daß diese umgelegt wurden. Das Automobil überfiel sich und kam mit den Rädern nach oben zu liegen. Sämtliche Insassen waren herausgeschleudert worden; drei davon trugen so schwere Verletzungen davon, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird. Dem Chauffeur wurde der Brustkorb eingedrückt, ein Herr Richter, Steiger in einer Braunkohlengrube, war mit dem Kopfe derart stark aufgeschlagen, daß das Gehirn bloßgelegt wurde, während einem Maurerpolier namens Rudolph jedenfalls das Automobil über das Bein gegangen ist, so daß es amputiert werden muß, wenn er mit dem Leben davon kommt. Auch hat er sonst noch schwere Verletzungen davongetragen. Die drei Verunglückten wurden befehlungslos in das nahe Bahnhäuserhäuschen transportiert, während es den andern beiden, dem Wirt zum Deutschen Haus und dem Wirt zu den Reichshallen in Meuselwitz, früh möglich war, zu Fuß nach Wegau zu gehen. Beide sind anscheinend nur leicht verletzt. Das Automobil gehört einem Herrn Dr. Hermann in Meuselwitz, der es im Deutschen Haus eingestellt hatte. An den zahlreichen Blutspuren an der Unfallstelle konnte man die Schwere des Unfalls erkennen. Das Automobil ist vollständig demoliert.

Neine Nachrichten aus dem Lande. Einen anonymen Brief erhielt dieser Tage eine in Reichenbach wohnende Verkäuferin, in dem diese um Ueberlieferung von 40 Mark postlagernd Kglau ersucht wird, widrigenfalls sie ihr Leben einbüßen werde. Als der Anonymus sich auf dem Postamt einfand, um das Geld zu holen, wurde er von der Polizei in Empfang genommen und ins Amtsgerichtsgefängnis gebracht. Der Mann ist ein 30-jähriger Drechsler in Reichenbach. — In Chemnitz wurde ein zwölfjähriger Knabe, der bei einem Väter in der Fräuleinstraße wohnt, befehligt hatte und sich auf dem Rückwege befand, abends in den Schillerparkanlagen in der Nähe der Straße von zwei Männern angefallen. Nach der Aussage des Knaben sei er von den Männern gefesselt, mißhandelt und zur Herausgabe des Geldes aufgefordert worden, er habe jedoch nur 5 Pf. bei sich. — Seit acht Tagen werden in Reichenbach bei Dresden zwei Knaben im Alter von 13 und 6 Jahren einer hier wohnenden Familie vermißt. Die Knaben besuchten noch bis mittags den Schulunterricht und sind seit dieser Stunde spurlos verschwunden. — Wegen Verbrüchens nach § 170, Absatz 2 und 3 des Strafgesetzbuches wurden am Sonntagnachmittag zwei 20-jährige Drechsler Einwohner verhaftet und der zuständigen Behörde zugeführt. — Der Agent der Elbingerischen Nähmaschinenfabrik Joseph Sautler, der auf einer Geschäftstour per Rad Melanne bei Rittküh passierte, stürzte in der Nähe von letzterem Orte so unglücklich gegen einen Baum, daß er auf der Stelle tot war.

Aus den Nachbargebieten.

Walle a. S. Hier vergeht keine Woche, in der nicht mehrere polnische landwirtschaftliche Arbeiter, zumeist Galizier, wegen der verschiedenartigen Straftaten festgenommen werden. Ein besonders gefährlicher Vursche wurde vorige Woche verhaftet. Er hatte bei Stenden eine Landmannin kennen gelernt, der er verprochen, ihr gute Arbeit zu verschaffen. Die Frau glaubte, ihrem Landmann vertrauen zu dürfen, und folgte ihm auf ein Dorf. Unterwegs suchte der Vursche die Frau zu vergewaltigen, dann band er ihr Hände und Füße fest zusammen, raubte ihr das Portemonnaie mit 12 Mk. Inhalt und ließ sie dann auf dem Felde liegen. Erst nach mehreren Stunden wurde die Frau von einem Arbeiter aufgefunden und befreit. Als sie dann hierher kam, sah sie den Straßenräuber und veranlaßte seine Festnahme. — Ein Pole wurde hier verhaftet, weil er auf der Eisenbahnfahrt von Bremen hierher ein Portemonnaie mit 120 Kronen Inhalt gestohlen hatte.

Wersburg. Die Polizei hat auch hier den Festzug am 1. Mai verboten. Am 2. April war um die Genehmigung nachgesucht worden. Erst am 22. April kam die Antwort, die also lautet:

„Auf Ihre Eingabe vom 2. d. M. erwidern wir Ihnen, daß wir die nachgesuchte Erlaubnis zur Veranstaltung eines Umzuges der Gewerkschaften und des Sozialdemokratischen Vereins am 1. Mai d. J. verweigern, weil aus der Veranstaltung des Umzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. (§ 7 des R.V.G. vom 19. April 1908.)“

Trotz der langen Zeit scheint man den § 7 des Vereinsgesetzes doch noch nicht richtig verstanden zu haben. Im letzten Satz ist da gesagt, daß ein Verbot mit Angabe der Gründe zu erteilen ist. Die Wersburger Polizei „bestätigt“ eine Gefahr für die Sicherheit, d. h. für Leben, Gesundheit oder Eigentum. Das führt sie aber nur an, wenn Arbeiter in Frage kommen. Studenten u. v. dürfen ruhig Umzüge veranstalten, können dabei auch die „Sicherheit“ gefährden, ihnen legt man nichts in den Weg.

st. Aus Sachsen-Weimar. Die angemeldeten Umzüge anlässlich der Weisfeier sind in diesem Jahre in allen größeren Orten des Großherzogtums „genehmigt“ worden, während in den früheren Jahren in einzelnen Orten die dringende Gefahr für die Ordnung und Sicherheit zu einem Verbot derselben herbeiführte. Man scheint demnach nun doch endlich die Lächerlichkeit des an den Parteien herbeigezogenen Grundes einzusehen. — Ein forcher Bauer in Bielefeld, der Rittergutsbesitzer Koll in dem pfeifschwarzen weimarischen Dorfe Nöbda, in der Nähe von Erfurt, ist wegen Betruges, die er an den früheren Orten seiner Wirkamkeit in Pommeren begangen haben soll, auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Kassel verhaftet worden. Schon freuten sich die Landkinder über den neuen Kollegen, der durch sein Auftreten gegenüber den „Noten“ zu den schönsten Hoffnungen berechtigete, bei den kommenden Wahlen eine feste Stütze der Agrarier zu sein und nun — ist's Effig.

Aus der Umgebung.

Zur Weisfeier.

Die Weisversammlungen in der Amtshauptmannschaft sind von den örtlichen Weiscomitees per Postkarte bei der Amtshauptmannschaft anzumelden.

Schönefeld. Unternehmerschutz vor sozialen Aufgäben. Auf der Tagesordnung der letzten Schulvorstandssitzung stand als einziger Punkt ein Dringlichkeitsantrag von drei Mitgliedern des Schulvorstandes, wegen Weiterführung des Schulneubaus in eigener Regie. Bekanntlich sind die Arbeiten an der Schule durch die Ausperrung so gut wie eingestellt, die Betonarbeiten ruhen ganz und die Maurerarbeiten werden von ein paar Bekehrten und einem Volker weitergeführt. Den Gemeindegliedern liegt daran, daß das Haus sobald als möglich seiner Bestimmung übergeben werden kann. Sämtliche Klassen sind überfüllt. Es mußten sogar Wandertafeln eingeführt werden. Infolge der schnellen Entwicklung des Ortes sind in den letzten Jahren die Schulverhältnisse ganz unhaltbar geworden. Angesichts dieser Tatsachen war der Antrag nur zu begründet. Nach Eröffnung der Sitzung erklärte der stellvertretende Vorsitzende, daß er eigentlich keine

Macht habe, diesen Antrag zur Diskussion zu stellen, er habe es nur deshalb getan, um die Sache so schnell als möglich aus der Welt zu schaffen. Zur Begründung wurde angeführt: Der Direktor habe schon im Jahre 1908 darauf gebrungen, daß bis zum 1. Oktober 1909, für einige Klassen Platz geschaffen werde, sonst könne er nicht mehr für eine gedeihliche Entwicklung der Schule die Verantwortung übernehmen. Weiter wurde noch auf die jetzt ruhende große Baulastigkeit im Orte hingewiesen. Auf diesen Ausführungen nahm der Direktor das Wort, um seinen eigenen Wünschen entgegenzutreten. Er meinte, daß es den Antragstellern wohl weniger darum zu tun sei, die neue Schule in eigener Regie fertigzustellen, um Platz zu schaffen, sondern es sei wohl die Hauptsache, den ausgesperrten Bauarbeiter beizuspringen. Hiernach sagte auch Sanitätsrat Dr. Schmidt, der sich sogar zu der abnormen Bemerkung verließ, die Partei wolle sich die ausgesperrten Arbeiter vom Hals schaffen, und deshalb käme man jetzt mit solchen Anträgen. Diese Unterstellungen wurden von allen drei Antragstellern zurückgewiesen, die erklärten, daß sie nur durch die in der Begründung angeführten Gründe zu dem Antrage gekommen seien. Nach dem noch einige Herren gegen den Antrag gesprochen und ihre Meinung dahingehend zum Ausdruck gebracht hatten, daß kein dringendes Bedürfnis zur Fortführung des Baues in eigener Regie vorhanden sei, wurde zur Abstimmung geschritten. Der Antrag wurde mit 6 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Wenn man die frühere Haltung der Herren, sowie die Tatsache, daß die jetzigen Schulverhältnisse einer dringenden Abhilfe bedürfen, berücksichtigt und mit den Ausführungen in dieser Sitzung vergleicht, drängt sich einem der Gedanke auf, daß dieser Beschluß eine offene Parteinahme zugunsten der Bauunternehmer und zum Schaden der Bauarbeiter und der Gemeinde bedeutet.

Tauscha. Der Landtagsabgeordnete für unsern Landtagswahlkreis, Rißhake, wird nie wieder vor seine Wähler treten. In einer Wählerversammlung zwei Tage vor der Wahl sprach Genosse Püntau in unserm Ort und entwickelte das Programm der Sozialdemokratie. An der Diskussion beteiligte sich unter andern auch der gegenwärtige Kandidat, Herr Rißhake, und sagte auch, er würde für die Unentgeltlichkeit der Schule und der Lehrmittel eintreten. Als Genosse Püntau sagte, die Gegner versprechen vor der Wahl alles und hinterher handeln sie anders, meldete sich Herr Rißhake nochmals zum Wort und sagte, er würde sich nicht wieder wagen, vor die Augen der Wähler zu treten, wenn er das nicht hielt, was er versprochen habe. Nun, im sächsischen Landtag stand vorige Woche ein Antrag der Sozialdemokratie zur Beratung, der die Unentgeltlichkeit der Schule, wenn auch nicht durchzuführen, sondern abzuheben sollte. Was tat Herr Rißhake? Er stimmte dagegen.

Herr Rißhake hat das, was er seinen Wählern versprochen, nicht gehalten. Hoffentlich hält er sein gegebenes Ehrenwort und tritt nicht wieder vor die Augen der Wähler. Er hat sich genau so erbärmlich benommen wie das Gros der übrigen „Ordnungs“kandidaten, die in der Regel alles versprechen und dann umfallen, wenn die Entscheidung kommt.

Unfall oder Verbrechen? Durch die Verhaftung des Kaufmanns Jeepp, der vor kurzem an der Witwe Rehmman einen Raubmordversuch machte, scheinen verschiedene frühere Ereignisse ihre Klärung zu finden. Jeepp soll bereits überführt sein, am 5. Februar den Raubmord auf den Steinbruchsbesitzer Görmar an R. Kleinberg angeführt zu haben. Jetzt ist weiter der Verdacht aufgetaucht, daß er auch den Tod des Sohns der Frau Taubert, der vor ungefähr einem Jahre im Bett verbrannt ist, ver schuldet habe. Damals wurde angenommen, daß es sich um einen Unfall gehandelt habe und Taubert wurde ohne weitere Untersuchung beerdigt. Im Laufe der Untersuchung gegen Jeepp ist man nun darauf gekommen, daß hier möglicherweise ebenfalls ein Verbrechen vorliegen könnte. Infolgedessen wurde von einigen Tagen von der Staatsanwaltschaft die Ausgrabung der Leiche des jungen Oskar Taubert angeordnet, die auch erfolgt ist. Ueber das Resultat der Untersuchung ist noch nichts bekannt.

Mötha. Gegen den Fortschritt. Die Innungshelden im Rührergewerbe hatten sich am Sonntagabend zu einer Versammlung im Gasthof zu den Drei Rosen zusammengefunden, um gegen die vom Stadgemeinderat projektierte und schon lange als dringend notwendig empfundene Wasserleitung Stellung zu nehmen. Nachdem die Herren ihre verpöppelten Ansichten über diese „unzeitgemäße Neuerung“ zum besten gegeben hatten, wurde beschlossen, beim Stadgemeinderat zu petitionieren, damit die Ausführung der Wasserleitung auf spätere Zeit verschoben werde.

Großdenben. Sturz aus dem Fenster. Infolge eines Ohnmachtsanfalls stürzte gestern in der Villa Weikita ein 21 Jahre altes Dienstmädchen aus einem Fenster der 2. Etage in den Garten hinab und trug hierbei eine schwere Wirbelsäulenverletzung davon. Die Schwerverletzte wurde mittels Krankenwagens in das Leipziger Stadtkrankenhaus übergeführt.

Zwenkau. Zur Weisfeier. Den Vorschlägen des Weiscomitees zufolge beschloß die letzte Versammlung des Ortsvereins, am 1. Mai, vormittags 11 Uhr, eine öffentliche Versammlung abzuhalten, die bei günstigem Wetter unter freiem Himmel im Garten des Gasthofs Goldner Adler stattfinden soll. Bei ungünstiger Witterung tagt die Versammlung im großen Saale des genannten Lokals. An die Versammlung soll sich eine Demonstration durch die Straßen der Stadt anschließen. Abends 6 Uhr ist ein Koncert, bestehend in Instrumental- und Vokalkonzert, turnerischen und theatralischen Aufführungen, ebenfalls im Adlersaale, in Aussicht genommen. Es steht bei den Genossen, die nächsten Tage zu fleißiger Agitation zu benutzen und die Weisfeier zu dem zu gestalten, was sie sein soll: eine würdige und wichtige Demonstration gegen Ausbeutung und Unterdrückung und eine Kundgebung für Arbeiterschutz und den Achtundzest.

Agitationsversammlung. Vor über 200 Personen sprach am Sonntagabend der Reichstagsabgeordnete Genosse Lehmann in Wiesbaden über Verfassungskämpfe und Wahlrechtskämpfe der Gegenwart. Einen geschichtlichen Rückblick über die Verfassungen verschiedener Länder Europas voraussetzend, ging der Redner auf den preussischen Wahlrechtskampf ein und stellte fest, daß Preußen und Sachsen mit ihren Wahlrechten selbst hinter denen von Perlen und der Ältern zurückstehen. Norwegen und Finnland hätten bereits das Wahlrecht für Frauen und auch Vertreterinnen in den Parlamenten. Auch die deutsche Sozialdemokratie fordere das Frauenstimmrecht. Ohne Kampf sei kein Sieg. Deshalb müsse das Proletariat kämpfen, bis das erreicht sei, was auf seiner Fahne geschrieben steht. Dazu gehören vor allem starke politische und gewerkschaftliche Organisationen. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführenden wies der Vorsitzende auf den Schuttpöppel und die Rittschische Broschüre: Führer durch das Einkommensteuergesetz hin. Mit der Aufforderung zu reger Beteiligung an der Weisfeier und zum Beitritt in den Ortsverein wurde die Versammlung geschlossen.

Schleußig. Steuerzettel in Sicht. Der Steuerzettel wird in diesem Jahre manchem Einwohner nicht gefallen. Es werden bekanntlich 196 Prozent von der Einkommensteuer für die Gemeindegeldgaben erhoben. Immer begegnet man einem Zell Arbeiter, die in Steuerfragen nicht bewandert sind. Dies

mag seinen Grund in den mehrfachen Änderungen des Einkommensteuergesetzes in den letzten Jahren haben. Die Annahme der Beamtenvorlage im preussischen Landtage hatte zur Folge, daß die Einkommen von 1200 bis 3000 Mk. mit 5 Prozent, von 3000 bis 10500 Mk. mit 10 Prozent usw. zur Deckung der Gehaltsberhöhung der Beamten herangezogen werden. Weiter gelangte eine Erweiterung des Ainderprinzips zur Annahme, infolgedessen der § 19, Abs. 1 und 2 des Gesetzes die nachstehende Fassung erhalten hat: Gewährt ein Steuerpflichtiger, dessen Einkommen den Betrag von 6500 Mk. nicht übersteigt, Kindern oder andern Familienangehörigen auf Grund gesetzlicher Verpflichtung (§§ 1601 bis 1615 B.G.) Unterhalt, so werden die im § 17 vorgeschriebenen Steuersätze ermäßigt um eine Stufe bei dem Vorhandensein von zwei, um zwei Stufen bei dem Vorhandensein von drei oder vier, um drei Stufen bei dem Vorhandensein von fünf oder sechs derartigen Familienmitgliedern. Für je zwei weitere solcher Familienangehörigen tritt eine Ermäßigung um eine weitere Stufe ein usw. Die Steuerzettel im vorigen Jahre haben gelehrt, daß die Einkommenskommission an dem Prinzip der Uebererschätzung leidet. Ein jeder, der glaubt, übererschätzt zu sein, wende sich unverzüglich an das Arbeitersekretariat, das jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr geöffnet ist. Alle Anträge werden unentgeltlich ausgeführt. Infolge des Maiestes ist das Sekretariat am 1. Mai geschlossen.

Achtung, Steuerzahler! Die Liste derjenigen Steuerpflichtigen, die mit einem Jahreseinkommen bis zu 1000 Mark veranlagt sind, liegt 14 Tage lang in der Stadtsteuerkasse zur Einsicht aus. Gegen die Veranlagung steht den Steuerpflichtigen binnen einer Anlauffrist von 4 Wochen nach Ablauf der Anlauffrist die Berufung zu, die beim Vorsitzenden der Veranlagungskommission, dem Landrat zu Merseburg, anzubringen ist. Die Frist der Anbringung der Berufung läuft mit dem 5. Juni d. J. ab.

Wer ist die Tote? Im Fragen 2 der hiesigen Oberförster ist eine unbekannt weibliche Leiche gefunden worden. Die Tote ist etwa 30 Jahre alt und 1,75 Meter groß. Sie war bekleidet mit blauem Kostüm, welcher blaue gestreifte Ärmel und Spitzeneinsatz, grauem, blaue gestreiftem Korsett, dunkelgrünem Unterrock, weißer Hose, mit Spitzeneinsatz, schwarzen langen Strümpfen und neuen schwarzen Schuirtiefeln mit Firmastempel Max Ltd. Vermutlich hat sie schon längere Zeit im Wasser gelegen. Die Leiche ist noch am selben Tage von der Oberförsterei aufgehoben und auf den hiesigen Kirchhof gebracht worden.

Marktscheid. Zur Weisfeier. Auf eine Eingabe des Weiscomitees ist vom Stadtrat folgende Antwort eingegangen: Wir erteilen Ihnen hiermit Genehmigung zur Veranstaltung eines Umzuges mit Musikbegleitung durch die in dem Gesuche vom 8. d. M. angegebenen Straßen hiesiger Stadt für den 1. Mai, nachmittags, unter folgenden Bedingungen: 1. Die vor dem Umzuge zu meldenden Leiter haben für die Aufrechterhaltung der Ordnung bei der Aufstellung, dem Verlaufe und der Auflösung des Umzuges zu sorgen; 2. Das Tragen revolutionärer Abzeichen, besonders das Mitführen von roten Fahnen und Standarten in dem Umzuge, sowie das Abtragen von revolutionären Plakaten ist verboten; 3. Kinder dürfen an dem Umzuge nicht beteiligt sein; 4. Der öffentliche Verkehr darf nicht gestört werden.

Der Stadtrat. Das Weiscomitee macht bekannt: Die Mitglieder der Gewerkschaften sowie der Partei treffen sich nachmittags 7 1/2 Uhr in dem von dem Vorstand der Organisationen bestimmten Lokal. Die Kontrollkarten sind dort auszufüllen; dann gemeinsamer Gang nach dem Sammelpunkt des Festzuges an der Parkstraße. Der Abmarsch des Festzuges erfolgt Punkt 7 3/4 Uhr unter Begleitung von Musik. Punkt 8 1/2 Uhr findet eine Versammlung im Saale der Guten Quelle statt. Nachdem Unterhaltungsmusik, Gesang und turnerische Aufführungen. Das Mahlgedenkblatt ist sichtbar zu tragen. Die Kontrollkarten werden vor der Versammlung eingegeben. Den Ordnern ist unbedingt Folge zu leisten.

Arbeiter, Parteigenossen, Gewerkschafter, Frauen! An Euch liegt es nun, die Maidemonstration so imposant wie möglich zu gestalten. Zeigt den Nachhabern, daß die Arbeiterkraft auf dem Posten ist. Keiner darf beim Maiest fehlen!

Das Weiscomitee. J. A.: Bleichrodt.

Beucha. Der Heberfall auf den Rittshaber der Firma Preiser in Kleinfeinberg ausgeführt. Am 5. Februar wurde der Steinbruchsbesitzer Görmar, Rittshaber der Firma Bruno Preiser nachmittags auf dem Wege zwischen Tauscha und Kleinfeinberg von einem unbekanntem überfallen, vom Fahrrad gerissen, durch Stöße bewußtlos geschlagen und eines Geldbeutels mit circa 1000 Mark Bargeld beraubt. Obwohl damals große Anstrengungen gemacht und eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt wurde, gelang es nicht, den Täter zu ermitteln. Erst jetzt ist, mehr durch Zufall, Aufklärung geschaffen worden. Als Täter kommt der Kaufmann Jeepp aus Tauscha in Frage, der vor einigen Wochen in Tauscha einen Raubmordversuch unternahm und sich jetzt in Leipzig in Untersuchungshaft befindet. Jeepp soll die Tat bereits eingestanden haben. Der Räuber hatte seinerzeit einen gelblich-braunen Spazierstock mit gebogenem Griff am Orte der Tat zurückgelassen. Durch die angestellten Ermittlungen wurde der betreffende Stock als der des vor kurzem verstorbenen Sohnes der von Jeepp schwerverletzten Frau Rehmman festgestellt. Nach dem Tode ihres Sohnes hatte die Frau den Stock dem Jeepp zum Geschenk gemacht. Weitere Recherchen sollen dann noch ergeben haben, daß sich Jeepp am 5. Februar in der Nähe von Kleinfeinberg aufgehalten hatte. Auch die Beschreibung der Kleidung des Räubers durch den Heberfallenen stimmt mit der Kleidung Jeepps überein. Man sagte ihm schließlich das Verbrechen auf den Kopf zu. — Jeepp steht übrigens in dem Verdacht, noch ein andres schweres Verbrechen auf dem Gewissen zu haben.

Quittung.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter gingen bei uns ein:	
Bereits quittiert	208.72
Saalfehl des Radfahrervereins Abteilung Leipzig-West	22.20
M. d. A.-M.-B. Solidarität, Helfenteller	2.10
Tanztour in Fiedlers Gasthof, Wachsen, durch Werner	4.20
Ein Extratanz beim Vergnügen des Männergesangsvereins Union	5.30
Stammisch Künstlerhaus	1.05
Ueberführung durch Alfred Schurig	5.—
Steinbruder von A. Vengner beim Gehilfenfest	12.—
Extratour beim 7. Stiftungsfest des Arbeiter-Stenographenvereins Vorwärts im Volkshaus	1.—
Doppelkopf Germania, Knautzkeberg, durch W. St.	24.80
Extratour beim Frühjahrsfest der Mechaniker und Elektromonteur, Leipzig	5.—
Arbeiterturnverein Rodewitz und Umgegend, ein Tanz am Sonntag, den 24. April	5.—
Ein Parteitanz auf der Brandvorwerkstraße	5.—
Extratour beim 9. Stiftungsfest des Kraftsportvereins V. Reinschöcher, Terraste	5.90
Pumpflasse D. S. Reitzenchen gilt nicht	2.71
Extratour der freien Turnerabteilung, Westendhallen, Wagnitz	13.50
Summa:	313.58

Leipzig, 27. April 1910. Die Expedition.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 27. April.

Geschichtskalender. 27. April 1737: Der englische Geschichtsschreiber Edward Gibbon in Putney geboren († 1794). 1820: Der englische Philosoph Herbert Spencer in Derby geboren († 1903). 1880: Wilhelm Braake gestorben. 1882: Der amerikanische Philosoph und Dichter Ralph Waldo Emerson in Concord (Mass.) gestorben (* 1803). 1905: Der Ägyptologe Jakob Krall in Wien gestorben (* 1857). 1909: Sultan Abdal-Damid wird entthront; Mohammed V. tritt die Regierung an; Erlass der preussischen Regierung gegen die Raifstumpfsäge.

Sonnenaufgang: 4,41, Sonnenuntergang: 7,16. Monduntergang: 5,45 vorm., Mondaufgang: 10,50 nachm.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 28. April.

Westliche Winde, veränderliche Bewölkung, Temperatur wenig geändert, noch zeitweise leichter Niederschlag.

Die Entwicklung der Leipziger Bahnhofsbauten.

Im ansehnlichen Staatshaushalt werden als fünfte Rate 1 100 000 Mark zum Umbau der Leipziger Bahnhöfe gewährt. Dem Bericht der Finanzdeputation B, den der Abg. Müller erstattet hat, entnehmen wir über die Entwicklung der Leipziger Bahnhofsbauten folgende Daten:

Im Jahre 1902 begannen die Bauarbeiten zur Verbesserung der Bahnhofsanlagen der sächsischen und preussischen Staatsbahnverwaltung in Leipzig. Die Verhandlungen mit Beträgen, in denen die gesamte Planung fixiert wurde, wurden im Jahre 1901 und 1902 zwischen den beteiligten Eisenbahnverwaltungen, der Stadtgemeinde Leipzig und der Reichspostverwaltung getroffen. Es wird ein gemeinschaftlicher Personenbahnhof als Kopfstation auf dem Gelände des jetzigen Thüringer, Dresdner und Magdeburger Bahnhofs gebaut. Die Güterbahnhöfe sind getrennt. Auf der Ostseite befindet sich derjenige der sächsischen Eisenbahnverwaltung. Der Bayerische Bahnhof in Leipzig wird für den Vororts-Personen- und Güterverkehr auch später beibehalten. Die gesamten Bauarbeiten sollten nach den Verträgen in drei großen Abschnitten erfolgen, und zwar wie folgt: a) Bauabschnitt I, 1902 bis 1907: Die Herstellung der außerhalb des Reichsbahndamms der Stadt Leipzig gelegenen Rangierbahnhöfe nebst Verbindungsbahnen, des Westbahnhofes Engelsdorf, des Elektrizitätswerks, sowie auf den Innenbahnhöfen diejenigen Arbeiten, die zur Freilegung des Hauptbahnhofes Leipzig erforderlich sind; b) Bauabschnitt II, 1908 bis 1911: Bau der ersten Hälfte des neuen Empfangsgebäudes des Hauptbahnhofes und eines Teils der Wohnanlagen nebst Zubehör, sowie die Fertigstellung der Güterbahnhöfe; c) Bauabschnitt III, 1912 bis 1914: Bau der zweiten Hälfte des Empfangsgebäudes und der Wohnanlagen und somit die Fertigstellung der Gesamtanlage des Hauptbahnhofes. Die Gesamtkosten Preussens werden sich auf etwa 52 Millionen Mark belaufen.

Nach dem Dekret vom 22. März 1901 waren sächsischerseits neben detaillierten Bauabschnitten vorgegeben, die die vom sächsischen Staat aufzunehmende Gesamtsumme von 49 500 000 Mark enthielten. Hierzu kommen noch circa 17 Millionen Mark, die die Stadt Leipzig aufzubringen hat. Die erwähnten Bauabschnitte wie auch die detaillierten Bauabschnitte sind allenfalls planmäßig gefördert worden. Selbstverständlich sind bei einer Bauanlage von derartigem Umfang und der Verteilung der Bauzeit auf eine derartige Spanne Zeit unvorhergesehene Verhältnisse nicht zu vermeiden. So ging z. B. durch die Presse die Nachricht, man sei bei dem Einführen der Betonpfeile auf Schwimmsand gestoßen. Auf die Anfrage des Reichsjustizministers bei dem königlichen Finanzministerium ist diesem unterm 8. Februar 1910 mitgeteilt worden, daß zwar an einzelnen Stellen Schwimmsand in größerem Umfange sich gezeigt hat, daß diesem aber sofort durch Einlassung vermehrter Betonpfeile begegnet werden konnte. Irgendwelche erhebliche Kostenvermehrung oder Gefährdung des Bahnhofs sei jedoch erstauferliche ausgeschlossen. Dazu kommt die Arbeitsförderung, welche durch die zuletzt eingetretenen Differenzen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Baugewerke entstanden sind. Trotzdem (!) hofft die königliche Staatsregierung zu dem in Aussicht genommenen Termin fertig zu werden.

Bisher sind für die Leipziger Bahnhofsbauten 35 072 582 Mark bewilligt worden.

Von den sieben Bauabschnitten, in die sich der Umbau der Leipziger Bahnhöfe teilt, sind namentlich gemäß den genehmigten Planungen vollständig fertiggestellt: Bauabschnitt II: Rangierbahnhof Engelsdorf mit der Verbindungsbahn nach Schönefeld, Bauabschnitt III: Bahnhof Plagwitz-Lindenau nebst Verbindungsbahn nach Großschöcher, Bauabschnitt IV: Bahnhof Gashwitz, Bauabschnitt VI: Verbindungsbahn von Engelsdorf nach Stötteritz, Bauabschnitt VII: Umbauten an der Leipzig-Dresdener Verbindungsbahn einschließlich der Haltestelle Stötteritz, jedoch ausschließlich der beiden Ferngleise zwischen Bahnhof Stötteritz und Connewitz, die zweckmäßigerweise erst kurz vor der Ueberleitung des Verkehrs der Leipzig-Dresdener Linie nach dem Hauptbahnhof Leipzig zur Auslegung kommen.

Das Empfangsgebäude, welches jetzt von der Westseite her beginnt im Entstehen begriffen ist, wurde durch die sächsische Staatsbahnverwaltung, welcher die Bauleitung des Empfangsgebäudes vertraglich obliegt, nach einem Entwurf des Architekten Löffow und Kühne entworfen. Es wird eine Gesamtfront von 208 Meter Länge und eine Länge der Seitenflügel von je 90 Meter erhalten. Insgesamt wird das Empfangsgebäude eine behaute Grundfläche von 15 600 Quadratmeter bedecken und einen umfassenen Raum von rund 250 000 Kubikmeter besitzen. Voraussetzungsweise wird der Dresdner Bahnhof von Leipzig noch bis zum Herbst 1912 beibehalten. Alsdann wird auch der Dresdner Bahnhof fallen und die Fertigstellung des Empfangsgebäudes auch im Ostflügel erfolgen. Die Gesamtfertigstellung der Anlage ist im Jahre 1914 zu erwarten. Für die sächsische Verwaltung sind 5 Gleise für den Verkehr der Linien nach Hof, nach Gashwitz-Neuselwitz und nach Vorna-Chemnitz, 5 Gleise für den Verkehr der beiden Dresdner Linien, 2 Gleise für den Verkehr der Linie nach Gethaim-Chemnitz, ein Gleis für Sonderzüge aller Art in dem Stationsgebäude vorgezogen. Für die preussische Verwaltung sind ebenfalls 13 Gleise vorgezogen. Sämtliche Linien gelangen bei den regelmäßigen Zugläufen ohne Gleisüberschneidungen in Schienenhöhe bei der Einfahrt in den Bahnhof.

Die Leipzig-Dresdener Gleise liegen direkt neben den Leipziger-Berliner Gleisen, so daß sich die Durchführung geschlossener Züge Berlin-Leipzig-Hof ohne Schwierigkeit bewerkstelligen lassen wird. Ebenso ist aber Vorfrage getroffen worden, daß zur Erleichterung des Durchgangsverkehrs Dresden-Leipzig-Magdeburg bzw. Dresden-Leipzig-Thüringen und umgekehrt die von und nach Dresden verkehrenden Schnellzüge, soweit sie dem Durchgangsverkehr dienen, ebenfalls auf den beiden den preussischen Anlagen unmittelbar anliegenden sächsischen Gleisen abgefertigt werden können. Natürlich handelt es sich weniger um Weiterführung von ganzen Zügen, als um die Aufrechterhaltung der bestehenden Durchgangszugverbindungen und um die

stetig wiederholt begehrte Möglichkeit der Vermehrung solcher Durchgangszugverbindungen nach Frankfurt und Köln. Es ist überdies durch ein unter den preussischen Hauptgleisen hinweggeführtes Verbindungsgleis Vorsorge getroffen, daß von den Thüringer Gleisen die Wagenüberführungen nach den sächsischen Gleisen ohne Ueberschneidungen von Hauptlinien in Schienenhöhe stattfinden können.

Für Bauabschnitt I (Personen-Hauptbahnhof und Güterbahnhof) sind die Bauten noch im vollen Gange. Ende 1909 wurde der Güterbahnhof in Betrieb genommen. Die Tunnelanlage, die die Verbindung der preussischen und sächsischen Güterbahnhöfe herstellen soll, ist mit Ausnahme ihrer östlichen Endstation fertig. Das im Mai 1909 in der Gründung begonnene Empfangsgebäude würde weiter sein, wenn nicht die Aufstellung des endgültigen Entwurfs einen gewissen längeren Zeitraum erfordert hätte. In der Finanzperiode 1910/11 sollen nach Angaben der Staatsregierung nachstehende Bauten ausgeführt werden: Die Fortführung der Erd-, Oberbau- und Schleusenarbeiten nach Abgabe des Freiwerdens des alten Hauptbahnhofes durch Inbetriebnahme der als Ersatz beziehentlich Erweiterung zu erbauenden Neuanlagen, die Fortsetzung des Baues des neuen Empfangsgebäudes die Herstellung eines Teiles der Wohnanlagen, der Umbau der Grünanlagen für die Bauleitungen, die in das zu befristende Gelände zu stehen kommen, wie für das Dienstgebäude III, die Stellereien I, II und VI usw., ferner der Bau des Eisenschuppen nebst Verwaltungsgebäude und der Padesche, der Weiterbau des Verwaltungsgebäudes I an der Brandenburger Straße, der Bau eines Heizwerkes westlich der Eisantenne nebst Rohrkanälen und der übrigen Nebenanlagen für die Beheizung der Räume des Empfangsgebäudes. Von diesem Heizwerke aus sollen auch verschiedene in der Nähe gelegene kleinere Gebäude, wie das Verwaltungsgebäude am Eisenschuppen, das Dienstgebäude III, die Stellereien I, II und III mit beheizt werden, auch soll von diesem Werke aus das Vorheizen der Personenzüge, die auf dem östlich der Wohnanlagen gelegenen Aufstellungsgleise stehen werden, stattfinden. Eine derartige Vorheizungsanlage war im Hauptantrag vom Jahre 1903 zwar nicht vorgesehen, erachtet aber um so mehr geboten, sofort mit zur Ausführung gebracht zu werden, als sich die Vorheizung der Personenzüge hierbei billiger gestaltet als bei Verwendung alter Lokomotiven, an die ursprünglich gedacht war. Die Kosten, die anteilig auf den Bau der Vorheizungsanlage entfallen, können aus Ersparnissen gedeckt werden. Die übrigen Kosten sind aus den Summen, die für die Einzelheizung der verschiedenen Gebäude im Hauptantrag vorgesehen sind, Deckung. In und auf den Kanälen der Fern- und Vorheizungsanlage sind auch Rohrleitungen für Preßluft und Wasser zu legen.

Weiter hat sich als notwendig herausgestellt, die Rauchabfuhranlage im alten Hauptbahnhof Leipzig II, das planmäßig für den neuen Bahnhof bestehen bleiben soll, umzugestalten, da die Weiterbenutzung dieser aus älterer Zeit stammenden Anlage nicht nur für das Lokomotivpersonal, sondern auch für die Umgebung des Heizwerkes Anlaß zu Unzuträglichkeiten gegeben hat. Mit dem Umbau der Rauchabfuhranlage ist zugleich eine gründliche Ausbesserung des Gebäudes sowie ein Umbau der Schiebehöhne und eine Verbesserung der Nebenräume usw. zu verbinden. Die ausfallenden Kosten sollen ebenfalls aus Ersparnissen gedeckt werden. Endlich wird innerhalb der Finanzperiode 1910/11 die Ueberführung der Brandenburger Straße mit der Brandenburger Brücke über den Hauptbahnhof fertiggestellt werden.

Auf dem Bauabschnitt V, Umbau der Linie Leipzig-Dresden, sind namentlich auch die Bauarbeiten zwischen Station 25 L D, dem Ende des Hauptbahnhofes Leipzig, und Station 33 L D fertiggestellt worden; es fehlt nur noch die nachträglich geplante, in der Erläuterung zu Nr. 18 des außerordentlichen Staatshaushaltsetats für 1908/09 bereits Seite 3 erwähnte Verbindungsbahn zwischen der Linie Leipzig-Dresden und der Leipzig-Dresdener Verbindungsbahn, die den Verkehr der Durchgangszüge und Durchgangszüge in den Richtungen Dresden-Magdeburg und Dresden-Thüringen und umgekehrt erleichtern soll.

Alles in allem bezieht sich der Gesamtbedarf für die in der Finanzperiode 1910/11 vorzunehmenden Bauten auf 2 872 000 Mk. Davon gehen ab als aus den bisherigen Bewilligungen noch zur Verfügung stehend: 1 772 708 Mk., so daß als 5. Baujahr die Summe von rund 1 100 000 Mk. eingestreckt werden mußte.

Behördliche Konsumvereinstäter.

Daß im Kampfe gegen die Konsumvereine auch Eisenbahnbehörden eine nicht geringe Rolle zugunsten der Konsumvereinstätiger spielen, ist bekannt. Bekannt ist auch, daß Unterbeamte und Arbeiter für ihren aufreibenden und teilweise recht veranpörtungs- und gefährvollen Dienst recht ungenügend entlohnt werden. Für Ausbesserung ihrer lärglichen Bezüge ist bekanntlich immer kein Geld vorhanden. Da ist es denn doch leicht begreiflich, wenn unter solchen Umständen die Proletarier des Verkehrs versuchen, ihr geringes Einkommen durch Erwerbung der Mitgliedschaft bei einem in der Nähe bestehenden Konsumverein zu ergänzen; durch vorteilhafteren Einkauf ihrer Wirtschafts- und Bedarfsartikel, nicht minder aber auch durch die alljährlich zu erwartende Mitglidewähr in bar. Neuerdings aber kommt eine preussische Eisenbahnverwaltung herbei und verbietet ihren Arbeitern und Angestellten, bei Strafe der Entlassung, die Mitgliedschaft bei den Arbeiter-Konsumgenossenschaften. Der sächsische Eisenbahnbehörde mußte erst vor zwei Jahren durch eine bezügliche Interpellation in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages nahegelegt werden, daß es nicht zu ihrer Aufgabe gehöre, sich in die wirtschaftlichen Angelegenheiten ihrer Angestellten einzumischen, Eingriffe gleicher Art sind seitdem in Sachsen nicht mehr zu verzeichnen gewesen. An die Angestellten der in Leipzig einmündenden, dem Eisenbahndirektionsbezirk Halle unterstehenden preussischen Strecken Leipzig-Weiß, Leipzig-Corbetha mit der Nebenstrecke Leipzig-Lützen erging zu Anfang April folgende, ihre Urheber nicht verrätende Verfügung:

Alle diejenigen Beamten oder Arbeiter, die selbst oder ihre Ehefrauen oder Familienangehörigen Mitglieder eines sozialdemokratischen Konsumvereins sind, haben dort bis zum 15. April ihren Austritt zu erklären, widrigenfalls sie ihre Entlassung zu gewärtigen haben.

Es. Das hört sich gerade so an, als wären diese Leute aus purem Zeitwertfreis Mitglieder im Konsumverein. Daß sie es nur sind, um durch angemessene Preise einwandfreie Ware zu bekommen, und daß die alljährlich zu erwartende Mitglidewähr einen aufbessernden Teil ihres lärglichen Einkommens darstellt, das ist, wie es scheint, dem dekretierenden Beamten noch nicht zum Bewußtsein gekommen. Daß derartige Verfügungen bei den Angestellten nicht gerade sympathische Gefühle für ihre höhieren Vorgesetzten auslösen, kann man ja öfter hören. Einzelnen hat man sogar größtmittig Bedenkzeit bis zum 1. Mai gewährt. Daß sich bei der verfügbaren Beamtens- und Arbeiterbewegung der Konsumvereinstätiger zu eigen macht und von „sozialdemokratischen“ Konsumvereinen spricht, ist bezeichnend für das Verständnis des Betroffenen von dem sozialen und kulturgebenden Wirken einer modernen Konsumgenossenschaft. Unter dem wirtschaftlichen Zwange erklären nun begreiflicherweise diese Leute ihren Austritt aus dem Konsumverein Leipzig-Plagwitz, denn dieser kommt hierbei dem

ausschließlich in Betracht. Daß dieser Konsumgenossenschaft ein neuemwertes Schaben dadurch nicht erwachsen kann, erklärt sich daraus, daß es nur verhältnismäßig wenig Eisenbahnangestellte sind, die eingeschriebene Mitglieder des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz bisher waren. Eine andre Frage aber ist hier anzuerkennen: Woher nehmen die hier dekretierenden Beamten das Recht, sich zum Schaden der Angestellten in deren wirtschaftliche Angelegenheiten einzumischen? Und wer erlegt den durch derartige Verfügungen die wirtschaftlichen Verluste in der gegenwärtigen Zeit der Teuerung?

H. A.

Verkehrshindernisse und verkehrsfördernde Bestimmungen.

Daß der Verkehr in Deutschland in den letzten Jahren immer mehr erschwert und verteuert worden ist, bedarf keines Beweises mehr, die fortgesetzt geschädigten Bevölkerungskreise, die sonst jede Maßregel der Regierung oder jeder Gesetzgebungsakt blind als Fortschritt priesen, machen ihrem bedrängten Herzen in der Presse Luft. Freilich müßte ihnen dies verknüpft wenig; bei den Wahlen müßten sie anpassen, da dürfen sie keinen Repräsentanten als Vertreter in irgend eine gesetzgebende Körperschaft wählen.

Vor etwa 20 Jahren war in Deutschland eine große Bewegung für die Einführung eines Eisenbahnzonenverkehrs im Gange. Für wenige Mark sollte man von einem Ende des Reiches ans andre fahren können. Die Bewegung rief den Einbruch hervor, als ob diese Reform in der kürzesten Zeit durchgeführt sein werde, sie stante aber sehr schnell ab; heute hört man überhaupt nichts mehr davon. Statt der Einführung des Zonenverkehrs fielen die Verkehrsvereinfachungen, wie die Rückfahrten, die billigen Rundreisebillets usw. dem fiskalischen Interesse zum Opfer; ferner kam die Fahrkartensteuer, wodurch der Verkehr noch obendrein wesentlich verteuert und damit eingeschränkt wurde. Jetzt wird nun durch allerlei Verfügungen und Erlasse der Scheine zu erwecken versucht, als ob man den Verkehr wirklich etwas erleichtern wolle. Besonders betreffen die Erlasse die Rundreisebillets. Diese Rundreisebillets sind, seitdem die Rückfahrten weggelassen sind, teurer geworden; früher boten sie eine gewisse Ermäßigung. Jetzt werden nun wieder Scheine zugelassen, die nicht an den Ausgangspunkt zurückfahren. Eine lästige Beschränkung besteht aber noch nach wie vor. Die Scheine werden nur für eine Reise von mindestens 100 Kilometer ausgeben. Auch dies ist eine Bestimmung, die kaum noch zu begründen ist. Die einzelnen Verwaltungen können jedenfalls nichts dagegen haben, wenn ihre Fahrtscheine durch den Vereinsverkehr möglichst viel und möglichst frühzeitig abgesetzt werden, da sie in der Regel denselben Preis, meist sogar einen höheren Preis als am Schalter erhalten. Es gibt mannigfache Gelegenheiten, für die man Fahrtscheine auch für kürzere Strecken braucht. Man will sich z. B. eine Fahrkarte nach einem Orte herstellen lassen, nach dem durchgehenden Fahrarten nicht angegeben werden. In einem andern Falle kann man eine Fahrkarte nach einem größeren Orte nehmen und sich die notwendige Ergänzung bis zum Reiseziel vorher durch zusammenstellbare Fahrtscheine verschaffen. Man kann in diesem Falle auch Fahrarten telegraphisch vorausbestellen. Dies ist aber immer mit gewissen Umständen und Zufälligkeiten verknüpft. In andern Fällen will man jemand eine Fahrkarte, nicht aber das Geld dafür überlassen. Für diese und für tausend andere Gelegenheiten würden die Vereinsfahrtscheine ein zweckmäßiges Mittel bieten, wenn die veraltete Bestimmung endlich weggelassen würde.

Zur Warnung für Kranke.

Obwohl Kranke Personen immer und immer wieder der Rat gegeben wird, sich nur einem tüchtigen Arzte anzuvertrauen, fallen doch Tausende und Abertausende auf die Anklagen herein, die betriebliche Fabrikanten von Wunderheilmitteln in Zeitungen, Broschüren und Flugblättern ertönen.

Ein gewissenloser Anflug wird besonders mit den verschiedenen Nervenheilmitteln getrieben. Die Käufer erhalten ein Präparat, das allerdings die zum Aufbau und zur Erhaltung des Körpers nötigen Bestandteile enthält, für das aber ein schwindelhaft hoher Preis gefordert wird. Die Präparate haben für die Kranken keinen Zweck, da die in ihnen enthaltenen Bestandteile in den gewöhnlichen Nahrungsmitteln auch enthalten sind; dagegen hat aber der Verkauf des Präparates um so größeren Wert für den Fabrikanten.

Ganz besonders zu warnen ist vor dem Antineuralgin, Menasgin und Vidnerwin. Vor diesen „Heilmitteln“ haben die Behörden bereits öffentlich gewarnt. Die Fabrikanten dieser Präparate lassen die Dose für 3 Mk. ab; beim Bezug von zwei Dosen ist der Versand gratis und bei Abnahme von fünf Dosen als eine Dose umsonst.

Dieser Tage hatte sich ein gewisser Bernhard Bruno W e l l e n t a n z vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er hatte sich eines Verstoßes gegen die Ministerialverordnung über den Verkehr mit Heilmitteln schuldig gemacht, indem er das Menasgin über den grünen Meer gelobt und angepriesen hatte. Dafür war ihm vom Rat der Stadt Leipzig ein Strafmandat ergangen, wogegen er Berufung einlegte. Er befreit vor allem, daß die Ministerialverordnung zu Recht bestehe.

Nach den Erläuterungen des Sachverständigen besteht das Wundermittel, bei dessen Gebrauch man „gesund und jung“ bleibt, aus 60 Proz. Kohlehydraten, 9 Proz. Eiweiß, 3 Proz. Fett, ferner aus Salzen und Wasser. Täglich drei Gramm dieser Wundermischung sollen genügen, um die herrliche Wirkung hervorzubringen.

Damit der Fabrikant sein Präparat auch gehörig unter die Leute bringe, schafft er sich gewöhnlich auch einen Arzt an, der ihm eine Broschüre schreibt. Das Menasgin ist ebenfalls wissenschaftlich abgehandelt worden, u. a. auch von einem Dr. med. Th. E i s e n b a c h, der aber gar kein Arzt ist und der von den Gerichten schon oft wegen Verdröckelns abgeurteilt ist.

Das Leipziger Schöffengericht verurteilte den Angeklagten Wellentanz zu 275 Mark Geldstrafe oder 27 Tagen Gefängnis. Es erklärte die angefochtene Ministerialverordnung für gültig und ordnungsgemäß erlassen. Sie verstoße auch nicht gegen die Gewerbeordnung. Das Menasgin sei als Heilmittel mit marktüblicher Reklame angepriesen und dem Mittel keine übertriebenen Wirkungen nachgerühmt worden.

Wegen die Kranken aus diesem Fall abermals die Lehre ziehen, ihr gutes Geld nicht proftungründig und gewissenlosen Fabrikanten in den Hals zu werfen, sondern sich der Rur zu unterziehen, die der Arzt ihres Vertrauens anordnet.

Arbeiterrisiko. Wenn die Arbeiter bei ihren Lohnforderungen auf die hohen Gewinne hinweisen, die sich den Unternehmern verdienen, so antworten ihnen die Unternehmer regelmäßig damit, daß die Einkreidung der Gewinne sich dadurch rechtfertigt, daß sie ihr Vermögen in den Betrieben riskieren. Der Unternehmer riskiert also einen Teil seines Vermögens, um Unsummen an Bordienst der Arbeiter einzustreichen. Was riskiert nun der Arbeiter, und was erhält er für sein Risiko? Er erhält als Lohn gerade nur soviel, um sich und die Seinen kümmerlich zu ernähren, riskiert dafür aber stündlich sein ganzes Ich, sein Leben oder seine Gesundheit. Die Unfallzahlen beweisen, wie menschenmordend der Kapitalismus ist und wer wirklich etwas riskiert.

Meist werden freilich die Unglücksfälle nur kurz gemeldet. Was ist weiter dabei, wenn ein Arbeiter bei einem Unfall seine Gesundheit oder sein Leben einbüßt, er ist ja schnell durch einen andern zu ersetzen. Die Arbeiter haben alles Interesse daran, daß das Risiko, dem sie täglich ausgesetzt sind, auch bei der Lohnzahlung genügend gewürdigt wird. Jetzt wird der Tod des Arbeiters fast nur gemeldet, der beim Gerüstesturz am Gebäude Thomasing am 5. April mit noch einigen Kollegen verunglückt ist. Falkner ist bei dem Unfall an der Wirbelsäule schwer verletzt worden.

Der Zentralausschuß zur Förderung der Volks- und Jugendspiele in Deutschland, veranstaltet vom 17. bis 21. Mai in Leipzig einen Spielfestivals unter der Oberleitung des Professors Dr. Maydt. Die Veranstaltungen finden auf dem Sportplatz statt und bestehen in Spielen aller Art, wie Tamburspiel, Faust- und Kartspiele, Fußball, Tennis, Staffettenlauf und Scherzspiel. Vorträge werden gehalten über: Die Bedeutung der menschlichen Physiologie für die Pflege der Leibesübungen, Das Schwimmen nach den neuesten Methoden und: Ueber Wandern. Die Spielfestivals selbst sind kostenfrei, jedoch sind die männlichen Teilnehmer zur Einzahlung von 6 Mark, die weiblichen von 4 Mark verpflichtet, wofür sie eine Anzahl Schriften erhalten. Anmeldungen nimmt Professor Maydt, Leipzig, Köhlerstraße 1/5, entgegen.

Das Milchproblem. Privatdozent Dr. Seiffert wiederholte gestern seinen Vortrag über die Bedeutung einwandfreier Milch für Haushalt und Kinderpflege. Die zu diesem Zweck einberufene Versammlung fand im Hörsaal 40 der Universität statt und war vom Künstlerbund arrangiert. Der Vortrag war ein guter. Die Ausführungen des Redners bewegten sich in den Bahnen wie die früheren seiner Vorträge, weshalb sich eine abermalige Wiederholung für uns erübrigt. Hervorheben wollen wir jedoch, daß Dr. Seiffert, jedenfalls auf eine kritische Bemerkung der Leipziger Volkszeitung, ausführte: Nicht darum handle es sich, höhere Preise für die Produzenten herauszufinden, sondern maßgebend für ihn sei, der Bevölkerung gesunde Milch zu verschaffen, für die allerdings höhere Preise gezahlt werden müßten.

Wo wohnen die reichsten Briefschreiber auf der Erde? Die reichsten Briefschreiber auf der Erde befinden sich nach den Angaben der Statistik des Weltpostvereins in Kanada. Nicht man alle Völkern des postlichen Verkehrs von und nach dem Ausland wie nach dem Ausland in Betracht, so entfallen auf einen Einwohner in Kanada jährlich 221,7 Sendungen. Ueber 200 bringt es kein anderes Land der Erde. An zweiter Stelle steht in weitem Abstand Neu-Seeland mit 135,1 Postsendungen auf den Einwohner. Dann folgt Neu-Schweden mit 128,1 Sendungen, hierauf Viktorien mit 122,9, Tasmanien mit 118,1 und West-Australien mit 112,4. Das englische Mutterland kommt diesen Zahlen mit 111,5 nahe. Ueber 100 haben außerdem noch Dänemark mit 109,6 und Argentinien mit 103,5. Für die Vereinigten Staaten von Amerika fehlt diese Berechnung. Von den Ländern auf dem europäischen Festland hat den lebhaftesten Postverkehr die Schweiz mit 99,1 Sendungen auf den Einwohner. Dann folgt das Deutsche Reich mit 95,1 Sendungen. Weniger haben Belgien mit 88,7, die Niederlande mit 80,8, Frankreich mit 79, Luxemburg mit 69,8, Dänemark 55,9, Oesterreich 52,2, Schweden 44,7, Italien 31,4, Norwegen 30,1. Einen Verkehr von mehr als 20 Postsendungen im Jahr auf den Bewohner hat vor allem unser Schutzbereich Rußland mit 25,3, dann das deutsche Ostafrika mit 21,8, Chile mit 21,4 und Rumänien mit 21,1, abgesehen von einigen andern ganz kleinen überseeischen Kolonien anderer europäischer Staaten. Der geringste Postverkehr nach der Zahl seiner Einwohner wird für die französische Kolonie Gabon berechnet. Dort kommt auf den Einwohner nur 0,1 Postsendungen im Jahr.

Die Verhaftung eines schweren Verbrechens ist der hiesigen Kriminalpolizei gelungen. In Berlin wurde am 7. Mai 1900 in der Körnerstraße 20 die 34-jährige Frau Ernestine Mesche mit vier klaffenden Kopfwunden in ihrer Wohnung bewußlos aufgefunden. Als Täter kam ein bei ihr wohnhafter Schlosser Karl Winkler in Frage, der kurz nach der Tat verschwunden war. Jetzt hat die hiesige Kriminalpolizei einen Mann namens Karl Winkler festgenommen, auf den die Beschreibung genau paßt. Er leugnete zwar, wurde aber zur Identifizierung nach Berlin übergeführt.

Der Fall hat infolgedessen eine Ähnlichkeit mit dem Friedrichschen Doppelmord in Leipzig, als Winkler einen Ueberfall auf einen Geldbrieffräger geplant hatte. Er hatte insgesamt drei Postanweisungen an seine Adresse bei der Frau Mesche aufgeben, um den Beamten in seine Wohnung zu locken und dort zu verhaften. Der Geldbrieffräger traf aber Winkler nicht in seiner Wohnung an, so daß diese Versuche fehlschlugen. Er adressierte dann eine vierte Postanweisung in seine Wohnung und versuchte vor der Bestellung die Frau Mesche aus dem Wege zu räumen. Es gelang ihm jedoch nicht vollständig, da auf die Hilferufe der Frau Leute herbeieilten. Der Täter mußte flüchten und blieb seitdem verschwunden. Die Untersuchung wird in die Angelegenheit hoffentlich Licht bringen. Bisher leugnet Winkler hartnäckig.

Einen schweren Unfall erlitt gestern Abend gegen 7 Uhr bei der Dampfbranneri Jüvenau beschäftigte Kaiser Feisthorn. Beim Aussteigen aus der Straßenbahn geriet der Bedienungswagen mit einem Fuß unter den Wagen und erlitt einen schweren Bruch. Jedenfalls wird der Fuß amputiert werden müssen. Durch weissen Schuld der Unfall entstand, ist noch nicht zweifelhaft festgestellt. Der Verunglückte wurde mittels Rettungswagen nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht. Gestalt wurde darüber, daß der Rettungswagen erst 1/4 Stunden nach dem Unfall zur Stelle war.

Unfälle auf der Straße. Vor der Reichsbank wurde gestern Abend ein Lehrer aus L.-Reudnitz von einem Radfahrer umgefahren. Dabei hat der Lehrer einen Oberextremitätenbruch erlitten.

Am Königsplatz wurde gestern Nachmittag ein neun-jähriges Mädchen von einer Kraftdroschke umgerissen, die das Kind nicht gesehen hatte. Zum Glück sind die Verletzungen, die das Kind erlitten hat, nicht gefährlich.

Auf der Kreuzung der äußeren Hallischen Straße und Lindenauer Straße stieß eine Droschke mit einem Kraftwagen zusammen, wobei an letzterem eine Laterne in Trümmer ging.

Selbstmordversuche. Gestern früh sprang in der Nähe des Weissenhofs ein Dienstmädchen aus der Kaiser-Wilhelm-Straße in den Fluttkanal. Der hinzugekommene Arbeiter Albert Bolter hat das Mädchen gerettet. Es erfolgte die Ueberführung der Geretteten in das Krankenhaus. Warum das Mädchen in den Tod gehen wollte, ist nicht bekannt.

Ferner versuchte gestern in L.-Connwitz eine Buchbindersechfrau aus Stötterich durch einen Sprung in den Weissenhofsgraben ihrem Leben ein Ende zu machen. Zwei hinzugekommene Frauen haben die Lebensmüde wieder

aus dem Wasser gezogen und ihre Ueberführung in das Krankenhaus veranlaßt. Vermutlich war ehelicher Zwist der Beweggrund zu dem bedauerlichen Schritte der Frau.

In unglücklicher Weise hat sich ein unbekannter Mensch an einem 7-jährigen Mädchen vergangen, das er von der Straße aus mit in ein Haus am Königsplatz gelockt hatte. Es gelang bisher nicht, den Täter zu ermitteln.

Diebstähle. Mittels Einbruchs wurden nachts aus einem Wägelgeschäft in der Wettinerstraße 22 Oberhemden, R. und A. R. gezeichnet, ein weißes Chemisier mit Spitzenbesatz, weiße und bunte Gardinen, ein Damen-Cheviotrod, ein Herrengehrock und eine größere Partie Wäsche im Gesamtwert von 800 Mk. gestohlen.

Ferner entwendeten Diebe aus dem Fremdenzimmer eines Gasthauses im Nordviertel ein Portemonnaie mit 62 Mk., eine silberne Herrenuhr samt goldener Kettenschlüssel, eine aus einer Wohnung in der Breiten Straße ein goldenes Kettenarmband, einen Ring mit herzförmigem Stein, einen Ring mit zwei roten Steinen und eine Brosche in Form einer Schwalbe.

Verhaftungen. In einer Großhändlererei der Ostvorstadt machte sich schon wiederholt bestraffter 47 Jahre alter Buchbinder aus Ostfriesland der Entwendung von Büchern im Werte von 100 Mk. schuldig, weshalb seine Festnahme erfolgte.

Ferner wurde ein 62 Jahre alter Handelsmann wegen Unterschlagung in Ost genommen.

Theaternachrichten.

Neues Theater. Donnerstag: Duridans Esel. Freitag: Elektra. Sonnabend: Wenn der junge Wein blüht. Sonntag, 6 Uhr: Die Zauberflöte (Erster Abend der Waisenspiele). Montag: Wenn der junge Wein blüht. — Altes Theater. Donnerstag: Der Graf von Luxemburg. Freitag: Der Mehlbäcker (Kunzengruberszyklus II). Sonnabend: Der Graf von Luxemburg. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Ein Wassertraum (ermäßigte Preise), abends 7 1/2 Uhr: Der Felsbernhühner. Montag: Die geschiedene Frau.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 8 1/2 Uhr.

Verzinsigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Donnerstag: Die verjüngte Blode (halbe Preise). Freitag: Ein idealer Gatte (Gastspiel Kurt Junkers). Sonnabend: Erdgeist (Gastspiel Kurt Junkers). Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den evangelischen Arbeiterverein (Die Jungfrau von Orleans), abends 7 1/2 Uhr: Erdgeist (Gastspiel Kurt Junkers). Montag: Vereinstvorstellung (Der Kaufmann von Venedig). — Neues Operetten-Theater (Theater am Thomasing). Donnerstag, Freitag: Das Fischenkind. Sonnabend: Ein Perle-mantel. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Gewerkeverein S.-D. (Das Modell), abends 7 1/2 Uhr: Das Fischenkind.

Im Schauspielhaus wird in der Zeit vom 8. bis 16. Mai Albert Bassermann gastieren. Der Plan des Gastspiels soll morgen bekannt gegeben werden.

Die Vorstellungen im Schauspielhaus beginnen, wenn nichts andres angegeben, 7 1/2 Uhr, die im Neuen Operetten-Theater, 8 1/2 Uhr.

Battenberg-Theater. Donnerstag: Charleys Tante. Freitag: Der Großkaufmann. Sonnabend, Sonntag: Hans Hudelein.

Berichtslaal.

Landgericht.

Kassettendiebe. Wegen mehrerer Diebereien hatten sich die Gelegenheitsarbeiter Alfred Schmidt und Julius W. Schulze, sowie der Mechaniker Albin Kurt Meißner u. d. der Wästelier Otto Albin Kemnitz zu verantworten. In der Nacht zum 11. Januar v. J. drangen Schmidt und Meißner in die Weyerische Schankwirtschaft in der Wästelstraße ein, öffneten einen Schrank und nahen daraus eine Kassette mit circa 500 Mk. barem Inhalt, 6 Sparkassenbüchern, 4 Lotterielosen und anderen Wertgegenständen. Der Wästelier L. ist angeklagt, die Einbrecher auf diese Gelegenheit hingewiesen und ihnen dadurch geholfen zu haben, daß er ihnen die Schlüssel zu den Türen und Verhängnissen zugänglich machte, damit sie sich Nachschlüssel anfertigen konnten. Schmidt öffnete weiter in der Nacht des 20. Oktober v. J. in der Painstraße den Schrank eines Drechselmeisters und nahm daraus zwei Schirme im Werte von 20 Mk. weg. Am 12. Januar d. J. versuchten Schmidt und Schulze im J. schen Delikatessengeschäft in Geymats Garten einen unerwünschten Besuch abzustatten; die Diebe mihien diesmal jedoch mit langer Nase abzulegen, da sie gestört wurden. In der Nacht des 15. Februar endlich wurden Schmidt und Schulze bei einer nächtlichen Arbeit in Eschmanns Haus abgefaßt und nun verurteilt sie auch ihre beiden Kumpane. Vor Gericht war jeder der Diebe bemüht, die Schuld von sich auf die andern abzuwälzen. Schmidt wurde mit fünf Jahren sechs Monaten Zuchthaus und Schulze mit einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus bestraft. Wegen beide wurde außerdem auf fünfjährigen Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt. Meißner erhielt zwei Jahre Gefängnis, Kemnitz ein Jahr Gefängnis.

Ein Schweinegel. Der Gelegenheitsarbeiter Adolf Albert Fischer aus Naumburg, der sich an Schulmädchen vergangen hatte, wurde zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

157. Sächsische Landeslotterie.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 300 Mark gezogen

(Ohne Gewähr.) Ziehung vom 27. April. (Nachdruck verboten.)
10000 auf Nr. 22514 bei Herrn George Meyer in Leipzig.
5000 auf Nr. 100888 bei Herrn C. S. Reisinger in Zwickau.
475 898 015 908 915 115 277 42 187 790 880 (3000) 10 671 760 (1000) 1122 (500) 577 279 (2000) 574 401 155 459 351 0 110 (500) 007 922 880 752 649 842 203 10 190 2500 (3000) 403 719 73 256 135 (3000) 165 700 968 390 880 911 527 450 265 892 (1000) 820 8300 925 08 08 240 420 010 420 51 24 880 191 321 401 958 558 842 773 192 068 898 140 4100 880 880 169 390 491 154 107 519 658 741 512 (500)
5481 976 841 08 540 997 247 985 741 007 (1000) 905 207 304 285 (500) 750 558 6044 094 749 105 787 470 702 752 (1000) 06 280 620 177 781 589 558 857 159 447 105 457 705 280 760 (1000) 027 582 607 353 912 210 404 8325 091 770 447 875 500 38 650 922 (1000) 452 441 715 110 858 498 458 749 291 973 900 945 (2000) 0310 950 532 688 451 885 918 210 (3000) 785 50 322 03 742 070 109 290 (2000) 40 800 400 502 277 (500) 02 151 893 71 (500)
10303 317 076 (3000) 656 481 510 985 41 08 11242 902 840 583 240 769 888 801 377 298 109 12200 83 82 818 (2000) 009 078 773 31 104 714 301 352 071 200 370 (1000) 548 (1000) 201 (500) 19157 80 851 (500) 373 260 202 192 703 200 4 872 82 048 (1000) 200 018 791 205 457 610 620 504 347 14201 974 02 248 135 103 (3000) 642 818 356 024 304 790 279 350 (500) 83 302 480 456 807 372 887 153 (500)
16598 098 305 (3000) 871 435 133 202 81 (500) 770 95 59 428 425 201 45 177 600 378 386 769 (3000) 707 487 200 55 304 (2000) 10469 398 300 109 05 484 182 951 956 29 148 217 708 (1000) 07 571 988 828 584 582 30 404 512 (1000) 902 900 111 17562 (500) 50 861 815 085 607 700 208 (1000) 907 151 880 771 104 741 422 053 000 530 116 18000 412 555 189 349 142 (1000) 354 022 387 (3000) 051 402 297 018 6 750 169 988 145 798 (500) 19098 8 743 104 388 189 715 836 834 398 007 226 254 810 (500) 505 321 534 650 358 174 205

20550 (3000) 250 (1000) 518 825 885 870 1000 22 237 429
452 093 950 830 720 274 905 914 24295 171 448 482 214 730
012 418 125 950 (500) 542 808 393 (1000) 307 190 402 23
22579 559 567 30 234 908 (3000) 514 (10000) 662 469 715
826 539 232 678 618 801 405 303 (1000) 354 790 580 482 224
118 210 893 150 511 1 23520 2 222 627 (500) 538 876 856
504 207 062 706 24740 80 191 607 658 216 26 35 822 442
447 04 928 608 183 (500) 606 150 384 724 890 (1000)
25333 (1000) 498 384 20 900 941 712 82 256 300 400 356
02 (2000) 606 319 628 71 (500) 26743 341 288 89 702 33 28
785 684 251 137 773 805 (2000) 414 350 730 427 354 510 870
20 215 232 307 405 27586 415 45 85 888 757 447 588 718 243
067 704 018 20410 900 6 702 672 420 (1000) 371 475 (500)
410 835 162 200 345 29700 553 925 980 100 943 850 226 470
50 579 800 010 820
30076 456 (500) 882 35 34 4 053 935 499 720 (1000) 824
153 315 144 014 31503 118 903 748 408 737 790 485 705 47
428 151 073 884 455 500 32052 251 962 185 890 992 742 782
258 187 752 062 879 805 415 33442 706 77 880 21 093 400
188 312 842 749 (500) 451 091 948 500 (1000) 981 981 57 952
717 945 34744 00 540 350 130 157 342 602 372 748 644 300 464
35856 034 13 292 862 270 415 35 929 525 (500) 808 789
(500) 725 785 655 103 672 (500) 592 809 86493 075 857 248
356 38 302 71 757 300 107 862 527 904 993 778 (500) 328 118
550 37402 104 432 416 023 050 109 598 (1000) 620 8 168 53
(3000) 556 51 000 433 817 402 486 716 (3000) 075 888 38222
(1000) 181 503 192 550 809 304 168 45 382 775 77 760 14
30500 820 39 515 342 393 345 083 204 414 781 880 592 050
718 861 991 800 540 002 320
40703 510 538 136 778 711 310 (3000) 960 779 (500) 498
78 058 (500) 050 138 353 41040 997 90 610 202 550 (2000) 08
280 (3000) 325 892 782 840 701 130 703 083 42010 948 920
10 20 441 565 883 (3000) 843 62 417 359 29 988 815 43592
873 765 504 740 508 593 297 407 308 215 212 173 940 301
44285 881 849 093 427 290 358 397 501 062 (3000) 905 304
505 150 502
45772 47 806 701 21 440 575 460 432 760 608 291 187
822 (500) 394 814 784 077 001 192 738 180 744 515 40044
379 (500) 12 (1000) 354 035 232 372 140 711 776 910 817 959
358 253 252 59 001 47274 703 250 340 760 294 480 864 871
404 (1000) 40 154 608 840 474 528 323 48544 168 908 894
244 (1000) 398 503 541 751 293 410 125 49356 280 937 764
706 010 509 308 214 146 579 937 130 102 74 (1000) 347 077
728 050 705 (500)
50400 577 120 (1000) 155 440 41 809 015 439 060 524 411
820 (1000) 297 087 02 848 80 413 51785 54 52 404 254 614
50 040 (500) 023 347 309 203 (1000) 891 (500) 430 160 000 300
088 081 305 892 065 501 52702 068 05 937 254 010 628 285
892 590 942 104 40 478 776 14 04 020 581 781 088 2 700
53301 541 200 53 (500) 208 944 780 008 27 173 510 (1000) 599
490 005 812 341 159 594 256 54000 848 816 788 103 465 388
100 007 780 081 216 61 079 551
55503 845 186 155 (1000) 776 575 239 187 817 502 946
702 390 477 (500) 284 757 078 400 181 008 277 505 50103
441 827 462 722 758 049 091 552 (1000) 008 408 245 178 253
975 083 258 57154 (1000) 012 20 521 (2000) 111 390 193 548
813 308 094 115 54900 181 748 346 507 471 372 480 161 225
800 (1000) 601 525 417 305 059 655 (2000) 50 081 (500) 949
554 307 59800 005 300 058 (2000) 130 719 326 276 200 816
937 (500) 68 84
00530 266 872 08 022 348 590 876 813 (1000) 284 707 11
787 710 308 058 718 754 858 204 205 450 61180 099 527 588
222 005 380 450 987 519 407 (500) 553 62800 394 173 147 91
250 803 809 019 570 834 047 127 382 18 081 096 (500) 887 40
301 789 888 63500 184 091 91 894 862 574 000 18 344 051
314 200 95 549 422 051 64388 478 402 (2000) 188 725 436
210 000 550 266 751 (1000) 24 850 988 704 80 675 053
65053 007 005 (500) 299 744 061 891 110 152 047 010 048
478 108 60231 303 726 293 868 682 840 120 217 550 858 171
0 17 042 593 812 39 825 517 (500) 940 07011 420 591 444 377
83 424 (1000) 716 283 725 040 470 372 612 217 590 (500) 681
625 276 405 703 310 051 794 08908 214 439 340 (1000) 008
090 70 750 248 580 202 894 102 09551 871 716 735 818 (500)
582 085 210 341 (500) 779 507 642 44 058 800 015 488 226 476
70098 841 044 54 843 504 294 412 161 410 899 803 801
558 900 479 29 587 71932 209 297 188 448 491 007 (3000) 70
128 811 305 422 373 400 72137 190 413 240 897 000 051 259
888 006 047 405 430 812 659 473 78104 8 173 300 777 587
200 27 854 822 844 92 740 700 892 008 (2000) 848 240 610
678 190 74120 378 15 551 28 493 340 382 210 814 620 452
820 026 587 037 59 (500) 470 707 492 170
75911 799 (2000) 208 000 (1000) 827 443 303 (2000) 778
008 415 005 587 70740 402 48 108 118 480 805 748 324 (500)
024 054 200 394 093 093 48 07 073 (1000) 77781 830 (1000)
024 500 800 006 797 548 411 730 092 781 099 159 053 007 664
845 164 898 220 193 (3000) 158 280 (500) 958 482 125 327 876
78140 (1000) 535 (500) 702 040 889 (1000) 8 (1000) 240 808 470
093 323 570 100 519 378 355 300 178 510 69 129 574 251 79588
52 805 926 877 250 999 591 971 745 526 51 502 020 290
80058 (1000) 392 355 300 129 844 980 703 (1000) 125 899
480 (1000) 217 708 204 497 017 (500) 523 224 100 23 740 624 900
61588 (1000) 250 829 342 918 77 700 759 489 482 708 292 917
576 487 090 022 745 148 441 57 88 81 (2000) 162 755 82872
000 578 402 452 703 00 023 519 305 222 001 301 408 706 85
340 294 (1000) 783 451 572 080 778 802 371 83061 049 190
727 758 923 089 154 117 707 508 164 275 (1000) 803 854 711
400 258 80 820 627 135 (3000) 393 (500) 47 246 84014 808
898 44 390 623 050 125 175 (500) 298 748 297 050 755 808
85381 785 320 734 061 (3000) 392 (1000) 44 254 705 876
407 927 165 212 952 100 118 810 307 528 370 292 86818 417
00 952 359 245 902 295 297 240 852 331 045 343 512 208 (500)
573 (2000) 708 (1000) 701 371 (500) 091 87971 815 520 045
180 95 022 030 887 178 528 026 374 559 (1000) 317 432 189
813 800 068 284 (500) 88407 944 155 408 250 008 901 500 13
403 618 400 189 451 710 902 438 89482 518 271 790 087 805
010 279 813 403 907
90804 080 72 018 518 770 704 105 (2000) 150 577 394
458 (1000) 424 774 015 01802 400 020 273 426 512 369 510
143 301 300 028 559 145 090 102 168 859 890 11 829 070 851
92310 292 928 879 206 080 518 301 534 559 209 170 087 528
010 177 095 794 503 (2000) 03420 714 298 098 078 501 (3000) 898
719 210 800 191 596 793 051 271 950 809 419 104 241 380 (500)
328 414 081 94205 215 544 900 194 448 330 030 93 796
090 (500) 481 149 (2000) 725 589 771 (3000)
05019 21 735 718 322 71 159 314 270 33 815 160 296 291
512 (2000) 50 904 90871 079 158 814 80 039 26 354 022 848
803 320 295 (3000) 10 279 519 058 07554 442 130 585 111 (1000)
310 007 210 398 888 448 020 822 744 025 404 885 80 052 525
000 08450 17 516 508

Reichstag.

73. Sitzung. Dienstag, den 26. April, 2 Uhr nachmittags. Am Bundesratsstische: Niemand.

Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abgeordneten Lawacki (Zentr.) wird entsprechend dem Antrage der Wahlprüfungskommission debattelos für gültig erklärt.

Die Wahl des Abgeordneten Labrosse (Vöhringer) wird, nachdem der Abgeordnete Neumann-Dosser (Sp.) Zurückverweisung an die Kommission verlangt und der Abgeordnete Schwarz (Zentr.) für den Kommissionsantrag eingetreten ist, diesem entsprechend für gültig erklärt.

Die Wahl des Abgeordneten Riege (nat.-lib.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Abg. Neumann-Dosser (Sp.): Diese Wahl wurde schon einmal an die Kommission zurückverwiesen, weil aus amtlicher Wahlbeeinflussung in einem Teile des Wahlkreises nicht ohne weiteres auf das Vorliegen einer amtlichen Kandidatur auch in dem anderen Teile des Wahlkreises geschlossen werden kann. Die Kommission ist bei ihrem Standpunkte verblieben. Ich beantrage deshalb nochmalige Zurückverweisung.

Abg. v. Dercken (Reichsp.) schließt sich dem Antrage Neumann-Dosser an.

Abg. Fischer (Soz.): Selbst wenn man sich auf den Standpunkt des Abgeordneten Neumann-Dosser stellt, so verbleibe doch noch eine amtliche Wahlbeeinflussung in Schuppenstedt durch die Unterschrift des Bürgermeisters. Auch dann müßte man die 200 Stimmen von da in Abzug bringen, und das Resultat wäre das selbe, nämlich die Ungültigkeit. Ich erinnere an die Wahl des Sozialdemokraten Braun. Damals wurde von der Rechten das Prinzip aufgestellt, eine amtliche Wahlbeeinflussung muß bestraft werden, auch wenn sie keinen Erfolg hat. Damals sagten Sie: Die Wahlbeeinflussung hat uns nichts genützt, aber sie hat auch dem Sozialdemokraten nichts geschadet, deshalb schmeißen wir ihn heraus. Jetzt aber soll das Prinzip aufgestellt werden, eine amtliche Wahlbeeinflussung darf nicht bestraft werden, weil sie Erfolg hatte. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Dr. Heinze (nat.-lib.) und Abg. Dr. Neumann-Dosser (Sp.) sprechen für Zurückverweisung an die Kommission. Vöhringer sagt, das, was der Abgeordnete Fischer über die Stimmen in Schuppenstedt gesagt habe, sei eine Privatarbeit des Abgeordneten Fischer, nicht eine Feststellung der Kommission.

Abg. Dr. Dahlem (Zentr.): Der letzteren Auffassung muß ich entschieden widersprechen. Ich bitte dringend, bei der bisherigen Praxis zu bleiben und die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. Fischer (Soz.): Mit seinen Ausführungen, daß in den Bericht der Kommission eine Privatarbeit von mir hineingetragen sei, zeigt der Abgeordnete Neumann-Dosser, daß er entweder die betrübliche Gabe hat, sich so auszudrücken, daß der eine es so, der andre es so aufzufassen muß (Große Heiterkeit), oder sich so auszudrücken, daß er nach fünf Minuten nicht mehr weiß, was er gesagt hat. Es ist im übrigen ganz gleichgültig, aus welchen Gründen die Praxis zurückgewiesen wird. Wenn sie nur überhaupt zurückgestellt wird, so ist das Entscheidende dabei, daß sie im Verlaufe dieser Legislaturperiode überhaupt nicht mehr zur Entscheidung kommt. Das ist aber für Sie der springende Punkt. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Dr. Neumann-Dosser (Sp.): Ich habe nicht den Kommissionsbericht als die Privatarbeit Fischers bezeichnet (Große Heiterkeit), sondern nur gesagt, daß die Berechnung über die Zahlen aus Schuppenstedt lediglich ein Vortrag Fischers gewesen sind.

Der Antrag auf Zurückverweisung wird, nachdem der Abg. v. Dercken in einer persönlichen Bemerkung gesagt hat, das Festhalten am Prinzip sei immer ein Zeichen geistiger Bequemlichkeit, mit den Stimmen der Volkspartei, der Nationalliberalen, der Rechten und eines Teiles des Zentrums angenommen.

Die Wahl des Abgeordneten Krustadt (konf.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Abg. v. Brodhausen (konf.) wendet sich gegen den Antrag, der durch das Antragen von Stimmzetteln durch den Gemeindevorstand und den Umstand, daß in einem Wahllokale neben den kuppeligen konservativen Wahlzetteln auf dem Tische gelegen haben, nicht gerechtfertigt sei.

Die Wahl wird mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen für gültig erklärt.

Die Wahl des Abgeordneten Maner (Zentr.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Abg. Dr. Arendt (Reichsp.) wendet sich gegen den Antrag. — Ganz bößartig soll ein gewisser Gemeindevorstand gewesen sein: Wenn er den Kopf aus dem Fenster steckte, so schloß sich die Wähler herein. (Große Heiterkeit rechts.) Was hat es denn für einen Zweck, jetzt noch eine Nachwahl zu veranstalten? Was weiß der Gemeindevorstand im Folkerraum gefressen hat, soll nun kurz vor den allgemeinen Wahlen eine solche Schere gemacht werden. (Große Heiterkeit und lauter Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Neumann-Dosser (Sp.) protestiert dagegen, daß so ernsthafte Dinge wie Wahlprüfungen derart scherzhaft behandelt werden, wie es dem Vorredner beliebt hat, und bittet darum, es beim Kommissionsbeschlusse zu belassen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Speck (Zentr.) schließt sich dem Antrag Arendt an und erzählt im gleichen Tone von dem Gemeindevorstand Niedermayer. (Stürmische Heiterkeit links.) Ich bitte Sie, der Aufforderung des Vorredners zu folgen und ernst zu bleiben. (Abg. Fischer (Soz.): Das ist schwer gegenüber solchen Ausführungen. Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Fischer (Soz.): Ich will mir alle Mühe geben, ernst zu bleiben, wenn es auch schwer fällt. (Sehr gut! bei den Soz.) Denn wahrlich leicht ist es nicht, ernst zu bleiben, wenn man erzählt wird, daß man einen Polizeibeamten in den Folkerraum setzte, um die Wahlfreiheit zu schützen. (Stürmische Heiterkeit links.) Der Ernst dieser Angelegenheit liegt anderswo. Wir erleben das unerhörte Schauspiel, daß die bürgerlichen Parteien die Abstimmungen ihrer Vertreter in der Kommission desavouieren, und daß sie die Prinzipien verkümmern, die sie sonst stets bekämpft haben. Und das alles — Herr Dr. Arendt hat es ja mit aller Deutlichkeit gesagt — um Neuwahlen zu verhindern. Die bürgerlichen Parteien haben hier eine Verleumdungsgesellschaft auf Genesigkeit zur Rettung wurmtückiger Mandate gegründet. (Stürmische Zustimmung bei den Soz.)

Abg. v. Brodhausen (konf.): Man dürfe nicht so kleinlich sein, die Wahlprüfungen nicht ihre ganze Zeit damit verbringen, das Wahlreglement zu studieren. (Heiterkeit und Bravo! rechts.)

Die Wahl wird mit den Stimmen der gesamten Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen für gültig erklärt.

Die Wahl des Abgeordneten v. Kapenst (konf.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Abg. v. Dercken (Reichsp.): Die Annahme, daß Wähler sich durch amtliche Unterschriften unter einem Wahlaufschrift beistimmen lassen, ist eine Verleumdung der Wähler. Ich beantrage daher, die Wahl für gültig zu erklären.

Abg. Geyer (Soz., Berichterstatter): Die Kommission hat den Beschluß auf Ungültigkeit einstimmig gefaßt. Ich bitte, ihm beizutreten.

Die Wahl wird mit den Stimmen der Volkspartei (außer Struve und Träger), der Nationalliberalen, der Rechten und des größten Teils des Zentrums für gültig erklärt.

Die Wahlen der Abgeordneten Schwarz (Soz.) und Dr. Struve (Sp.) werden nach den Anträgen der Kommission debattelos für gültig erklärt.

Die Wahl des Abgeordneten Spindler (Zentr.) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Abg. Dr. Neumann-Dosser (Sp.) beantragt Ungültigkeitserklärung, da die Wahlschleier derart konstruiert war, daß von einer Wahrung des Wahlgeheimnisses keine Rede sein kann.

Abg. Fischer (Soz.): Indem das Zentrum für die Gültigkeit dieser Wahl eintritt, stellt es die bisherige Praxis total auf den Kopf. Bisher hat es immer daran festgehalten, daß das Geheimnis der Stimmabgabe gesichert sein muß. Ich wundere mich, daß nicht ein Mitglied dieser Partei für Wahrheit und Recht hier gegen die Gültigkeit der Wahl auftritt. Ja, wenn es eine Wahl gegen das Zentrum wäre, so wären die Herren hier mit berechtigtem Munde für das Wahlgeheimnis eingetreten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Maschine für gegenseitige Mandatsverfälschungen funktioniert glänzend. Hier heißt es in der Tat: „Hand wird nur von Hand gewaschen; Wenn du nehmen willst, so gib.“ (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. Unruhe im Zentr.)

Abg. Dr. Dahlem (Zentr.): Die Entrüstung des Abgeordneten Fischer ist unangebracht. Wir haben schon in der Kommission dargelegt, daß das Wahlgeheimnis gewahrt geblieben ist. Abg. Fischer (Soz.): Ich habe mich gar nicht entrüstet, finde das Verhalten des Zentrums vielmehr gar begreiflich. Ich habe nur die Tatsache konstatiert, daß dies Verhalten das Gegenteil der früheren Praxis ist.

Die Wahlschleier war nach dem Wahlzimmer hin offen, nach der Wand geschlossen. Das sagt alles. Es ist gerade so, als wollte ich nach dort (zu den Soz.) reden, um auf Sie (zum Zentr.) einzuwirken. (Große Heiterkeit.)

Die Wahl wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und die Stimmen der Volkspartei für gültig erklärt.

Es folgt die Prüfung der Wahl des Abgeordneten Wehl (nat.-lib.). Die Kommission beantragt Ungültigkeitserklärung.

Abg. Engel (Zentr.): Mit Recht hat die Mehrheit der Kommission in den Kriegervereinen eine Art behördlicher Einrichtung und in ihrem Eingreifen eine behördliche Einmischung erblickt.

Abg. Dr. Heinze (nat.-lib.) befreit den behördlichen Charakter der Kriegervereine und beantragt Gültigkeitserklärung der Wahl, eventuell weitere Beweishebung.

Die Abg. Dr. Arnold (konf.) und Gabel (wirtsch. Vg.) schließen sich dem Vorredner an.

Auf Antrag des Abg. Geyer (nat.-lib.) wird die Beschlußfassung über die Wahl des Abgeordneten Sievers (nat.-lib.) mit der über die Wahl des Abgeordneten Wehl verbunden.

Abg. Dr. Neumann-Dosser (Sp.): In der Kommission stimmte ich für Ungültigkeit, nachdem aber das Zentrum die Kommission in zahlreichen Fällen desavouiert hat, stimme ich jetzt für Gültigkeit der beiden Wahlen. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Dercken (Reichsp.) verbirht die Kriegervereine und schließt sich dem Antrage Heinze an.

Abg. Dahlem (Zentr.) bleibt dabei, daß die Kriegervereine statutenwidrig handeln, wenn sie sich als nationalliberale Wahlvereine ausgeben.

Abg. Fischer (Soz.): Im Gegensatz zu Herrn Neumann-Dosser werden wir doch noch den Mut haben, für die Ungültigkeit der Wahlen zu stimmen. Das Gegenteil würde einfach eine Unterwerfung unter die von der Mehrheit heute aufgestellte Moral der Rechtsgebung

bedeuten. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Für die Gültigkeit einer Wahl kann man nur stimmen, wenn sie unter normalen Verhältnissen und Beobachtung aller gesetzlichen Bestimmungen zustande gekommen ist. Der Bericht der Kommission ist aber ein einziger großer Beweis dafür, daß davon nicht die Rede sein kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Niemand wird hier wohl den Mut haben, zu behaupten, die Kriegervereine seien etwas anderes als die Prätorianergarde der jeweiligen Regierung. (Lebhafte Unruhe und Spott rechts.) Weist die Regierung mit dem Zentrum, stimmten sämtliche Kriegervereine für das Zentrum. Weist sie gegen das Zentrum, schwanken sie um. Genau so verhalten sie sich zu den Nationalliberalen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Niemand weiß das besser als die Kriegervereine selbst. Ihren Mitgliedern wird gesagt: Stimmt nicht nach eurer Überzeugungstreue, sondern so, daß ihr die Fahne der Regierung hochhaltet. Heute für den Freisinn, morgen gegen den Freisinn usw. Aber immer als Männer, kühn, tapfer, mutig, ehrenhaft! (Große Heiterkeit bei den Soz. Unruhe rechts.) Die hannoverschen Kriegervereine sollten nach dieser Analogie eigentlich für die weißlichen Kandidaten eintreten. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. Große Unruhe rechts.) Aber dort dürfen sie nicht für die Männer eintreten, die ihrem angestammten Mißglauben die Treue bewahren.

Für das Zentrum hat Herr Dahlem wieder einmal das alte eingetragene Posthorn geblasen. Es ist mir aber zweifelhaft, ob die alten Zentrumsgaule dem Trompetenklang folgen. Es handelt sich doch nur um die Rettung von drei Zentrumsmandaten. (Große Unruhe im Zentrum. Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Heinze (nat.-lib.): Die Sozialdemokratie ist es, die in erster Linie das ganze System der Unbilligkeit und übertriebenen Formalität in die Wahlprüfungen eingeschleht hat und Wahlen fassieren will, weil einmal der Vorstand auf fünf Minuten das Votum verliert.

Abg. v. Dercken (Reichsp.) protestiert namens seiner Artgenossen lebhaft gegen die „gehässigen Beschimpfungen“ seitens der Sozialdemokratie. — Die Kriegervereine werden sich in ihrem Patriotismus nicht beirren lassen. (Rufe bei den Soz.: Hurra! Hurra!) Ich danke Ihnen für diese Ovation. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Dahlem (Zentr.) bittet nochmals, aus Prinzip die Ungültigkeit, eventuell Zurückverweisung zu beschließen. Die Diskussion schließt. Zunächst wird der Zentrumsantrag auf Zurückverweisung der Wahl Wehls abgelehnt, alsdann die Gültigkeit durch die Stimmen der Rechten, der Nationalliberalen und einiger Zentrumsabgeordneten (Erzberger, Jesner u. a.) beschlossen.

Bei der Abstimmung über die Wahl Sievers (nat.-lib.) beantragt Abg. Vebel (Soz., zur Geschäftsordnung), zunächst über den Antrag auf Zurückverweisung abzustimmen. Das Haus beschließt demgemäß. Die Zurückverweisung wird abgelehnt und die Wahl wird durch die gleiche Mehrheit wie vorher für gültig erklärt. (Die Kommission hatte Beweishebung beschlossen.)

Die Wahl des Abgeordneten Hennig (konf.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Abg. v. Brodhausen (konf.) beantragt die Gültigkeitserklärung.

Abg. Dr. Neumann-Dosser (Sp.) beantragt, wenn man nicht nach dem Kommissionsantrage beschließen wolle, wenigstens Zurückverweisung an die Kommission zu beschließen.

Die Wahl wird durch Rechte, Nationalliberale und einen Teil des Zentrums für gültig erklärt.

Debattelos wird hierauf entsprechend den Kommissionsanträgen beschloffen, über die Wahl des Abg. De Wende (Vöhringer) Beweis zu erheben und die Wahlen der Abgeordneten Büche (Soz.) und Euen (konf.) für gültig zu erklären.

Die Wahl des Abgeordneten Dr. Konye (nat.-lib.) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Abg. Werner (Wirtsch.): Nach den heutigen Erfahrungen brauchen wir eigentlich keine Wahlkommission mehr. (Sehr wahr! bei den Soz.) Seit 20 Jahren bin ich Mitglied des Reichstages, aber so etwas habe ich noch nicht erlebt. (Zustimmung bei den Soz.)

Die Wahl wird für gültig erklärt.

Die Wahl des Abgeordneten Eubers (Sp.) wird debattelos gemäß Kommissionsantrag für gültig erklärt.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 2 Uhr. (Handelsvertrag mit Schweden, Haftung des Reichs für seine Beamten, Reichsschuldbuch, Veteranenbeihilfen, Rechnungssachen.)

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Sitzung vom 26. April, nachmittags 2 Uhr.

Am Regierungstisch: Finanzminister Dr. v. Müller.

Den 1. Punkt der Tagesordnung, die nicht weniger als 10 Punkte umfaßt, bildet die allgemeine Vorberatung über das Dekret Nr. 13, betreffend den Gesetzentwurf über die Aufnahme einer Staatsanleihe in Höhe von 100 Millionen Mark.

Finanzminister Dr. v. Müller: Es ist seit dem Jahre 1902 das erste Mal, daß die Regierung die Aufnahme einer Anleihe vorzuschlägt. Die Verhältnisse haben sich seit jener Zeit sehr geändert, besonders hinsichtlich des Zinsfußes. Am nächsten läge es, nunmehr die dreiprozentige Rentenanleihe vom Jahre 1902 zu begeben, was die Regierung ohne weiteres tun könnte. Es erscheint aber sehr zweifelhaft, ob es möglich sein wird, eine solche Anleihe zu 3 Prozent auszunehmen, nachdem das Reich, Preußen und andre Bundesstaaten bereits zu 3prozentigen Anleihen übergegangen sind. Die Festlegung des Zinsfußes behält sich deshalb das Finanzministerium vor. Mehr betont dann, daß es notwendig sei, ein weiteres Anschwellen des außerordentlichen Etats zu verhindern und gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese neue Anleihe auf lange Zeit hinaus genügen werde.

Vizepräsident Pöhl (konf.) weist darauf hin, daß die gewünschte Anleihe eigentlich schon da ist und daß das Dekret nur deshalb den Ständen zugegangen ist, weil die Anleihe nicht zu 3, sondern wahrscheinlich zu 4 Prozent Verzinsung ausgenommen werden muß. Mehrer beantragt die Überweisung der Vorlage an die Finanzdeputation A und wünscht, daß die Anleihe vom sächsischen Sparkassenverband übernommen werden möchte, weil dann eine Anzahl vaterländischer Papiere gewissermaßen von den Gemeinden übernommen würden.

Abg. Bauer (nat.-lib.) ist der Meinung, daß sich der sächsische Staat heute getrost an den Anleihemarkt wagen darf. Das Staatsvermögen habe sich seit der letzten Finanzperiode um 233 1/2 Millionen vermehrt. Meine Freunde verhalten sich zustimmend zu dem Dekret.

Abg. Merkel (nat.-lib.) würde es gern gesehen haben, wenn die Regierung einige Zahlen über den jetzigen Stand unserer Finanzen gegeben, und wenn sie die Gründe angegeben hätte, warum die Anleihe jetzt nötig ist. Verwunderlich sei es, daß die Anleihe mit 1,9 Prozent getilgt werden soll. Mehrer kritisiert dann des längeren die Finanzpolitik im allgemeinen. Der Staat solle nicht die Anleihen in so übertriebener Weise tilgen, sondern seinen billigen Kredit dazu benutzen, die Verhältnisse zu verbessern.

Abg. Günther (fortsch. Vp.) bemerkt, die Ausführungen des Finanzministers seien geeignet gewesen, im Lande den Eindruck zu erwecken, als ob es sich hier um eine neue Anleihe handelte. Das ist aber, wie schon die Vorrede betont haben, gar nicht der Fall. Der Vergleich unserer Anleihen mit den Reichsschulden ist durchaus unzutreffend, beim Reich handelt es sich um Ausgaben für allgemeine Zwecke, die durch Anleihen gedeckt werden, bei uns aber um Ausgaben für verbundene Anlagen. Die Anleihe von 1902 hat deshalb nicht gegeben werden brauchen, weil die Überschüsse aus den Haushaltsrechnungen den Kassenbeständen zugeführt werden konnten. Alles muß aber seine Grenzen haben: die hohen Überschüsse führen leicht dazu, die Verhältnisse zu günstig zu beurteilen und die Steuerkraft über Maßnahmen anzupumpen. (Zustimmung links.)

Ministerialdirektor Dr. Schröder wendet sich dagegen, daß durch die Überweisung der Überschüsse an die Kassenbestände ein schlechtes Bild von den Finanzverhältnissen entworfen wird. Das Meinvermögen darf beim Anleihewesen nicht überschätzt werden. Der Tilgungssatz von 1,9 Prozent bedeute, daß die Anleihen in 30 Jahren getilgt sein soll. Je eher und schneller die Anleihen getilgt werden, um so weniger wird die Steuerkraft des Landes angepannt.

Darauf wird das Dekret an die Finanzdeputation A zur weiteren Beratung überwiesen.

Zu längerem Debatten führt Kap. 108 des Rechnungsjahrsberichts auf die Finanzperiode 1906/07, Pensionen. Es handelt sich bekanntlich um zwölf gezahlte Pension an den Geheimen Archivar Keller in Bayreuth. Die Deputation mehrheitlich hat beschlossen, von der Forderung auf Milderung der Pension abzusehen, weil Keller die Pension im guten Glauben habe annehmen können, daß sie zu Recht erlangt sei. Die aus den Sozialdemokraten bestehende Minderheit der Deputation beantragt dagegen, zu beschließen, den vom Gesamtministerium ausgesprochenen Bericht auf Milderung der Pension zu verwerfen und die dem Geh. Archivar Keller zwölf gezahlte Pension in Höhe von 1274,10 M. nachträglich zurückzufordern.

Finanzminister Dr. v. Müller: Was ist gesehen davon, daß der Staat bereits den Bericht ausgesprochen hat, ist das Finanzministerium in der vorliegenden Sache ganz allein zuständig.

Abg. Zimmer (nat.-lib.) ist der Meinung, daß man sich nach den Ausführungen des Ministers beruhigen könne. Die Resolution des § 41 des Zivilstaatsdieneregesetzes, wonach der Staat berechtigt ist, Pension zurückzufordern bezw. zu kürzen, wenn die Schreivitwen gegen Gehalt ein Nebenamt ausüben, führe zu Härten und müsse beseitigt werden.

Finanzminister Dr. v. Müller entgegnet, daß, solange das Gesetz besteht, danach gehandelt werden müsse. Vielleicht lasse sich aber in der nächsten Zeit eine Revision der Pensionsbestimmungen für die Schreivitwen vornehmen.

Abg. Pöhl (Soz.):

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß nach dem Zivilstaatsdieneregesetz der Archivar Keller die Pension zu Unrecht bezogen hat. Diese Ansicht hat zunächst auch das Gesamtministerium geteilt, und erst im Laufe der Zeit ist man zu dem Teilungsverfahren gekommen, wonach Keller 1700 M. zurückzahlte und der Rest von 1275 M. niedergelassen wurde. Billigkeitserwägung kann man wohl in Fällen gesten lassen, wo es sich um niedrige Pensionen handelt, daß sie kaum zur Vorkostung des notwendigen Lebensunterhalts ausreichen. Hier kommt aber eine Pension von 8400 M. in Betracht. Nach außen würde es weit besser wirken, wenn man die volle Summe zurückforderte.

Das fehlende Verfahren wird auf manchen gutgesinnten Christen keinen guten Eindruck machen. Wenn ein solches Amt (kommunales) Tätigkeit bei der Landesanstalt in (Bau) so leicht zu verwirklichen ist, so können dies die Geistlichen, die in der heutigen Zeit sowieso nicht mehr so viel zu tun haben, ungenutzt lassen. Das man dafür extra 2200 M. bezahlt, ist nicht zu verantworten. Für solches Geld kann man lieber neue selbständige Christen gründen. Wir bitten um Annahme des Minderheitsgutachten.

Abg. Schwager (fortsch. Sp.) steht auf dem Standpunkt der Minorität und stützt sich dabei auf § 41 des Zivilrechtsdieneregesetzes. Keller hat nach seiner Pensionierung ein Einkommen von mehr als 9000 M. bezogen, während sein Gehalt vor der Pensionierung nur 8400 M. betrug. Es ist schon auf die künftige Pension der Lehrerswitwen hingewiesen worden, um so mehr ist es zu bedauern, daß die Erste Kammer heute den Antrag auf Neuregelung des Beamtenrechts abgelehnt hat. Hieran wird das Minderheitsvotum mit 23 gegen 25 Stimmen abgelehnt. Für dasselbe traten nur die Sozialdemokraten und Volksparteiler ein.

Ohne Debatte beschließt das Haus, die Staatshaushaltsrechnung der Rasse der Oberrechnungskammer zu Kap. 36 des ordentlichen Staatshaushalts auf das Jahr 1900 nach erfolgter Prüfung für festgesetzt zu erklären.

Weiter werden die Etatüberschreitungen bei Kap. 16 des Rechnungsbereichs auf die Finanzperiode 1906/07, Staatsbahnen, in Höhe von 850 147,76 M. glatt nachträglich bewilligt.

Für den Umbau des Bahnhofs Adorf werden 367 000 M. (Konten und letzte Rate) nach der Vorlage bewilligt.

Die Finanzdeputation B beantragt, die Petition der Leipziger Kanalgesellschaft um Unterstützung zur endlichen Schaffung eines Wasserwegs nach der Saale der Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Abg. Günther (fortsch. Sp.) macht auf die Mitteilungen in der Presse aufmerksam, wonach die Verhandlungen über die Schiffahrtsabgaben in diesen Tagen zum Abschluß gelangt sein sollen. Er sehe heute davon ab, diesbezüglich an die Staatsregierung eine Anfrage zu richten, werde aber bei anderer Gelegenheit in nächster Zeit darauf zurückkommen.

Der Antrag der Deputation wird zum Beschluß erhoben. Die Petition der Gemeinde Liebertswitz um Vornahme verschiedener baulicher Veränderungen auf Bahnhofs Liebertswitz und Einführung eines günstigeren Vorortverkehrs zwischen Liebertswitz und Leipzig wird antragsgemäß nach unwesentlicher Debatte der Staatsregierung zur Kenntnisnahme überwiegen, soweit sie sich auf bauliche Veränderungen bezieht. Soweit sie Fahrplanangelegenheiten betrifft, wird sie durch die Zustimmung der Staatsregierung für erledigt erklärt.

Weiter beantragt die Finanzdeputation B, die Petitionen wegen Erbauung von elektrischen Straßenbahnen auf dem Gelände zwischen Pirna und Dresden der Staatsregierung zur Kenntnisnahme in dem Sinne zu überweisen, daß sie dem kommenden Landtag eine Denkschrift über Ausführbarkeit der in den Petitionen angelegten Bahnanlagen gemäß der seitens der Staatsregierung hierfür abgegebenen Erklärung vorlegen sollte, die Petition wegen Uebernahme der Straßenbahn Völschütz-Villnig auf den Staat bzw. Gewährung einer Staatsbeihilfe in der Voraussetzung, daß auch die in dieser Petition geäußerten Wünsche in der erwähnten Denkschrift Erwähnung finden, für erledigt zu erklären.

Für die Petitionen verwenden sich hauptsächlich die Abg. Fröhlich (Soz.), Petzner (nat.-lib.) und Kunze (nat.-lib.).

Darauf wird dem Deputationsantrag zugestimmt. Es folgen nun

Petitionen

der verschiedensten Art. Die Petition von mittleren Post- und Telegraphenbeamten, sowie Post- und Telegraphenunterbeamten in Dresden um Wiederheraushebung der Stadt Dresden in die Klasse A des Wohnungsgeldzuschusses für die Reichsbeamten wird der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiegen, dagegen bleiben die Petitionen des Volkstrats Preysch in Chemnitz und Genossen um Wiedereröffnung des Steuerprivilegs der Beamten auf sich beruhen.

Die Petition des H. Hofmann in Dresden um Unterstufung der Nebenbeschäftigung der Staatsbeamten gegen Entgelt und der Führung von Nebengeschäften bleibt ebenfalls auf sich beruhen.

Zur Petition des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -gehilfen Deutschlands (Ely Hamburg), betreffend die Stellenvermittlung, beantragt die Deputation, dieselbe mit Rücksicht auf den dem Reichstage vorgelegten Entwurf eines Stellenvermittlungsgesetzes auf sich beruhen zu lassen.

Abg. Endermann (Soz.):

Wenn wir dem Deputationsantrag zustimmen, so geschieht das in der Voraussetzung, daß die sachliche Staatsregierung im Bundesrat für die Wünsche der Petenten eintreten wird. Die reichsgesetzliche Regelung des Stellenvermittlungswesens ist unbedingt notwendig, denn jetzt werden die Stellensuchenden in unerhörter Weise von den Privatstellenvermittlern ausgebeutet.

Endlich wird noch die Petition der Gemeinden zu Grünhainichen, Borstendorf, Wörnichen, Waldkirchen und Marbach um Errichtung einer Apotheke in Grünhainichen der Staatsregierung zur Kenntnisnahme überwiegen, während die Gegenpetition des Apothekers Dietel in Augustsburg auf sich beruhen bleibt.

Es wird nunmehr in die Schlussberatung über den Bericht der Rechnungsbudgetdeputation (Soziale Deputation) über den sozialdemokratischen Antrag betreffend Ergreifung von

Maßnahmen zur Arbeitslosenfürsorge

eingetreten.

Die Deputation beantragt einstimmig: Die Kammer wolle beschließen:

1. die Staatsregierung zu ersuchen, a) darauf hinzuwirken, daß in allen Groß- und Mittelstädten sowie in einzelnen, das platte Land und die kleineren Städte umfassenden Bezirken paritätische, unter neutraler Leitung stehende Arbeitsnachweise, die dann untereinander in Verbindung zu treten haben würden, errichtet werden; b) von jetzt an bis auf weiteres zu verschiedenen Zeiten des Jahres das ganze Land umfassende statistische Erhebungen über Umfang, Dauer, Ursache und Wirkung, sowohl der Arbeitslosigkeit als auch des Arbeitsmangels im Königreich Sachsen anzustellen und von deren Ergebnis den Ständen Kenntnis zu geben; c) auf Grund dieser Erhebungen und unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die in verschiedenen Städten und Ländern mit den dort getroffenen Einrichtungen zur Arbeitslosenfürsorge und -versicherung gemacht worden sind, eine Denkschrift auszuarbeiten zu lassen und diese dem nächsten Landtage vorzulegen;
2. dieser Denkschrift einen Entwurf zu einer Satzung über Errichtung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung beizufügen;
3. den voraussichtlich im Herbst dieses Jahres in Paris stattfindenden internationalen Kongress zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sofern eine Einladung dazu an die Regierung erfolgt, durch eine aus Regierungsvertretern und Abgeordneten beider Kammern bestehende Deputation zu beschicken;
4. im Bundesrat auf baldige reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenfürsorge hinzuwirken;
5. die Erste Kammer zum Beitritt zu diesen Beschlüssen einzuladen.

Ferner beantragt eine Minderheit der Deputation, bestehend aus den Abg. Fröhlich, Demmler, Linke, Schwager, Winkler und Zimmer, die Kammer wolle beschließen:

1. die Staatsregierung zu ersuchen, in den nächsten Staatshaushalt Mittel dafür einzustellen, daß den Gemeinden Beihilfen gewährt werden können zu den von ihnen beabsichtigten Aufwendungen zur Arbeitslosenfürsorge, insbesondere für Einrichtungen zur Beseitigung oder Milderung der Arbeitslosigkeit;
2. die Erste Kammer zum Beitritt zu diesem Beschlusse einzuladen.

Weiter beantragt eine Minderheit der Deputation, bestehend aus den Abg. Weda, Kleinhempel, Schöbler, Schnabel und Singer, die Kammer wolle beschließen:

1. die Staatsregierung zu ersuchen, in Erwägung darüber einzutreten, ob, in welcher Höhe und unter welchen Voraussetzungen im Staatshaushalt Mittel zur Förderung oder Unterstützung gemeindlicher Arbeitslosenfürsorge bereitgestellt werden können;
2. die Erste Kammer zum Beitritt zu diesem Beschlusse einzuladen.

Endlich beantragt die Deputation einstimmig: die Kammer wolle beschließen:

die Petitionen des Landesverbands Evangelischer Arbeitervereine und des Landesverbands der deutschen Gewerksvereine (S.-D.) durch den Beschluß für erledigt zu erklären.

Abg. Schnabel (nat.-lib.) als Berichterstatter verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß durch die Annahme der Deputationsanträge auf sozialpolitischem Gebiete ein Schritt nach vorwärts getan werde. Die abgeänderten Anträge sind einmal darauf zurückzuführen, daß die Sozialdemokraten erklärten, Abänderungsvorschläge prinzipiell nicht ablehnend gegenüberzustellen, zum andern herrschte in der Deputation die Ansicht vor, daß man nicht nur die Wirkungen der Arbeitslosigkeit, sondern besonders auch ihre Ursachen erkennen müsse. In der Deputation kam auch die Meinung zum Ausdruck, daß das Problem der Arbeitslosenversicherung nur auf dem Wege der allgemeinen Selbstversicherung zu lösen ist und das am besten durch reichsgesetzliche Regelung erfolgen kann. Neben erinnert man daran, daß der Minister des Innern hier im Hause erklärt hat, er sei nicht abgeneigt, einer Prüfung des Problems der Arbeitslosenversicherung näher zu treten. Das sei ein lichtvoller Ausblick für die Zukunft! (Bravol bei den Nationalliberalen.)

Minister Graf Bismarck: Ich habe keinen Anlaß, an meiner Zusage etwas zu denken und abzuschwächen, ich bin vielmehr bereit, an der Lösung des Problems mitzuarbeiten. Freilich eine Lösung des Problems kann ich Ihnen aus dem Präsidententeller auch nicht entgegenbringen, ebenso wie dies seitens anderer Regierungen nicht geschehen kann. Wir wollen doch ehrlich sein, daß bei aller sozialer Freundlichkeit wir nicht die Frage lösen können, solange die Vorfrage, die Arbeitsvermittlung, nicht gelöst ist. Im übrigen habe ich zu erklären, daß es der lebhafteste Wunsch der Regierung ist, paritätische Arbeitsnachweise überall entstehen zu sehen, die miteinander in Verbindung treten und sich mit der Zeit über das ganze Land erstrecken sollen. Der Anregung, statistische Erhebungen über die Arbeitslosigkeit anzustellen, wird die Regierung nachgehen. Wenn über die Frage der Arbeitslosigkeit auch schon sehr reiches Material vorliegt, so soll doch die Ausarbeitung einer sachlichen Denkschrift erfolgen, die die bis zum nächsten Landtage gemachten Erfahrungen nicht umfaßt. Diese Denkschrift soll keinen Abbruch der bisher erschienenen darstellen, sondern vielmehr ein Versuch sein, die ganze Materie durchzuarbeiten. Darin auch den Sachgesamtwurf einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung niederzulegen, muß die Regierung jedoch ablehnen. Die weitere Frage, ob und auf welche Weise einer Einladung zum Besuch des Kongresses in Paris entsprochen werden soll, wird nach erfolgter Einladung geprüft werden. Die Regierung ist jedoch nicht abgeneigt, den Kongress zu beschicken. Einen Antrag auf reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung im Bundesrat zu stellen, muß die Regierung bei der gegenwärtigen Lage aber ablehnen, da er zwecklos und überflüssig erscheinen muß. (Bravol rechts.)

Mitberichterstatter Abg. Winkler (Soz.):

Vom Berichterstatter ist schon darauf hingewiesen worden, daß wir mit unsern Anträgen in der Deputation Schritt um Schritt zurückgegangen sind, auch hinsichtlich der Forderung auf Einstellung von Mitteln zur Förderung gemeindlicher Arbeitslosenfürsorge-Einrichtungen. Um so verwunderlicher ist es, daß auch dieser eine Punkt nicht weiter von der Deputation verfolgt werden ist und keine Annahme gefunden hat. Die Minderheit steht allerdings auf dem Standpunkte, daß der Deputationsantrag ohne diesen Punkt ein Totgebilde ist. Hat schon der gelinde Antrag der Nationalliberalen enttäuscht, so ist es sehr bedauerlich, daß die Konservativen überhaupt keine Mittel für diesen Zweck bewilligen wollen. Allerdings haben die Herren eine ganz andre Auffassung von der Arbeitslosenfrage wie wir. Es ist von ihnen behauptet worden, die Sozialdemokratie benutze die Angelegenheit nur dazu, um die Unzulänglichkeit der kapitalistischen Produktionsweise agitatorisch darzutun. In Wirklichkeit haben wir aber nur den Antrag gestellt, um einer Arbeitslosenversicherung gegen die Arbeitslosigkeit die Wege zu ebnen. Wir betrachten die Sache nicht als Agitationsmaterial; das Gegenteil ist der Fall. Ich persönlich habe zum Verprechen des Ministers nicht das geringste Vertrauen, denn nach den Ausführungen der Regierungsvertreter in der Deputation haben wir gefunden, daß die Regierung nur in den alleruntergeordneten Fällen bereit ist, unsern Anträgen zu entsprechen, in der Hauptsache aber nimmt sie nur eine ablehnende Haltung ein. Ist es ein Mitarbeiter an der Lösung des Problems, wenn man sich wohl bereit erklärt, hierbei mitzuhelfen, dann aber weiter erklärt, in der gegenwärtigen Zeit ist ein Eingehen auf das Problem nicht angängig und ratsam, wenn man einen Punkt unseres Antrages nach dem andern ablehnt? Mit der Erklärung der Regierung ist uns nicht genügt, wir müssen unbedingt von der Regierung verlangen, daß, wenn schon eine Denkschrift ausgearbeitet wird, diese auch einen Sachgesamtwurf zur gemeindlichen Arbeitslosenversicherung enthält, damit eine Einheitsfront in die ganze Frage gebracht wird. Mit der Arbeitslosenversicherung dürfen wir nicht warten, bis das Reich kommt. Gerade Sachsen hat bei der Eigenartigkeit seiner wirtschaftlichen Verhältnisse alle Veranlassung, hier voranzugehen.

Abg. Schönfeld (kons.): Es handelt sich nicht um eine brennende Frage für das ganze Land, sondern höchstens für die größeren Städte und die Industriebezirke. Vor allem ist die Arbeitslosenfürsorge auch zunächst nur als ein Akt der Selbsthilfe anzusehen. Solange die Sozialdemokratie noch immer bei Streiks große Mittel aufbringt und sogar bedeutende Summen nach dem Auslande senden kann, müssen wir gegen die Verwendung von Mitteln zu dem genannten Zwecke die größten Bedenken haben. (Sehr richtig! rechts.) Dadurch wird nur der Zug nach der Großstadt gefördert, wird die Großstadt nur eine Zufluchtsstätte für Arbeitslose. Eine gewisse Kontrolle mußte dem Staate unbedingt eingeräumt werden.

Abg. Niem (Soz.):

Auf bürgerlicher Seite steht man der Sache trotz aller platonischen Liebesversicherungen noch immer sehr verständnislos und pessimistisch gegenüber, trotzdem sich die Schäden der Arbeitslosigkeit schon wiederholt gezeigt haben. Was nützen alle theoretischen Erörterungen der Arbeitslosenfrage, wenn man nicht endlich daran gehen will, sie auch praktisch anzugreifen. Nur wer die Arbeitslosigkeit auf die Fanzheit gewisser Leute zurück-

führt, kann glauben, daß durch die Arbeitsnachweise die Frage gelöst werden kann. Gewiß sind die Arbeitsnachweise sehr gut, aber sie vermögen nicht die Arbeitslosigkeit aus der Welt zu schaffen. Gerade im gegenwärtigen großen Kampfe im Banengewerbe, der von den Unternehmern frivoll vom Jaune gebohrten worden ist, spielt die Frage der Arbeitsnachweise eine Rolle. Die Unternehmer wollen die Arbeiter hier eben ganz ausschalten; hier zeigt sich der rückständige und unparitätische Sinn des Unternehmertums. An der Landarbeiternot ist die Rechtfertigung des Gefindes schuld. Und wie steht es denn bei der Landwirtschaft im Winter aus? Da wollen Sie die Arbeiter nicht sehen, und doch ist im Winter die Arbeitslosigkeit gerade am größten! Mit solchen Einwendungen kommen Sie und also in dieser Frage nicht. Es ist ja sehr bescheiden, was bei unserm Antrage herausgesprungen ist, wir haben jedoch bei der Zusammensetzung der Kammer auch nicht viel erwartet. Wenn nichts Ordentliches zustande kommt, so ist dies nicht unfre Schuld, es hat sich eben gezeigt, daß Sie trotz der schönen Worte und des warmen Dergens für die Arbeiter nicht gewillt sind, praktisch und positiv etwas für die Kernisten zu tun. Ohne Zweifel wird aber der Staat daran gehen müssen, die Frage zu lösen, aber er muß sich selber aufgeben.

Abg. Schwager (fortsch. Sp.): Wir betrachten den Antrag Reichner als in sozialpolitischer Hinsicht vollauf gegeben an und treten für das Minderheitsgutachten ein.

Abg. Kleinhempel (nat.-lib.): Der Abgeordnete Schwager scheint sich zu den Sozialdemokraten zu rechnen. Wir halten für die Arbeitslosenversicherung den Arbeitsnachweis als erste Voraussetzung. Neben erklärt er, daß er gegen die Aushebung des Abgeordneten Niem, die Paraderklausurperrung sei frivoll erfolgt, protestieren müsse. Den Unternehmern hände dasselbe Recht zu wie den Arbeitern, die oftmals mutwillig in Streiks eintreten. (Bravol rechts und bei den Nat.-lib.; Lachen und Zwischenrufe bei den Soz.)

In seinem Schlusswort appelliert Abg. Winkler (Soz.) an die Nationalliberalen, für das Minderheitsgutachten einzutreten. Den Abgeordneten Kleinhempel weist er darauf hin, daß Arbeiter noch nie mutwillig einen Streik vom Jaune gebohren hätten. (Hol-Muse rechts und bei den Nat.-lib.)

Darauf wird zur Abstimmung geschritten. Der Deputationsantrag wird, soweit er einstimmig gestellt ist, angenommen. Gegen einzelne Punkte desselben stimmen wenige Konservative. Der Antrag der Minderheit fällt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Volksparteiler. Darauf wird der nationalliberale Vermittlungsantrag gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Abg. Dr. Koth (fortsch. Sp.) erhält nach das Wort zu einer Erklärung, in der er seine früheren Ausführungen über die Mißstände in der Berufsämter-Gemeindeverwaltung auf Grund einwandfreier Beweise aufrechterhält und hinzusetzt, daß er sein Material dem Minister zur Verfügung gestellt habe.

Minister Graf Bismarck sagt eine Fortführung der Untersuchung zu mit dem Bemerken, keinen Anlaß zu haben, den heftigen Vorwürfen nachzugehen.

Abg. Günther (fortsch. Sp.) zur Geschäftsordnung: Ich halte es für wünschenswert, daß bei Abgabe von Erklärungen nicht nur vom Regierungssitz aus, sondern auch von Mitgliedern dieser Kammer sofort dazu Stellung genommen werden kann.

Präsident Dr. Vogel entgegnet, daß hierzu eine Abänderung der Landtags- und Geschäftsordnung nötig sei, die wohl schon bald zu erwarten sei.

Schluss der Sitzung am 8. Apr.

Nächste Sitzung: Donnerstag, nachmittags 2 Uhr. Tagesordnung: Etatkapitel; der sozialdemokratische Antrag auf Abschaffung der indirekten Steuern.

Außerordentlicher Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Nachdruck verboten. C. B. Berlin, 26. April.

In der Nachmittags-Sitzung erstattete Gertrud Hanna Berlin, die Sekretärin der Generalkommission, das erste Referat über Mutter- und Kinderversicherung. Nur vier Paragraphen der mehr als 1500 Paragraphen umfassenden Reichsversicherungsordnung beschäftigen sich mit der Wochenhilfe für Frauen. Schon das zeigt, daß von einer wirklichen Mutter- und Kinderversicherung keine Rede sei. In Deutschland sterben von 100 Lebendgeborenen im ersten Jahre 18,5 Prozent, eine Sterblichkeitsrate, die nur von Desterreich und Rußland übertroffen werde. Demgegenüber sehe England mit nur 11 Prozent und Norwegen mit nur 8 Prozent Säuglingssterblichkeit. Die hohe Sterblichkeitsrate in Deutschland habe ihre Ursache nicht in unhygienischen Verhältnissen, sondern ausschließlich in den wirtschaftlichen Verhältnissen; denn sie sei in den einzelnen Gegenden des Reichs, ja sogar in den einzelnen Vororten Berlins je nach der wirtschaftlichen Struktur der Bevölkerung ganz ungleich. Bei den Kindern vom ersten bis fünften Jahre sei infolge der großen hygienischen Fortschritte die Sterblichkeit im letzten Jahrhundert fast um die Hälfte zurückgegangen, bei Kindern unter einem Jahre dagegen gleich hoch geblieben. Immer mehr verheiratete Frauen gehen in die Fabrik, und damit wachsen die Gefahren einer hohen Kindersterblichkeit immer rascher. Nach der neuen Reichsversicherungsordnung erhalten nur die schon 6 Monate vorher verheirateten Wohnerinnen eine Entschädigung in der Höhe des Krankengeldes auf die Dauer von acht Wochen. Alle weiteren Leistungen an die Familienmitglieder von Versicherten, an Stillsitzende usw. seien in das Belieben der Krankenkassenstände gestellt. Demgegenüber sei unter Ablehnung besonderer Mutter- und Kinderversicherungsklassen eine Entschädigung von acht Wochen vor und nach der Entbindung in Höhe des vollen Krankengeldes, an Stillsitzenden für selbstthätige Mütter bis 13 Wochen nach der Entbindung in Höhe des vollen Krankengeldes zu fordern. Außerdem seien Bekammbendienste und freie ärztliche Hilfe bei Schwangerschaftsbeschwerden zu verlangen. Leider sei bisher nur ein Drittel der erwerbstätigen Frauen krankensicher, so daß die Ausdehnung der Krankenversicherung gerade hier besonders wichtig und notwendig sei. Der Mutter- und Kinderschutz sei vielleicht das bedeutendste Stück im Ausbau der Krankenversicherung. Die Ausgaben würden zum Teil erspart werden durch die Abnahme der Tuberkulose und durch die Minderung der Fehlgeburten, die bei nichtversicherten Frauen sehr häufig seien wie bei versicherten. Gesündere Mütter bedeuten gesündere Kinder und Ersparnisse an Krankheitskosten der Familienmitglieder der Zukunft. Auch höhere Beiträge würde die Arbeiterschaft nicht scheuen, denn die Hauptaufgabe der Volksgesundheitspflege sei zurzeit ein ausreichender Mutter- und Kinderschutz. (Lebhafte Beifall.)

Als nächster Referent sprach Wissell Berlin über Unfallversicherung.

Hinsichtlich der Unfallversicherung erklärte der Gewerkschaftskongress, daß der neue Entwurf in keiner Weise den zu stellenden Ansprüchen an eine wirksame Unfallversicherung entspricht. Die Ausdehnung zahlreicher Berufs- und Gewerkschaften von der Unfallversicherung entbehrt jeder inneren Berechtigung. Das gleiche gilt auch für den Ausschluß der auf dem Gebiete der öffentlichen Wohlfahrt Tätigen von der Versicherung. Es wird deshalb die Ausdehnung der Versicherung gefordert:

1. Auf alle gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten ohne Rücksicht auf die Höhe des Lohnes oder Gehalts.
2. Auf die selbstthätigen Unternehmer, soweit ihr Einkommen 3000 Mark nicht übersteigt, unter Gewährung der Versicherungsabrechnung bei einem Einkommen bis zu 5000 Mark.

Soziale Rundschau.

Eine Konferenz von Sachkundigen auf dem Gebiete der Sozialversicherung

tagte Freitag und Sonnabend in Berlin. In dieser Konferenz unterbreitete die Zehner-(Sachverständigen)-Kommission die nach Durchberatung der Reichsversicherungsordnung von ihr formulierten Änderungsanträge zu dem neuen Gesetzentwurf den Konferenzteilnehmern zur Beurteilung. In der Arbeiter-Versicherungs-Gesetzgebung tätige Personen mußten zur Beurteilung dieser Vorschläge besonders geeignet erscheinen. Deshalb hatte die Generalkommission in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande zu dieser Konferenz geladen: 27 Arbeitersekretäre, 18 Vorkämpfer des Reichsversicherungsamtes, 12 Vertreter von Orts- und Hilfskrankenkassen und 7 Vertreter von Gewerkschaftsorganisationen, deren Mitglieder besonders von Neuerungen des Gesetzentwurfes berührt werden; außerdem waren die Mitglieder der Sachverständigenkommission anwesend und Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Aus der reichen Fülle praktischer Erfahrungen konnten gerade diese in der Arbeiterversicherung tätigen Vertreter die Mängel der bestehenden Versicherungs-Gesetze, wie auch die der neuen Vorlage hervorheben und entsprechende Wünsche auf Verbesserung und Beseitigung der neuen Reichsversicherungsordnung formulieren. Nach einer Berichterstattung von Vertretern der Sachverständigenkommission wurden von der Konferenz eine größere Anzahl von Anträgen und Wünschen zur Verbesserung der Reichsversicherungsordnung geäußert. Diese werden in konzentrierter Form dem Gewerkschaftskongress als Resolution vorgelegt. Sie sollen auch für die parlamentarische Behandlung der Vorlage der sozialdemokratischen Fraktion mit erforderlichen Material an die Hand gehen.

Der Hauptzweck der Arbeiterversicherung, die Krankenversicherung, beanspruchte einen vollen Tag eingehender Debatte. Am zweiten Tag wurde die Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung besprochen.

Die Beratungen ergaben manchen wichtigen Fingerzeig für die im Interesse der versicherten Arbeiter zu stellenden Verbesserungsanträge im Reichstag.

Briefkasten der Redaktion.

503. C 23 — Krankheiten der Augenmuskeln.
B. N., 1910. 61 — Mutarum.
P. 19, Leipzig. Ihr Artikel eignet sich zum Abdruck nicht.

Ankunft in Rechtsfragen.

Obz. 66. Sie sind in diesem Falle schadenersatzpflichtig.
R. W., 100. Die bisher entstandenen Kosten müssen Sie bezahlen.

Stätterich 203. 1. Wenn nichts anderes vereinbart worden ist, kommt bei monatlicher Mietzahlung monatliche Kündigung in Frage. Die Kündigung hat in diesem Falle spätestens am 15. für den Schluß des Kalendermonats zu erfolgen. 2. Ihre zweite Frage ist sehr unklar. Wenn die Frist nicht eingehalten ist und Sie dadurch am Mietzins geschädigt sind, steht Ihnen das Recht zu, sich in dieser Weise schadlos zu halten.

B. N., 100. W. Ihr Rücktritt ist wirkungslos. Sie müssen den Vertrag erfüllen.

Infanterist. Von Ihrer Anfrage ist uns nichts bekannt. Fragen Sie, bitte, noch einmal an.

H. W. P. Ihre Fragen lassen sich ohne nähere Kenntnis der Verhältnisse nicht beantworten. Am besten wäre es, wenn Sie einmal in die Sprechstunde kommen könnten. Schadenersatzpflichtig ist der Vermieter nur dann, wenn ihn ein Verschulden trifft.

Auf dem Gebiete der Invalidenversicherung läßt der Entwurf der Reichsversicherungsordnung jeden ernsthaften Fortschritt vermissen. Soll die Invalidenversicherung den Anforderungen der minderbemittelten Volksklassen entsprechen, so ist mindestens zu fordern:

1. Erweiterung des Kreises der versicherungspflichtigen Personen, insbesondere Ausdehnung der Versicherung auf den Klein- und Hausgewerbebetreibenden.

2. Erhebliche Steigerung der Rentensätze, Vermehrung der Zahl der Beitragsklassen unter Anrechnung des vollen Jahresarbeitsverdienstes.

3. Anerkennung der Invalidität, wenn der Versicherte in seinem Berufe nicht mehr die Hälfte des Lohnes eines gleichartigen Vollarbeiters zu erwerben vermag; Gewährung der Altersrente bei Vollendung des 65. Lebensjahres; Erleichterung der Aufrechterhaltung der Anwartschaft. Wegen unterlassener Beitragsleistung der Arbeitgeber dürfen die Renten nicht verweigert werden.

4. Befehliger Anspruch der Versicherten und ihrer Angehörigen auf rechtzeitige Einleitung eines Heilverfahrens bei drohender Invalidität; ausreichende Fürsorge für die Angehörigen während des Heilverfahrens für einen Versicherten.

5. Einräumung größerer Anteile an der Verwaltung; Einschränkung des Einflusses der Bürokratie.

Der Kongress protestiert entschieden gegen das Bestreben, die Privatangehörigen durch eine Sonderversicherung aus dem Rahmen der allgemeinen Versicherung auszuschalten.

Im einzelnen führte der Referent aus: Bei den letzten Reichstagswahlen habe die Kolonialschwärmerei das deutsche Volk betrogen. Unaufrichtigkeit und Unehrlichkeit habe geflügelt und das deutsche Volk von seinen wahren Interessen abgelenkt. 8200 Deutsche seien seit der deutschen Besitzergreifung in die Kolonien eingewandert, während inzwischen das deutsche Volk um 17 Millionen Köpfe gewachsen sei. Das zeige deutlich genug, wo Deutschlands wahres Interesse liege. Der infamen Ausraubung des Volkes durch die neuen 500-Millionen-Steuern solle jetzt nicht einmal eine Verbesserung der Sozialgesetzgebung folgen. Die Invalidenversicherung sei keineswegs die Krönung der deutschen Sozialpolitik, sondern nur eine verbesserte Armenpflege. Das Hauptbestreben der Regierung gehe jetzt dahin, die Zahl der Invalidenrenten herabzudrücken. Die deutsche Invalidenversicherung werde bald hinter der Englands und Frankreichs zurückbleiben. Die Hauptgefahr sei, daß, wenn die Reichsversicherungsordnung einmal angenommen sei, sie 15 bis 20 Jahre unverändert bestehen bleiben werde. Deshalb müßten jetzt alle Mittel zur Aufklärung und Aufbesserung der Arbeiter angewendet werden, um den Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse, für den die Gewerkschaften die größten Opfer gebracht hätten, nicht verkümmern zu lassen. (Lebhafte Beifall.)

Zu dem Thema: Krankenversicherung liegt dem Kongress folgender von den Zentralvorständen namentlich unterzeichneter Antrag vor:

Für den Fall, daß die in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Halbierung der Beiträge und der Berechnung für die Krankenversicherung Gesetz werden sollte, verpflichten sich die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften, dahin zu wirken, daß die Gewerkschaftsbeiträge um denjenigen Betrag erhöht werden, den die Arbeiter infolge der gemindertem Beitragzahlung zur Krankenversicherung ersparen. Die dadurch erzielten Mehreinnahmen sollen dazu verwendet werden, den Einfluß, der den Arbeitern innerhalb der Verwaltung der Krankenkassen genommen wird, durch verschärften gewerkschaftlichen Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete zu erweitern, um so den der Arbeiterklasse durch die Reichsversicherungsordnung zugefügten Schaden auszugleichen.

3. Auf die im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt Tätigen.

Der Begriff des Betriebsunfalls ist auszudehnen auf die Unfälle auf dem Wege nach und von der Arbeit. Gleich den Unfällen sind die Gewerbe- und klimatischen Krankheiten zu einschließen. Die Träger der Unfallversicherung haben vom Tage des Unfalls an einzutreten. Die Rente hat in voller Höhe den de- und Verletzten, seinen Angehörigen oder Hinterbliebenen erwachsenden Schaden zu ersetzen. Sie ist unter voller Anrechnung des wirklichen Arbeitsjahresverdienstes unter Einhaltung einer Mindestgrenze zu berechnen. Den Versicherten ist sowohl bei Erlaß und bei der Durchführung der zu erweiternden Unfallversicherung bei der Ermittlung des Unfallherganges und bei der Rentenfestsetzung entscheidende Mitbestimmung durch gewählte Vertreter aus ihren Kreisen einzuräumen. Entschieden wendet sich der Kongress gegen alle Vorschläge, die eine Verschlechterung der bisherigen Bestimmungen bedeuten.

Zur Begründung führte der Referent Wiffell aus: Die Unfallversicherung beruhe auf der Idee, der Produktion die Kosten aufzuerlegen, die aus der gefährlichen Tätigkeit in der Produktion entspringen. Man habe sich endgültig freigemacht von der Idee, den einzelnen Unternehmer oder Arbeiter für den Unfall haftbar zu machen. Deshalb sollte man auch endlich alle Produktionsbetriebe voll gegen Unfall versichern. Der Entwurf halte aber weiter an Abgrenzungen fest, die zu geradezu komischen Resultaten im einzelnen führen. Auch die Gewerbekrankheiten seien noch immer nur zum kleinsten Teil als Unfall anerkannt. Ein schwerer Schaden sei das Nichteingreifen der Berufsgenossenschaften in den ersten 13 Wochen nach dem Unfall. Für die Unfallversicherungsbedingungen geben die Berufsgenossenschaften erst 1 Prozent Einnahmen aus. Hier müsse durch Beteiligung der Arbeiterschaft die wichtigste Aufgabe der Unfallversicherung viel energischer abgefaßt werden. Im ganzen Härte der Entwurf die Stellung der Berufsgenossenschaften gegenüber dem Verletzten, so daß er ihr geradezu als hilfloses Kind gegenübersteht. Noch vor dem ursprünglichen Entwurf sei die Regierung vor dem Widerspruch der Scharfmacher zurückgewichen. So zeige das Unfallgesetz keine Spur einer ehrlichen wirklichen Sozialreform, die die Arbeiter verlangen könnten, die Leben und Gesundheit im Dienste des wirtschaftlichen Lebens aufs Spiel setzen.

Im Anschluß hieran referierte Paul Müller-Samburg über Seeunfallversicherung. Im Namen von 75000 versicherten Arbeitern der seemannischen Bevölkerung erklärte er die Vorlage für gänzlich unannehmbar, ja für kaum diskutabel. Die ganze Vorlage stelle eine Reform nach rückwärts dar und sei nicht wie Simonade. Die „gottgewollten Abhängigkeiten“ des preussischen Ministerpräsidenten hätten sich in dieser Vorlage zur Lächerlichkeit und Halbheit ausgewachsen. Kein Wunder, daß die Meeresvollständig mit der Vorlage einverstanden seien. Der Kaiser habe in seiner Rede in Breslau gesagt, daß die deutschen Arbeiter bis ins höchste Alter versorgt seien. Durch den Entwurf werden sie aber bis ins höchste Alter verhöhnt. (Lebhafte Beifall.) Zur Reform der Arbeiterversicherung sei kein Diktator, sondern nur ein fürchtloser Mann notwendig, der die Rute der Scharfmacher nicht fürchte. Redner läßt dann im einzelnen an den Versicherungsbestimmungen für die seemannische Bevölkerung, an ihrer Ausdehnung von der obligatorischen Krankenversicherung und ihrer Stellung in der Unfallversicherung einschneidende Kritik. — Noch immer gehen in Deutschland eine Menge seemannischer Schiffe heraus, und nur eine weitgehende Beteiligung der Arbeiter an der Kontrolle der Unfallversicherungsbedingungen werde Leben und Gesundheit der deutschen Seeleute besser schützen. (Lebhafte Beifall.)

Als letzter Referent sprach Landtagsabgeordneter Timm-München über: Invalidenversicherung. Er begründete folgende Resolution:



Franz Ebert

Sachsens größtes Spezialhaus f. Damen- u. Kindergarderobe.



Sonder-Angebot!

1 grosser Posten

Wasch-Blusen

Wasch-Bluse aus Seiden-Batist m. breiten Spitzen-Einsätzen . . . Mk. 1.75

Wasch-Bluse Hemdfassons, aus unifarb. Leinen Mk. 3.50

Wasch-Bluse aus Crepon mit seitlichen Jabots, in all. Farb. vorrätig Mk. 5.—

Wasch-Bluse aus schwarz-weiß gestreiftem Batist mit Hohlraum und seitlicher Plissé-rüsche . . . Mk. 6.75

Wasch-Bluse ganz aus Madeira-Stückerei, in allen modern. Farb. Mk. 8.—

Mädchen-Kleider und Paletots

Knaben-Anzüge und Paletots

Kostüme u. Kleider

Wasch-Kleider in grosser Auswahl, aus Percal, Leinen, Batist, Organdi etc. Mk. 5.50 8.50 12.— 18.— 21.— etc.

Wasch-Kostüme in weiss und allen Modefarben Mk. 15.— 19.— 22.— 27.— 31.— etc.

Garnierte Kleider aus Wollbatist, Voile, Kammgarn, Phantasie-stoffen und Seide Mk. 26.— 34.— 39.— 45.— 55.— etc.

Jacken-Kostüme geschmackvollste und eleganteste Ausführung, neueste Stoffe Mk. 17.— 22.— 29.— 35.— 42.— etc.

Halbfertige Roben in Batist, Tüll oder Seide Mk. 8.75 10.50 17.— 21.— 30.— etc.

Morgenröcke — Matinés aus Wachstoffen, Wollmusselin, Krepp u. Seide Mk. 3.— 5.— 7.25 12.50 15.— etc.



„Regina“ Jackenkostüm aus hellgrünem Kammgarn, Jackett mit Rips-Schultragegen. Gürtel-Knopfknäsuren auf Seidenfutter Mk. 42.—

In reinwollen, blauen Cheviot . . . Mk. 28.—

Paletots u. Umhänge

Farbige Jacketts u. Paletots in den modernsten Mustern Mk. 5.50 8.— 12.— 18.— 25.— etc.

Jacketts u. Frauenpaletots aus Corkscrew, Kammgarn und Tuch Mk. 7.— 16.— 25.— 32.— 40.— etc.

Staub- und Regenmäntel aus imprägnierten wasserdichten Stoffen Mk. 4.50 6.50 10.— 14.— 18.— etc.

Spitzen-Fichus u. Umhänge in aparter Ausführung Mk. 3.— 7.50 13.— 18.— 21.— etc.

Regen- u. Touren-Capes aus wasserdichtem Loden mit abknüpfbarer Kapuze Mk. 8.50 9.75 11.— 15.— 18.— etc.

Golfjacken aus weisser und farbiger Wolle Mk. 8.50 10.— 12.— 15.— 20.— etc.

1 grosser Posten

Wasch-Kleiderröcke

Wasch-Kleiderrock aus weissem Piqué Mk. 4.75

Wasch-Kleiderrock ganz in Falten, aus weissem Piqué Mk. 7.75

Wasch-Kleiderrock für Backfische, aus weiss. oder basfarbigem Leinen Mk. 9.—

Wasch-Kleiderrock mit Sattel, aus weissem Piqué Mk. 9.75

Wasch-Kleiderrock aus Leinen, mit tiefem Sattel, Einsatz und aus-springende Falten Mk. 13.—

Unterröcke

in Seiden-, Wasch- und Wollstoffen.

Meine 8 grossen Schaufenster bitte ich zu beachten.

Bonella

Köstlicher Geschmack u. feinstes Butteraroma
zeichnen die allorts beliebte und gern gekaufte Pflanzenbutter-Margarine

als anerkannt besten Butter-Ersatz aus.

Bonella wird aus dem reinen Pflanzenfett der Kokosnuss unter Zusatz von Sahne und Eigelb hergestellt.
Bonella stellt das Feinste dar, was in diesem Produkt in den Handel gebracht wird.
Bonella kommt in jeder Verwendungsart **bester Naturbutter** gleich.

Alleinige Fabrikanten:
Wahnschaffe, Muller & Co., G. m. b. H., Cleve a. Niederrh.
Filiale: **Leipzig, Eutritzscher Str. 20.** Teleph. 2052 und 1510.

Sie sparen

erstaunlich viel Zeit und Kraft und schonen Ihre Wäsche beim Gebrauch von

„Ozonit“

(Prof. Glasser's Patent)
das moderne Waschmittel.

Überall erhältlich.

Das. gesch.

zur Maifeier

empfehlen wir

Maigedenklblätter Preis 15 Pfennige	Wiener Maizeitung Preis 20 Pfennige
Maizeitung Preis 10 Pfennige	Maipostkarten in verschiedener Ausführung

Leipziger Buchdruckerei A. G.
Tauchaer Strasse 19/21 (Abteilung Buchhandlung).

Sternwartenstr. 27
Nähe der Markthalle [4930*]
Rossschlächterei
Schellenberger
Prima Rossfleisch

Zahn-Atelier
Minna Torton
Wilsdorfstr. 45, I. Tel. 10875.
Künstl. Zähne v. 1.25 Mt. an.
Plomben v. 1 Mt. an. Reparatur.
fort. Bill. Preise. Schmerzlose,
schöne Behandlung. Filiale:
Go., Pegauer Str. 5, I. [8837*]
Teilzahlungen gern gestattet.

Reisfelder taucht man direkt b. Gabelt
Jul. Treiber in Grimma 100
langem 40 60 70 80 100
MT. 0.30, 4.00, 6.—, 7.50, 9.00, 11.50, 14.—

Pluto-Brikett [1748*]
bei Abnahme von 50 Zentner
63 3/4 frei Keller
53 3/4 ab Lager.
Eilenburger Bahnhof.
Tel. **H. Pollzien.**

Phönix-Kraft-Briketts [2742*]
per Zentner 68 3/4 ab Lager.
Wilh. C. Reinicke, L.-Sellerh.
Bennigsenstr. 2/4. Tel. 14473.
Kluge Frauen
gebrauchen nur meinen neuen,
amerikanischen Spülapparat mit
Mittelträger. Herzl. empfohlen.
Preis 4.50 Mt. **G. Blecher,**
Leipzig, Talstraße 27, I. *
Kammerjäger Wagnerwohnst. 14
Leipzig, Antonstr. 14

Zahn-Atelier
Willy Schult
Peterssteinweg 10, I.
Ecke Münzgasse.
Teilzahlung ermöglicht.
Fernspr. 10352. *

Rechtsstaat u. Klassenjustiz
von Dr. Karl Liebknocht.
Preis 20 Pfa.
Volksbuchhandlung Leipzig
Tauchaer Straße 19/21.

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.

Osten.
Schönefeld, Südstr. 23, Wohnung.
z. 1. Juli v. 800—400 Mt. a. verm. *

Westen.
Klitzsch, Markranstädter Str. 31, 2. ob.
m. Wohnz. v. 3. erst. b. Panom. III. r.

Verkäufe und Käufe.

Tischlereim. Masch.-Betrieb
nur Fränkischh. m. 3—1000 Mt.
Anzahl. sof. a. verkauft. Rest bleibt
steht. Off. u. P. 98 a. d. Exp. d. VI.
Pa. Rindh. 4 Pf. 70, herb. 80, a. An. 00,
Schwefel, Rauch, Kente, Samm.
80, Stetel. 90, gew. Rind. u. Schw.
Pl. 80, Hammelfleisch 70 u. 80 a.
Fleischerei, Plagw., Klagenstr. 2. *

Trauringe 4 Mk. an.
Gustav Kaniss
Tauchaer Strasse 6.
10 Prozent Rabatt. [11332*]

Sie staunen
von Studenten, Kavaliere,
Doktoren und nur von besseren
Herrschaften wenig getragene
Anzüge, englische Stoffe, Wash-
arbeit, reimoollene Sachen, welche
neu bis 100 Mt. gekostet haben,
8 12 15 18 22 Mt. Sommer-Paletots
steht billig. Eleg. Frack u.
Gehrockenstücke steht billig. [7924*]

Kanner, nur
Plauensche Str. 11, I.
Nähe Brühl.

Neubetten
Kleider- u. Kostümstoffe
Selt. Gelegenheit!
1 groß. Post. Möbel, teils verflücht.
gewef., teils zurückerk., sof. bill. a. v.
Gekauft. f. u. feil. bleibt. Dugstr. 2, I. *

Theodor Schulze
Eiffenstr. 34, an der Sophienstr.
Barchentkleider, weisse Hemden
Unterbekleider, Strümpfe
Normalwäsche
Schürzen, Krage, Schlipse
in gut. Auswahl zu bill. Preisen.

Vitrage
billig, ordn. und weiss gestreift,
fertige Fenster 3. u. Gardinen.
Nette sehr billig.

Elisabeth Heidorn Dorothea-
strasse 2.

Teppiche
mit kleinen Webeschlern, spott-
billig zu verkaufen.
Salzglaschen 7, Hof I. *

Möbel ganze Wirtschaften
Nussb. Schr. 22, Vertiko 25, Bettst.
m. Mat. 14-18, Kom. 12, Auszieht,
Stegt., Essst., Schreibsch. v. 20 an,
Schreibt. 20-100, Pflüschs. 30-80,
Ripsofa 14, Pflüschgarn., Küchen-
einr. 48-90, Pfl.-Sp., Trum.-Sp. 33,
Vorsaalchr., kompl. Schlaf. nussab.,
Büfett, echt. Schr. u. Vertiko, engl.
u. franz. Bettst. m. M., Salonisch,
Vorsaal-Viole.

Möbel
kompl. Wohn- u. Schlafzim.,
modernschöne Einrichtungen
zu billigen Preisen.
Günstige Zahlungsbeding.
Humboldtstr. 18
O. Krause, (gegr. 1868). *

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren
in Ausw. G. S. Keller,
Thunberg, Reigenhain. Str. 49.
Eleg. Säulen-Pflüschsofa
umfrändch., 30. A. Weststr. 6, S. P. *

Sofa 12, Stühle 2, Stegtisch 7,
Vertik. m. M. 15, Mischschrank 12,
gr. Trum.-Spiegel 30, Schrank 15,
Vert. 25, ganze Wirtschaft, spottb.
Ransdörfer Steinweg 33, I.
Nussb. Wirtschaft verk. billig
Klitzsch, Klarastraße 6, pt. I. *

Einer sagt es dem andern!
dass man **Fahrräder, Laufdecken, Luftschläuche, Lampen, Glocken, alles Zubehör** sowie **Musikinstrumente, Sprechmaschinen, Schallplatten** usw. schon seit acht Jahren in besten Qualitäten zu billigsten Preisen nur bei

Fahrrad-Beyer, Zschochersche Str. 59
Dresden Str. 29, kauft.
Stets Gelegenheitskäufe am Lager!
Alle Räder werden in Zahlung genommen.

Teilzahlung bei geringster Anzahlung!
kleinste Raten! Streng diskret!

Weisse u. rote Speisekartoffeln
pro Zentner ab Hof 2.00 Mt., frei Haus 2.25 Mt.
Salatkartoffeln
pro Zentner 2.75 Mt., verkauft [0681*]

Leipziger Westend-Baugesellschaft
L.-Lindenu. — Fernsprecher 3187.

Singer-Nähmaschinen
v. 15. A an, gebr., j. vt. bei
Schuhb. Petersstr. 84, P. *

Gebr. Nähmaschine f. 15. A j. vt.
Plagw., Elisabethallee 50, I. r.
Nähm. 22. A. R. - Heine-Str. 118, II. I.
Die besten u. leistungsfähigsten

Strickmaschinen
Hef. Hugo Günther, Zeitzer Str. 9
Patent-Zins u. ältestes Strick-
maschinen-Geschäft!

800 Fahrräder
die neuesten Modelle 1910 sind
abermals eingetroffen, darunter die
unverwundlichen **Triumph-Fahrräder**
sowie allererzte Fabrikate.
Pa. Fahrräder, 55, 60, 65, 74 A. r.
1000 Laufdecken, nur frische
Ware, von 1.60 A an.
Pa. Luftschläuche v. 1.75 A an.
Geleg. Pa. Carbid-Laternen! 2 A.
Bequeme Teilzahlung! *
Sonnentag Beschäftigung gestattet!

Leipziger Fahrrad-Industrie
Rich. Stölzel
nur Sebastian-Bach-Str. 39/41.
F. Dam.-Rad b. Mathausstr. 14, III. I. *

Neu eröffnet!

Kinderwagen 18.—
Sportwagen 4.—
Kinderbett 10.—
Kinderstühle 55 3/4
do. m. Tisch 3.90
Korbwaren *
große Auswahl
erh. Ste. utrg. so billig wie bei

Kinderwagen-Kiesling
Plagwitz, Karl-Heine-Str. 70.

Gebr. Kinderwagen zu verk.
Rauhbürger Straße 15, I. I.
Kinderw. bll. Seeburgstr. 70, Laden.
W. mod. Kinderwagen, wie neu,
bll. W. u. Elisabethstr. 10a, I. W.
Fast neuer Kinderwagen billig
Kolk., Eisenbahnstr. 08, P. I. I.
A. u. Sportw. Weihenf. Str. 35, II. I.
Fast neuer Kinderwagen zu verk.
Vind., Kanferstr. 46, Tr. A, III. I.
Sitz u. Liegewagen, Kinder-
stuhl, j. v. Gohl., Georgstr. 32, III. r.
Gebr. Sitz u. Liegew. m. G. M.
zu verk. Eisenbahnstr. 13, P. II. I.
Bll. Sportw. Mathausstr. 14, III. I. *

Beste Speisekartoffeln
Prima Magn. bon. Up to tade,
billigt ab Keller und frei Haus.
Runde weiße ab Keller a. Tr. 2 A.
K. Weiser, Eisenb. Str. 10, Tel. 8740.

Roggenflüß
beseitigt sof. radikal Haarelement.
Entfernt die lästige Schuppen. Ver-
fübrert d. Haarwuchs. Angenehm
duftend, a. Pl. 50 d. Zu haben in der
Engel-Apothekensinf. Drogerien. *

Gr. Auswahl prämi. Kanarienvogel,
Gedebauer, Nistkästen,
Nester, Charpte, Eierbrot, hochf.
Sommerblü., sow. alle Sort. va.
Vogelfutter empf. Maxkrall, Querstr. 17.

Bruteler, jäh. Langh., St. Grundm.
u. Kellerm., St. 25 3/4, a. Ringen u.
Schönh. gez. Buchtaub. R. u. V. L.
Mamm. j. Dec. R. Weiland, Imnitz *

Bibliotheks-Schrank auf dem
Verens-Schrank, zu diesem
Zweck geeig., bill. zu kauf. gesucht.
Kugeln. u. B 2 an die Exp. d. VI.

3-4 M. täglich
kann man zu Hause mit Stricken f. und u.
Private auf unv. erkl. Strickmaschine
verlernen, die wir mit 50 A Anzahlung
u. bequemer Teilzahlung liefern unter
Garantie dauernder Arbeit *
beim Stricken für und. Internen gratis.
Streng reelles Unternehmen.

Strickmaschinen-Betriebsgesellschaft m. b. H., Köln.
Vertr. durch: **Rudolf Seidel, Leipzig, Gailische Str. 3.** [548]

Patentbureau Anger & Ulich, Grimmalscher
Steinweg 16, prüfen Ideen kostenlos.
Vorzügliche Verwertung.

Otto Winklers
Kinderwagenhaus
Johannissgasse 10. *

Reisekörbe POPP, Panorama.
S. u. Gesch.-Wg. Rabat 50, Tel. 5974.

Hobelt, Kuchent., Schrl. Waschl.
bll. j. v. Klitzsch, Wiganstr. 20, II. I.

Guterh. Grubeofen und guterh.
Platen. Rod., Selvs. Str. 72, II. r.

Beste Speisekartoffeln
Prima Magn. bon. Up to tade,
billigt ab Keller und frei Haus.
Runde weiße ab Keller a. Tr. 2 A.
K. Weiser, Eisenb. Str. 10, Tel. 8740.

Möbeltransporte
auch mit Rollwagen.
Auswärtige Transporte
Lagerung
Hans Eißner
Rauhbürgerstr. 14, III. I. *

Carl Schneider Nachf.
Leipzig
Eutritzsch Str. 20, Freil.-Bbl.

Arbeitsmarkt.

Perfekter Messerschleifer
für Papierschneidmesser auf
Schleifmaschinen erhält dauernde
Beschäftigung bei [8821]
E. R. Ackermann, Chemnitz.

Tüchtige Plätterin gef.
Eutritzsch, Deltischer Straße 41.

Vermlachte Anzeigen.

Rat
in all. Rechtsang., schriftl. Weidtl.,
Steuerrell., Schuld-u. Klagefch.,
Geschfde, Eingaben, Testamente
u. dgl. **Paul Kaiser, Reichstr. 23, II.**
Schriftl. Arbeiten, Unfallsachen
Gesch.-An- u. Verk. **Pohlmann,**
Blümenstr. 3, II. P. 2, a. Sonntag. *

Damen- u. Kindergarderobe
fertig! Gohlis, Georgstr. 82, III. r.

Gesunder Stammhalter
angekommen. Soherfreut
E u. f. f. d., den 25. April 1910.
Böckernstr. Otto Ziesche u. Frau Ella geb. 1. M. H. r.

Der Feigling.

Novelle von Felix Braun.

Nachdruck verboten.

(Schluß.)

Franz Döllriegel sah vor seinem Schreibtisch und unterzeichnete mit großem Zug das Testament, an dem er sich den ganzen Tag lang gemüht hatte; um sich zu betäuben — wie er sich einredete: um sich stark zu zeigen, sich aufrecht zu halten. Schon der Eltern wegen zwang er sich; sie dachten, daß die Sache nicht leicht zu machen wäre. Franz entsann sich ihrer: noch wie hatte er des Vaters Bild so glütig, die Gestalt der Mutter so zülfend schaut, ihr Haar so rührend schlicht gesehen. Er sah die Mutter an seiner Leiche zusammenstürzen, er sah den Vater wortlos stehen, mit dem Weinen ringen und dann in Schluhen ausbrechen, daß es ihm nur so schüttelte — und er erinnerte sich eines Vorfalls aus seiner Kinderzeit, da es den Vater auch so ins Weinen gestochen hatte. Schluhen drang ihm aus dem Herzen aufwärts in die Kehle; er wußte: dies ergreift ihn am schmerzhaftesten. Dann dachte er an die Luise, für die er starb, und ein wohliliges Gefühl erfüllte ihn, er empfand sich stolz werden, er redete sich auf, er wuchs und spürte die Kraft in den Armen. Starb er denn? Wachte er denn herbei? Warum gleich herbei? Was ob es nicht genug an Schmerz und Schmach wäre, verwundet, als Ueberwundener aus dem Kampf zu scheiden. Und er entsann sich dessen, daß man sich im Duell ohne Oberkeiler gegenübersteht. Er schloß die schweren Säbel und wie der Griff seine Hand niederzog — er schloß das Ungeübte der schwingenden Bewegung voraus und dann — aber da stieg ihm das Blut ins Gesicht — wie die fremde Waffe irgendwo in seinem Körper einschlug — Ah! er laut — Blut strömte — das Schärfe der Wunde schmerzte heiß, er kam ins Wanken, er schauerte; abwechselnd wühlte zitternde Hitze und Kälte über seinen Leib hin . . . und wie er so ohne Gedanken ins Leere stierte, sprang ihn plötzlich die Angst an, und nun sah er nur noch das eine: sich selbst, liegend im gestreckten Lauf, alle Schreden der furchtbaren Träume hinter sich wissend — immer schneller ins Unbewußte stürzend wie einer, der seinem eignen Schatten entzinnen will.

Er stand auf und ging auf die Straße. Längs des Donaukanals wanderte er, immer den Fluß aufwärts. Steilge, häuserlose Gegenden blühte ihn ungestört an. Er sah nicht hin — seine Augen schwebten immer über dem ruhig ziehenden grün-grauen Wasser. Da hinein sprangen — und alles hat ein Ende! Aber bevor das Ende kam! Und er sah sich mit dem Platen kämpfen, unterstufen und spürte das beklemmende Gefühl des Ersticken mit solcher Deutlichkeit, daß er fast aufschrie. Er zehrte um; seine Gedanken zogen ihn wieder zu dem großen Morgen hin. Morgen um diese Zeit war alles vorbei — da lag er tot; Dunkel um ihn, weißlos seine Seele, blind sein Bild. — Er sah es nicht! — Oder verstimmt! Er betrachtete sich, seine Hände, seinen Finger, er liebte sich so! — Aber als er schon nahe seinem Hause war, ging ein Vögelchen über seine Nase. Denn daran hatte er gar nicht gedacht: daß der andre ebenso unterliegen konnte. Und nun wußte er, daß der andre unterliegen mußte — er, wie er das wußte! Wie überzeugt er davon war! Er sah sich hochragend stehen und dem Liegenden das Leben schenken und die Luise kam — o! — und lächelte ihn himmlisch an und lächelte ihn wohl gar — weint wie kindlich er war! — aber sie drückte ihm die Hand und sagte mit ihrer warmen Stimme: „Sie lieber Franz!“ . . . o, wie glücklich er war — ganz glücklich — so leicht schloß er seinen Schritt . . . und: wie gut er schlafen würde! O, es würde eine köstliche Nacht sein!

Er nahm — in heiterem Gespräch mit seinen Eltern das Abendessen. Gegen halb zehn erhob er sich, Müdigkeit voranschickend, und begab sich in sein Zimmer, das, von der Wohnung getrennt, durch den Gang zu erreichen war. Mühsam zog er sich aus, löschte das Licht und legte sich in das Bett, dessen frische Kissen sich wohl an seinen Körper schmiegte.

Er drückte die Augen zu und bat den Schlaf; kommt! Aber der Schlaf kam nicht. Seine Augen wollten nicht geschlossen werden, öffneten sich weit, bohrten sich ins Dunkel. Er drückte einen Finger auf ein Auge: bunte Kreise und Flecken schwebten lautlos. Eine Zeitlang vergaßte er sich an dem farbigen Spiel. Träume kamen. Unruhe warf seinen Körper hin und her. Angst schloß durch sein Herz, regungslos stand das Bild des Morgens mit dem blendenden Wasser vor seinem immeren Bild. Alle Leidenschaften vom Tage erwachten wieder, verstärkt, und durch die Tiefe der Nacht ins Abenteuerliche gerückt. Niemand beschrieb die Qualen, die diese Schlaflosigkeit wie aus unerklärlichem Willkür über den Schwermütigen ausschüttete. Gegen drei Uhr stand er auf und schied sich an. Bis vier Uhr wartete er — er öffnete die Fenster; der Himmel war nächtlich, einzelne Sterne standen verbläut, zitternd in den wolkigen Schleiern, die sich, einer um den andern, zu Wolk schienen. Er wußte: noch eine Stunde — dann mußte er sein Leben hinlegen, und dieser Gedanke erschütterte und erschreckte ihn plötzlich so, daß es ihm nur noch eine Gewißheit gab, die, zu stehen.

Seine Hand ergriff er und stieß, sperrte die Tür auf und ging die dunkle Stiege hinab. Geisterlich war der Widerhall, grauenvoll still die Tische, ahnende Luft. Er mußte in das Souterrain, zum Hausbesorger, hinfestigen. Der kam mit dem Bild, ein alter Langbart in grauem verfilzten Schlafrock und mit Kapverenden Holzschuhen. „So früh auf, Herr von Döllriegel? — Wohl zu geschä!“

„Auf die Luft — ist zu heiß — kann nicht schlafen . . .“
„Er sammelte nur so. Der alte Knecht mit den Schläffeln.“
„Es ist geschä!“ In dem Augenblick erschloß die Türe schritt durch den Flur. „Da kommt wer a'haus“, sagte er, „das mach ma sel' zamm!“ — „Wer wirds denn nur sein?“ fragte er sich, ohne sich um Franz zu kümmern, der an allen Wiedern zu leben begann. Eine Ahnung stieg in ihm auf — — — und in der Tat: als der Hausbesorger öffnete, stand Franz seinen beiden Sekundanten, dem Vercher und dem Fiedl, gegenüber, die sich mit schiefem gespieltem Erstaunen und, wie es dem Franz schien, einem Anlauf von Lächeln anfaßen.

„Gast du aber geschä!“ sagte der Fiedl.
Franz sagte sich: „Was ihr kommts — da Wunt einer verrecken!“

„Hol!“ widersprach der Vercher: „Is noch langmächtig viel Zeit!“

„Wer hat denn die Säbel?“ fragte Franz, mit aufeinander schlagenden Fäusten.

„Der Baron — wie heißt er nur schmä!“ antwortete der Vercher — „der mit'n böhmisch'n Namen — no bu weißts ja, Fiedl!“

„Gollatschek“, erwiderte der mit gereizter Würde.

„Ja“, hauchte der Franz.

„Und jetzt rasch ein'n Einspänner!“ sagte der Vercher und ging voraus. Die beiden folgten. — Nach einigen Minuten jubelten sie dem Prater zu.

Langsam ward kein Wort laut. Unhörbar zitterte die Erwartung, die Bangnis der Erwartung in ihnen. Franz sah, weit zurückgebogen, die Hände fest auf die Knie gestemmt, um das Bittern niederzupressen, das oft so stark ward, daß er meinte, die andern müßten es hören. Es war ein surrendes Geräusch, wie der Gang einer leichten Maschine, und gab im Herzen schwerfälligen Widerhall. Als und zu öfnete Franz den Mund, um den tiefen Nebel von Atem, der sich in seiner Kehle ansammelte, herauszuschweben zu lassen. Aber der Nebel lastete nur und fiel in Schladen auf sein Herz.

Stern an Stern erschloß. Die Wände der Häuser wurden strahlend bleich. Der ganze Himmel schien auf einmal zu sinken: ein Schleier, schwebte er ausgebreitet abwärts und löste sich ins Leere. Ein neuer, hellerer Himmel stand plötzlich da, tiefes Blau wartete hinter leichtem Gewöl. Die Helligkeit der vorgehenden Sonne durchdrang die ohnetheligen trüben Luft.

„Morgen ist“, sagte der Vercher, aufatmend.
„Gelt? Man spürt's ordentlich, das Licht?“ wandte sich der Fiedl an den Franz. „A Kraft könnt' ma davon krieg'n.“

„Dass glaub' i“, sagte der Vercher. „Wann i an dem Franz seiner Sitz' war! — Magst tauschen mit mir, Franz!“

Franz, ganz im Dunkel des Wagens, bewegte den Kopf.
„Kah ermt!“ sagte der Fiedl. „Er is ja ganz hin!“

„Ich hab' nicht g'schlaf'n“, entschuldigte sich Franz. „Die ganze Nacht nicht. Mir is so bang um die Eltern gewesen.“
„Aber du Fiedler!“ tröstete der Vercher. „Warum denn? Was kann d'r denn g'sch'h'n bei dem Kinderpöhl? Kannst du mit'n Säbel unman hand't — du haust in d' Luft, und er haust in d' Luft — und nacha gebt's euch die Händ' und seib's wieder quat.“

Franz antwortete nicht. Auch die andern sanken in Schweigen. Der Wagen holperte durch die Praterstraße.

„Dast an Anst, jetzt, Franz!“ flüsterte der Fiedl, sich vordringend.
„Rein!“ erwiderte der laut und mit Festigkeit.

„So is recht“, brummte der Vercher. „Der verdammte Hund von an' Uniformierten!“

„Gibst was“, sagte jetzt der Fiedl, „wenn du dem Kerl an Dentsattel geben tästst! A so a' Kauter!“

Franz lächelte. „Schaut's nur, daß ich kein Krieg! — Aber wohin fahr ma denn?“

„Dintern Deustadelwasser is aus'macht wor'n.“ Der Vercher sah auf die Uhr. „Derrgott! — die werd'n schon warten auf uns!“ — „Weim Deustadelwasser halten!“ schrie er zum Kutscher hinauf. Der schien nichts gehört zu haben. Der Vercher richtete sich auf, Kopfe an das kleine Fenster hinter dem Kutschbock und schrie daselbe noch einmal. Der schlaftrige Kutscher wandte den Kopf und nickte. Die Peitsche knallte, die Jügel schwirrten, schneller liefen die Räder hin, Dampf an Dampf tauchte aus der Dunkelheit und schwand in die Ferne. Der Wagen hielt.

Der Prater war leer. Weißlicher Nebel stieg von den Wiesen auf. Leicht rauchten die Bäume. Tausch duftete das Gras, die frohe Luft brachte Kühle an die Wangen.

Die drei gingen längs des Deustadelwassers, aber dem Nebel schwebte, tief in den Wald hinein. Sie sprachen nicht. Alle drei hatten die Augen zur Erde gerichtet. Manchmal schlen es dem Franz, als könnte er nicht weiter. Seine Augen verloren die Kraft, die Gegenstände festzuhalten, seine Füsse verflachten: er hatte das Gefühl wie ein Fallender im Traum, nur mit dem Oberkörper in der Luft zu schweben. Seine Hände zitterten hörbar — aus seinem Herzen stieg ein Dampf aufwärts bis in die Kehle, ein andrer sank in seiner Schwere hinab und sammelte sich drückend in den Knien.

Und plötzlich standen sie in weiter Ebene. Franz sah den spitzbärtigen Oberleutnant und seine zwei Freunde, den Baron Gollatschek — dies war der kohlköpfige Hauptmann mit der Brille — und den brannen Oberleutnant mit dem dünnen Schnurrbart, einen Ritter vor Woodbach. Die drei Offiziere standen in lebhaftem Gespräch beisammen. Entfernt von ihnen tanzte ein kleiner alter Herr mit welchem Volkart im Grad auf einem Sattlung und bemühte sich, allerlei Instrumente und Verbandszeug aus einer Handtasche herauszubekommen. Dies war der Arzt.

Der Baron Gollatschek und der Ritter von Woodbach gingen auf die Ankömmlinge zu. Da eilten der Vercher und der Fiedl dem Franz voraus und trafen auf halbem Wege mit ihnen zusammen. Nachdem man sich begrüßt hatte, was von seiten der Freunde des Franz wohl etwas zu höflich geschah, blieb man in Beratung und flüsterndem Gespräch stehen. Franz, abseits von ihnen, schloß den Mund des gleichfalls einsamen Oberleutnants auf sich ruhen; er wagte nicht, ihn zu erwidern. Furcht lähmte ihn; er war wie eingepackt, ganz zusammengepreßt. Aber ein Wille, ein unanwendbar starker Wille hielt ihn aufrecht und zwang ihn, auf die Ereignisse zu warten, unter deren Ahnung sein Herz zu vernehen drohte.

Und auf einmal wichen die vier Männer voneinander. Das nurmelnde Gespräch erstarb, und das Wehen des Grasses ward laut in der Stille. Der alte Arzt erhob sich und sah Franz mit einem traurigen Blick ins Gesicht; der meinte hinauszuschweben. Die Bilder des aufgehenden Tages verschwammen vor seinen schleierverhüllten Augen, er hatte das Gefühl, schloß nach rückwärts in eine tiefe Dunkelheit zu sinken.

Ein lauter Ruf rief ihn empor. Der Baron Gollatschek hielt die beiden Säbel in der Rechten, so, daß die Klappern aneinander schlugen. Der Ritter von Woodbach trat mit freundsichtlichem Lächeln zu Franz und bat ihn, ihm zu folgen. Franz schleppte sich; er sah, wie sein Gegner schweigend nach, Wette, Kragen und Krawatte andog und ins Gras schlenderte. „Bitte, Sie auch!“ hörte er den Ritter von Woodbach sagen. Mechanisch tat er, wie ihm gefiel, was er. Der Fiedl half ihm und klüfferte ihm allerlei Aufgeregtes zu. Der Vercher nahm einen Säbel aus der Hand des Barons und trug ihn mit gestrecktem Arm und so, daß sich die jungen Sonnenstrahlen in der blinkenden Klinge spiegeln mußten. „Du hast“, sagte der Vercher zu Franz, der ungeschickt zugriff und, das kühle Eisen berührend, zusammenschrak und die Hände forzog. Der Vercher sah ihn groß an — da zwang ihn die Scham, und er sagte den Säbel an Griff; schwer zog ihn die Waffe nieder. Er verzweifelte, sie je schwingen zu können, und wie er so da stand, mit dem Gefühl des Unschicklich und der Unmöglichkeit, mit dem lauten und drängenden Geräusch, den klammenden Wangen, dem mühsam bewingenen Zittern in Händen und Knien —: schloß er plötzlich eine Nahrung und ein so kindliches Mittel mit sich selbst, daß ihm eine Träne ins Auge trat und, trotz aller angewandten Kraft, sie zurückzuhalten, herausdrang und über die rechte Wange an den Hals rollte.

Der Baron Gollatschek wurde — selbstverständlich — zum Duellleiter gewählt. Er trat jetzt vor, rief die Gegner mit Namen auf und forderte sie auf, einander gegenüberzutreten und die Waffen anzulegen. „So.“ — „Ich zähle . . .“

„Eins!“ — Die Säbel lagen aneinander.

„Zwei!“ — Einer der Säbel zitterte und schlug leise klingend an den zweiten, der gerade verharrte, ohne sich zu regen.

„Drei!“ Wie aus dem Schlaf sprangen die Waffen. Aus ihrem Kreisen entwand ein großer silberner Stern mit tausend Strahlen. Funken hüpfen und sprangen in das blinkende Regenschlag stritte auf Schlag, ward flach, wenn die Flächen aufeinanderklangen, ward dünn und spitz, wenn die Schneide auf die Fläche traf. Die Wächter der frechtenden verloren sich in dem Traum aus Eisen, der sie mit silbernem Schein bedeckte und in Strahlen zu den Zuschauern hinüberließ, die — mit Ausnahme des Arztes — alle gezückte Säbel führten. Alle waren wie vor einem welttragendem Sprung; sie hörten das Rechen, die unterdrückten Schreie der Gegner und lähnten den ziehenden Feind, sich selbst gegen sie und einander in ein tosendes Getümmel zu stürzen.

Der aber das Gesicht des Franz Döllriegel sehen können, den hätte höchstes Erstaunen gleichsam über sich selbst hinausgehoben. Was Furcht an diesen Augen war, sah sie alle Seiten verloren zu sein: ein wildes Feuer trug dieser Blick, in dem aller Haß, aller Neid, alles Hinabgewürgte und Verklüffte wie aufammengetragenes Meißel brannte. Seine Hand, des frechtens unkundig, schlug regellos und wirr hin, mit unglücklichem Geschick parierend, immer den schären Dieb des feindlichen Säbels knapp vor dem Ziel abwehrend und mit ungeschickter und ungriffliger, welcher, zuletzt leidenschaftlicher Beherrschung den Angriff suchend. Die Entschlossenheit des Preisdgebenden, die Gleichgültigkeit dessen, der das Licht zu den entbehrbaren Dingen geworden hat, rief diese dunkle Natur hin und auf und indem sie den letzten Rest von Mut in sich zu beleben suchte und alle Ähren ihres Wesens aufstieß, gewahrte sie kaum, daß durch diese alle zurückgedämmten Niedrigkeiten ihres geknechteten und unwürdigen Daseins in sie einströmten und sie auf ihren Gipfel brachten, ganz wie eine edle und erhabene Wälsung.

Auf einmal geschah das Staunenswerte: der Oberleutnant holte zu einem großen Schläge aus und blügend fauste die Waffe, aber das Haupt des Franz geschwungen, nieder; — der wich, bleich, des Todes sicher, mit ins Herz zurückgeschossener Furcht, wie wehrlos, zurück und hob den Säbel blind ins Leere. Aber der herabstürzende schlug, durch den Zufall gelenkt, auf den vorgehaltenen nieder, mit solcher Wut und Kraft, daß er in zwei Stücke zerbrach und mit schmerzhaftem Riß dem Schlagenden aus der unklammernden Hand stürzte. Auch dem Franz entfiel der Säbel, aber rasch blüete er sich, hob ihn auf und, ihn hoch schwingend, drang er auf den Wehrlosen ein. Der streckte die Hände vor, wollte sprechen, richtete einen entsetzten Blick auf den Nahenden — da schnitt ihm die rasende Waffe schon tief in die rechte Schulter, er laut — Schreie schollen. Die Sekundanten eilten vor, mit geschwungenen Säbeln. Galtruse, Waffenklirren, Ausrufe und Namen. Der Baron Gollatschek packte den Franz an der Schulter und schlenberte ihn fort, aber der, außer sich, aus aller Feigheit zu äußerster Erbitterung erwachend, ließ um ihn herum, trieb den Ritter vor Woodbach, der sich ihm in den Weg stellte, mit einem flachen Dieb zur Seite und schloß tief niederbeugend, hieb er auf den Liegenden ein . . . Blut strömte . . . er hieb und hieb . . . da traf ihn selbst ein Säbel von rückwärts — er stürzte und über den Oberleutnant stürzend, hieb er noch, hieb, hieb und hieb — —, bis sein Blick in Nacht sank und ausloß.

Das Gewicht der Atome.

Ueber Atomgewicht und spezifisches Gewicht, zwei Grundbegriffe der Chemie und Physik, herrscht vielerorts Unklarheit, die wohl daher rührt, daß es in der Tat einiger Aufmerksamkeit bedarf, um sich von diesen Vorstellungen ein klares Bild zu machen. Vor allem ist es das Atomgewicht der Elemente, dessen Verständnis vielen Menschen Schwierigkeit bereitet. Jedes Element, d. h. jeder Stoff, den wir mit unsern heutigen Mitteln in einfachere Bestandteile nicht zerlegen können, hat ein Atomgewicht und ein spezifisches Gewicht, die jedoch voneinander ganz verschieden sind. Während das spezifische Gewicht eine wirkliche Schwerbestimmung des betreffenden Körpers gibt, indem es ausfragt, um wieviel eine bestimmte Menge des Gegenstands schwerer oder leichter als die gleiche Menge Wassers ist, ist das Atomgewicht eigentlich gar keine Gewichtbestimmung. Die Bezeichnung „Atomgewicht“ ist vielmehr schlecht gewählt, weil man sich darunter meist ein bestimmtes Gewicht des einzelnen Atoms vorzustellen pflegt. Das Atom ist aber so klein, daß es in Wirklichkeit gar nicht wägbare ist, sondern nur die kleinste Einheit darstellt, aus der die einzelnen Elemente zusammengesetzt gedacht werden.

Das Atom, das in den Gesetzen der Chemie eine so große Rolle spielt, ist eine hypothetische Mengeneinheit, also in Wirklichkeit nicht wägbare. Was sagt man aber das Atomgewicht, das wir von allen Elementen bestimmen können, aus?

Rechnen wir ein Beispiel. Das Atomgewicht des Chlors beträgt nach den neuesten Untersuchungen 35,45; das des Natriums 23,05. Wenn sich diese beiden Elemente zu einem Stoff zusammenschließen, eine Verbindung bilden, so tun sie das stets in dem Verhältnis 35,45 : 23,05. Sie bilden in der Tat eine Verbindung, und zwar eine sehr bekannte, das Kochsalz, oder nach chemischer Bezeichnung das Chloratrium. In diesem Körper, der uns allen genugsam bekannt ist, sind die beiden Elemente immer in dem genannten Verhältnis miteinander verbunden; z. B. entfallen in jeder Menge Kochsalz immer auf Chlor 35,45 Teile, auf Natrium immer 23,05 Teile. Gabe ich gerade eine Menge von 58,50 Gramm Kochsalz, so wägen davon die Chlorbestandteile 35,45, die Natriumbestandteile 23,05 Gramm. Habe ich 100 Gramm oder eine beliebige andre Menge, so sind Chlor und Natrium immer in diesem konstanten Verhältnis miteinander verbunden; die absoluten Gewichtszahlen ändern sich natürlich je nach der Menge, die Verhältniszahlen zwischen Chlor und Natrium bleiben aber stets dieselben. Damit haben wir den Begriff „Atomgewicht“, der so leicht irreführen kann, vereinfacht. Die Atomgewichte der Elemente sind in Wirklichkeit gar nicht Gewichtbestimmungen in dem uns geklären Sinne, sondern Verhältniszahlen, die uns angeben, in welchem Gewichtsverhältnis die verschiedenen Elemente sich miteinander verbinden.

Die Bezeichnung „Atomgewicht“ ist allerdings insofern berechtigt, als die letzten Teilchen, die Atome, in die wir uns nach der Atomtheorie alle Stoffe schließlich zerlegt denken, ebenfalls nach demselben Verhältnis in Verbindung treten. Denken wir uns ein Atomen Chloratrium in allerfeinsten Teilchen zerlegt soweit, bis schließlich eine weitere Teilung nicht mehr möglich ist, so erhalten wir die mechanischen Urbestandteile des Chloratriums, seine Moleküle. Diese Moleküle sind auf mechanischem Wege in keiner Weise mehr zu zerlegen. Das Chloratrium besteht also aus Molekülen, von denen jedes einzelne noch die charakteristischen Eigenschaften dieser Verbindung haben muß. Nun wissen wir aber, daß Chloratrium aus Chlor und Natrium besteht; folglich muß jedes einzelne Molekül, das mechanisch nicht mehr zerlegbare Molekül besteht also doch noch aus zwei Bestandteilen. Um diesen Sachverhalt

Widerstand zu lösen, hat man angenommen, daß die Moleküle zwar mechanisch unteilbar sind, aber sich chemisch noch weiter zerlegen lassen, und zwar in die Atome.

Die Atome der verschiedenen Elemente sind nun verschieden schwer und treten zu Molekülen zusammen, die für die einzelnen chemischen Verbindungen charakteristisch sind. Im Molekül Chloratrium wiegt das Chloratom 35,45, das Natriumatom 23,05 Einheiten; das ganze Molekül 58,5 Einheiten. Weitere Zahl ist das Molekulargewicht der Verbindung Chloratrium, die beiden sind die Atomgewichte der sie zusammensetzenden Elemente. Insofern ist die Bezeichnung „Atomgewicht“ wirklich berechtigt, als schon die einzelnen Atome, wenn man imstande wäre, sie zu isolieren, in dem für jede beliebige Menge der betreffenden Verbindung charakteristischen Gewichtsverhältnis zusammenzutreten. Jede größere Menge der Verbindung besteht gewissermaßen aus zahllosen Einzelatomen, die Molekülen, in denen die Atome überall in bestimmtem Gewichtsverhältnis sich verbunden haben. Darum bleibt das Verhältnis für alle beliebigen Mengen der betreffenden Verbindung das gleiche; darum hat man ein Recht, dieses ständig gleiche (konstante) Verhältnis als Atomgewicht zu bezeichnen. Die Atome sind die kleinsten Teile aller Elemente, sie treten stets in demselben Gewichtsverhältnis zu Molekülen zusammen; folglich müssen diese Verhältniszahlen, da die Atome selbst nicht mehr teilbar sind, auch die wirklichen Gewichte der Atome darstellen, vorausgesetzt, daß es möglich wäre, sie zu wiegen.

Wenn man auch wiederholt versucht hat, die Gewichte der Atome und Moleküle mit unsern Waagen zu bestimmen, so haben diese Untersuchungen keine große Bedeutung für den Ausbau der theoretischen Chemie; immerhin ist man doch imstande gewesen, gewisse Substanzen, die sich durch einen äußerst intensiven Geruch, wie der Moschus, oder durch eine äußerst intensive Färbefähigkeit, wie einzelne Anilinfarbstoffe, auszuzeichnen, noch in einer Quantität von einem Millionstel Gramm und in noch geringerer Menge nachzuweisen. Wenn durch eine so unfaßbar kleine Gewichtsmenge noch ein Geruch oder eine Färbung hervorgerufen wurde, so müssen diese Erscheinungen mindestens von einem Molekül des betreffenden Stoffes verursacht sein. Es ist eine mühsame Arbeit, die absoluten Gewichte der Atome und Moleküle zu bestimmen, da die Atomtheorie dadurch in keiner Weise gefördert werden kann.

Die Atomtheorie, die heute die Basis der theoretischen Chemie bildet, wurde in der Form, wie sie annähernd für uns noch immer maßgebend ist, von dem englischen Gelehrten John Dalton (1766—1844) geschaffen. Das Gesetz, daß sich die Elemente stets in Verhältnis bestimmter Verbindungsverhältnisse, der Atomgewichte, verbinden, oder wie es auch kurz genannt wird, das Gesetz der konstanten Proportionen wurde durch den französischen Chemiker Proust gefunden und durch die inzwischen von Dalton aufgestellte Atomtheorie erklärt. Dieses Gesetz wurde dann von Dalton und dem berühmten schwedischen Chemiker Berzelius dahin erweitert, daß zwei Elemente nicht nur im Verhältnis ihrer einfachen Verbindungsverhältnisse, sondern auch einem Vielfachen davon zusammenzutreten können. Nicht immer ist es so einfach wie beim Chloratrium, das wir vorher zum Beispiel wählten. Das Verbindungsverhältnis des Schwefels ist 32,06; das des Sauerstoffs 16. Nun bilden 32,06 Teile Schwefel sowohl zweimal 16, als auch dreimal 16 Teile Sauerstoff. Es herrscht auch hier keine Willkür, sondern nach einer ganz bestimmten Gesetzmäßigkeit tritt auch hier die Verbindung zwischen Schwefel und Sauerstoff ein. Schwefel und Sauerstoff treten nicht immer in dem gleichen, dem konstanten, Gewichtsverhältnis miteinander zusammen, nicht stets im Verhältnis ihres einfachen Atomgewichts, aber doch im Verhältnis eines Vielfachen davon. Dieses Gesetz ist das der multiplen (vielfachen) Proportionen und wird wiederum in einfacher Weise durch die Atomtheorie erklärt.

Wenn sich stets ein Atom, also ein unveränderlich festgelegter Massenteil eines Elements mit einem Atom eines andern Elements verbindet, so muß das Gewichtsverhältnis immer gleich konstant sein. Wenn aber ein Atom Schwefel sowohl zwei Atome Sauerstoff als auch drei Atome Sauerstoff binden kann, so muß das Gewicht, mit dem der Sauerstoff an den betreffenden Verbindungen beteiligt ist, nicht dem einfachen Verbindungsverhältnis (Atomgewicht) entsprechen, sondern einem Vielfachen davon; in diesem Falle, dem Zwei- und Dreifachen. Es entstehen dabei zwei ganz verschiedene Körper, Schwefelmonoxid und Schwefeldioxyd, die insofern ihres verschiedenen Sauerstoffgehalts ganz verschiedene Eigenschaften haben. Die Menge des Sauerstoffs, die hier an Schwefel gebunden ist, ist aber in beiden Fällen keine willkürliche, wie man früher annahm, sondern eine nach dem Gesetz der multiplen Proportionen genau bestimmte.

Da von den bisher bekannten Elementen der Wasserstoff am leichtesten ist, hat man sein Verbindungsverhältnis, das Verhältnis, in dem er mit andern Elementen zu Molekülen zusammentritt, gleich 1 gesetzt. Er tritt mit dem Chlor zu dem Chlorwasserstoff zusammen; wie wir schon sahen, hat das Chlor ein Atomgewicht von 35,45, d. h. das einzelne Chloratom wiegt 35,45 mal so viel wie das Wasserstoffatom, oder Chlor und Wasserstoff treten immer in einem Gewichtsverhältnis von 35,45:1, bezw. nach dem Gesetz der multiplen Proportionen in einem Vielfachen davon miteinander in Verbindung. Im Chlorwasserstoff ist es nun tatsächlich so, daß nur je ein Atom der beiden Elemente zusammengetreten sind, also das Gewichtsverhältnis von 35,45:1 bestehen bleibt. Aus der Summe der Atomgewichte erhält man das Molekulargewicht der betreffenden Verbindung. Chlorwasserstoff ist kein Element, sondern eine aus zwei Elementen bestehende Verbindung. Eine gewisse Menge davon läßt sich also durch fortgesetzte Teilung, wenn wir die Atomtheorie zugrunde legen, nicht in Atome, sondern in Moleküle teilen; und letztere noch in je zwei Atome, in ein Atom Chlor und in ein Atom Wasserstoff. Die Summe der Atomgewichte dieser beiden Atome beträgt 36,45 und stellt das Molekulargewicht des Chlorwasserstoffs dar.

Was hat nun das Atomgewicht mit dem wirklichen, dem spezifischen Gewicht der einzelnen Elemente zu tun? Wie wir sahen, stellt es das Verhältnis dar, in dem die Elemente miteinander in Verbindung treten. Im Kochsalz oder Chloratrium ist ein Atom Chlor mit einem Atom Natrium zu je einem Molekül vereinigt. Das Atomgewicht des Chlors ist 35,45; das des Natriums 23,05. Damit ist ausgedrückt, daß ein Atom Chlor 35,45 mal, ein Atom Natrium 23,05 mal so schwer wie ein Atom Wasserstoff ist. Kann man dafür nun auch sagen, daß Chlor 35,45 mal, Natrium 23,05 mal so schwer wie Wasserstoff ist? Man würde einen großen Fehler begehen, den übrigens jedermann aus der Erfahrung heraus leicht korrigieren würde, wenn es auch nicht ganz einfach ist, sofort die Fehlerquelle zu entdecken. Die meisten von uns wissen, daß Chlor ein Gas ist, daß es folglich nicht auf schwerer sein wird als das Metall Natrium, das zwar zu den leichtesten aller Metalle gehört — es ist leichter als Wasser —, aber immerhin viele Male schwerer als Chlor oder andre Gase ist. Chlor ist allerdings 35,45 mal so schwer wie Wasserstoff, Natrium ist aber viele tausendmal so schwer. Hier liegt scheinbar ein Widerspruch, den wir lösen müssen. Der Grund dafür besteht darin, daß wir niemals Atomgewicht und spezifisches Gewicht einfach identifizieren dürfen. Beide Gewichtsbestimmungen sind ganz verschiedene Größen. Wir identifizieren sie aber, wenn wir sagen: Weil das Atomgewicht des Chlors 35,45 mal schwerer ist als das des Wasserstoffs, das des Natriums 23,05 mal schwerer, muß auch das spezifische Gewicht dieser Stoffe sich ebenso verhalten. Für das Gas Chlor trifft dies zu, weil, wie wir noch sehen werden, für die Gase ganz andre Gesetze maßgebend sind als für flüssige und feste Körper, für Natrium ist es hingegen ganz und gar unzutreffend. Sonst

würde es, da es ein kleineres Atomgewicht als Chlor hat, in der Tat leichter sein als dieses Gas.

Das spezifische Gewicht eines Körpers gibt an, wieviel mehr ein Körper wiegt als die gleiche große Menge Wasser bei einer Temperatur von 4 Grad Celsius. (Bei dieser Temperatur hat Wasser seine größte Dichte, folglich auch seine größte Schwere.) Gold hat ein spezifisches Gewicht von 19,3; Silber von 10,5; Natrium von 0,97; Petroleum von 0,89; Alkohol von 0,795. Die Gase haben ein so niedriges spezifisches Gewicht, sind so leicht, daß sie mit Wasser nicht gut verglichen werden können. Deshalb bestimmt man ihr Gewicht im Verhältnis zu einem Gas, zu atmosphärischer Luft oder zu Wasserstoff. Das Atomgewicht gibt nicht an, wieviel mehr ein Körper wiegt als die gleiche große Menge Wasserstoff, sondern wieviel mehr ein Atom dieses Elements wiegt als ein Atom Wasserstoff. In einer gleichen Menge zweier Stoffe brauchen aber nicht gleichviel Atome vorhanden zu sein; z. B. sind in einem Metall die Atome viel dichter gelagert als in einem Gas, deshalb sind feste Stoffe schwerer als gasförmige, wenn auch das Gewicht des einzelnen Atoms, das Verbindungsverhältnis bei festen Stoffen nicht schwerer als bei gasförmigen zu sein braucht. Ein Beispiel ist das Natrium, das spezifisch viel schwerer als Chlor ist, aber dennoch ein geringeres Atomgewicht hat. Dadurch, daß diese leichteren Atome viel dichter aneinander gelagert sind, wird das absolute Gewicht des Natriums doch viel größer als das des gasförmigen Chlors.

Von diesen Erfahrungstatsachen gibt es eine Ausnahme, die sich auf das besondere Verhalten der Gase bezieht. Der italienische Physiker Avogadro stellte im Jahre 1811 die Hypothese auf, die heute als allgemein gültig angenommen ist, daß in gleichen Volumina der verschiedenen Gase bei gleicher Temperatur und bei gleichem Druck gleichviele Moleküle enthalten sind. In dieser Annahme veranlaßte ihn das gleichartige Verhalten aller Gase, zusammengesetzter und elementarer, bei Änderungen von Temperatur und Druck. Damit war auch erklärt, warum das Atomgewicht der gasförmigen Elemente gleich ihrem spezifischen Gewicht ist, während, wie wir sahen, für feste und flüssige Elemente Atom- und spezifische Gewichte nicht identifiziert werden dürfen. Das spezifische Gewicht eines Gases gibt an, wieviel mehr es wiegt als die gleiche große Menge, das gleiche Volumen Wasserstoff. Nenn z. B. ein Liter Sauerstoff 16 mal so viel wie ein Liter Wasserstoff, so ist 16 das spezifische Gewicht des Sauerstoffs. Es ist aber auch sein Atomgewicht; denn nach dem Satz von Avogadro sind bei allen Gasen in dem gleichen Volumina gleichviele Moleküle vorhanden, folglich ist auch das Sauerstoffmolekül 16 mal so schwer wie das Wasserstoffmolekül. Nun ist aus andern Gesetzmäßigkeiten anzunehmen, daß die Moleküle aller gasförmigen Elemente zweiatomig sind, also bei gasförmigen Elementen in gleichen Volumina (Raumungen) auch gleichviele Atome vorhanden sein müssen, die allerdings nicht frei, sondern in Molekülen zu je 2 Atomen angeordnet sind, da freie Atome nicht existieren können. Wenn ein Liter Sauerstoff ebensoviele Atome wie ein Liter Wasserstoff hat und der Liter Sauerstoff 16 mal so schwer ist wie der Liter Wasserstoff, so muß auch jedes einzelne Atom 16 mal so schwer sein wie das Atom Wasserstoff. Also ist auch das Atomgewicht des Sauerstoffs 16.

Das Atomgewicht des Chlors ist 35,45; demgegenüber sein spezifisches Gewicht. Dies ist aber nur der Fall, weil Chlor ein Gas ist und Gase in gleichen Volumina die gleiche Anzahl von Atomen enthalten. Ganz anders liegen die Verhältnisse bei festen und flüssigen Elementen. Hier sind die Atome verschieden dicht aneinander gelagert. Jedes einzelne Atom nimmt nicht dieselbe Raumgröße ein, kann also nicht als Einheit für die Bestimmung des spezifischen Gewichts benutzt werden, bei dessen Ermittlung gerade gleiche Volumina der Körper verglichen werden müssen. Daraus beruhen die grundlegenden Unterschiede im Atom- und spezifischen Gewicht der festen und flüssigen Elemente; bei ihnen sind die Atome verschieden groß. Daraus beruht die Uebereinstimmung im Atom- und spezifischen Gewicht der gasförmigen Elemente; bei ihnen sind die Atome gleich groß.

G. G. Wolff.

Björnsterne Björnson †.

Als vor mehreren Jahrzehnten der gestern in Paris verlebte norwegische Dichter Björnsterne Björnson sich um ein Staatspensionarium bewarb, schrieb er seine gelebte politische, der sich für ihn verwandte, den Dichter Björnson möge er wohl, den Autographier und Politiker Björnson möge der Teufel holen. So ist es Björnson Zeit seines Lebens gegangen; er ist immer mit Vorbehalt geäußert worden: in der Regel ist seine dichterische Kraft unbedingt anerkannt, aber mit Bedauern der Einfluss des Politikers, Agitaturs, Journalisten hervorgehoben worden. Das lag natürlich nahe und ist verständlich; aber es ist grundfalsch. Denn es gehört zum Wesen Björnsons, daß er allzeit agitieren, irgendeine Sache vertreten mußte; die verschiedenen Ausstrahlungen seiner Persönlichkeit lassen sich nicht streng getrennt betrachten, etwa eine, wie seine Theaterleistung, sein Kampf um eine neue Rechtsprechung, als unbeachtlich aus der Betrachtung ausschalten.

Björnson hatte eine ungeheure Meinung von seiner Mission. Er fühlte sich in ausgesprochenem Maße als Mann der norwegischen Selbstständigkeit. Kaum daß er — geboren am 8. Dezember 1832 zu Aulne in Osterdalen als Sohn eines Pfarrers — als Student nach Kristiania gekommen war, mußte er seine Meinung über die Kristianiaer Theaterverhältnisse vor der Öffentlichkeit vertreten, und seit der Zeit hat er Jahr für Jahr im großen wie im kleinen, so lange er sprechen und die Feder führen konnte, in allem, was die norwegische Selbstständigkeit, sei auch, was die europäische Selbstständigkeit bewegte, Stellung genommen. Was er, B. B., über irgendeine Frage dachte, eine Frage der innernorwegischen oder der Kristianiaer Kommunalpolitik, eine literarische oder Theaterfrage, über ein neues Gleichverhältnis oder blasse Montanau für die Zeit der hellen Nächte, über Monogamie, Dreyfus, Jola oder irgendeinen kleinen Scribenten, der ihn gerade irritierte — alles das mußte vor der Öffentlichkeit gesagt und geschrieben werden; auch ganz persönliche Dinge, wie Familienangelegenheiten, Ordensgeschichten mußten der Welt unterbreitet werden. Björnson lebte von seinem 20. Jahre durchaus als öffentlicher Mann und schloß sich als solcher wohl. Er mußte sozusagen jede Stunde vor seinem Volke, später am liebsten vor ganz Europa leben.

Das ist oft mißbeutet worden. Und die Neugierungen eines solchen Lebens sind gewiß nicht immer erfreulich und geschmackvoll. Einer, der ihn gemalt hat, fand in seinem Wesen nicht nur etwas vom Priester und Patriarchen, nicht nur etwas vom großen Kind, sondern auch vom Komödianten. Und ein Kind und Komödiant mußte wohl auch der sein, der sein Leben so preisgab. Aber so unangenehm manches in Björnsons Wesen war — es hat keinen Sinn, verschweigen zu wollen, daß er oft den Eindruck eines unerhört lästigen Schwägers machte — es ist zweierlei nicht zu vergessen: einmal die ungeheure Lebenskraft, die in dem Manne wirkte und es ihm ermöglichte, sich förmlich auszugeben, dann aber seine Auffassung des Dichterberufs.

Wenn es das Wesen Björnsons ausmacht, daß er sich als Mann der Selbstständigkeit fühlte, so macht es das Wesen seines dichterischen Schaffens aus, daß ihm der Dichter durchaus Führer und Lehrer seines Volkes, später auch darüber hinaus: Lehrer der germanischen oder gar europäischen Welt war. Daher kommt die Harmonie seines Wesens. Was es zunächst beim Ueberblick über sein Leben den Eindruck machen, als habe er sich zerstückelt, so zeigt sich schließlich, daß die Art seines dichterischen Schaffens und die Art seiner ganzen Lebensführung weisungsgleich sind. Eins ist ohne das andre nicht zu verstehen.

Wenn wir nun aber diese Einheit verstehen, so heißt das noch nicht behaupten, daß Björnsons Kraft der Aufgabe, die er sich stellte, die Zeit seines Lebens gewachsen war. Wenn er Lehrer, Führer des Volks in Wahrheit sein wollte, so mußte er in seinem Wirken die Zukunftskräfte repräsentieren, die im Volke emporbrannten — und das tat er, als er auftrat, und lange Kampfsahre hindurch, während er später sich wohl jugendlich fühlte, aber nur zu oft die Jugend und die Kräfte, die sie repräsentierte, nicht verstand. Sein Schaffen fällt in die Zeit des Abschlusses der nationalen Erhebung Norwegens, die äußerlich 1805 die Proklamierung der Selbstständigkeit krönte. Björnson ist der Dichter dieser Periode der Erhebung, und so weit er dies ist, wie man so sagt, unsterblich.

Als Dichter debütierte er bekanntlich mit Bauernergählungen. 1857 erschien Synnöve Solbakken, 1858 Arne, 1860 der frohe Burck. Diese Bauerngeschichten waren nicht bloß künstlerische Taten, sie standen im Dienst einer großen Bewegung, die die norwegische Erhebung zum Siege führen sollte. Der norwegische Bauer mußte mobil gemacht und radikalisiert werden, um das zu erreichen. Björnson wurde der Dichter dieser Bewegung. Er hatte die Bedingungen dazu; er war als Sohn eines Landpfarrers dem Bauerntum so nahe aufgewachsen, daß er es kannte, und als Beamtensohn zugleich so fern, daß er es zu idealisieren vermochte. Er konnte also zugleich die Rechte der norwegischen Bauern vertreten und zugleich unter dem Einfluß einer romantischen Geschichtsschreibung, die den Bauern als Nachfahren der alten Hünplünger schilderte, ihn glorifizieren, und er tat das mit glücklichem Instinkt, indem er in der Darstellung die Rechte der lebendigen Sprache wahrte und zugleich Darstellungsmittel der großen norwegischen Literatur des Mittelalters anwandte. Daher die ungeheure Wirkung dieser Bauernnovellen, die weit größer war als etwa die der Bauerngeschichten des Arnebras Gottschalk oder gar des Berthold Auerbach. Sie wirkten nicht nur literarisch, sie wurden treibende Kraft in der politischen und sozialen Entwicklung; der norwegische Bauer, wie Björnson ihn sah, ging in das Bewußtsein der ganzen Nation über und spukt heute noch nach.

Wie aber Björnsons Bauer ins Bewußtsein der Nation überging, so auch Björnson selbst in der Gestalt, in der er damals vor der Öffentlichkeit trat. Er hat fester Bindungen genug durchgemacht; er hat seinen Kirchenlauben aufgegeben und sich vom Wunder- und Autoritätsglauben losgerissen, er hat den Sozialismus bald bekämpft, bald sich selber einen Sozialisten genannt, er hat als Republikaner agitiert und sich mit der erblichen Monarchie auseinandergesetzt, er hat den Krieg als Strafrecht gelehrt und den Völkerrfrieden propagiert, er hat Deutschland den Krieg erklärt und für den Völkerrfrieden geschwärmt, er hat die Bohème bekämpft und ist für den Simplicismus eingetreten. Er blieb doch bei allen Wandlungen, die er durchmachte, der Romantiker, dem der Liberale alten Stils und der Pfarrersohn im Nacken saßen. Er wandelte sich, aber erst war es nach ihm z. B. der liebe Gott, der die Franzosen 1870 kraitete, dann blühten die Franzosen für ihre Unfähigkeit. Er kam eben nie von der Art des Denkens und Fühlens los, die der Umgebung seiner Jugend angepaßt war. Und daher wurde er auch allmählich etwas beiseite geschoben. Wohl stand er noch da als die Personifikation der sozusagen klassischen nationalen Erhebung, aber seit dem achtziger Jahren etwa etwas abseits der führenden Politiker, nicht selten eine Zielgröße des Spottes der Jugend. Als 1905 die Erhebung in der Verfassung von Schweden ihren Abschluß fand, irrte er als Politiker im entscheidenden Moment hin und her und wurde von den Realpolitikern beiseite geschoben, um dann wieder als nationale Dekorationsfigur hervorgehoben zu werden.

Es ist nun hier nicht der Ort, das ganze dichterische Schaffen Björnsons anzurufen und zu beurteilen. Es kam darauf an, seine erste, aufstrebende Gestalt verständlich zu machen, und das ist bei ihm die Hauptaufgabe; denn er gehört zu den Dichtern, die gleich mit ihrem Hauptwerk debütierten. Er gehörte belletrisch nicht zu den großen europäischen Dichtergestalten, die sich machtvoll entwickeln und die Kultur ihrer ganzen Zeit in sich aufnehmen. Er fand sich geschäftig, immer regsam, immer auf rasches Reagieren eingerichtet, mit dem Neuen in seiner Welt ab, indem er es umgab und seiner Art anpaßte. So wurde er für sein Volk ein Leben weckender Agitator und Popularisator ohne gleichen. Sein ganzes Schaffen ist nun, nachdem er sich einmal der Nation vorgelegt hat, aufzusuchen als eine fortgesetzte Aufklärungsarbeit. Wenn ihn irgendeine politische oder ethische Frage packt, reißt er im Lande umher und hält Vorträge, schreibt er seine Kritiken, blättert er. Das geht immer Hand in Hand. Er hält Vorträge über Monogamie, predigt gegen die Brunnst und veröffentlicht den Handschuh. Er schlägt sich mit der Religion herum und schreibt auf Gottes Wegen und dem ersten Teil von Ueber unser Kraft, er schreibt über Mähdemokratie und blättert Man flagt im Hafen und in der Stadt. Noch in seinem letzten Bild, in dem er ruhiger und heiterer geworden als seit langen Jahren, regt sich die Polemik, die er frühere Diskussionen über die Frauenfrage antküpft.

Es ist müßig hier jetzt zu fragen: wie viel wird von dieser Aufklärungs- und Kampfbildung bleiben? Es ist schon vieles zu Boden gefallen, unendlich viel mehr als von Ibsen und auch von Jonas Lie, seinen Weggenossen. Die Gestalt Björnsons wird doch lebendig bleiben, selbst wenn alle seine Werte verblasen sollten. Er wird sogar selbst dann populärer bleiben als Ibsen. Einfach darum, weil jeder norwegische Junge auf Jahrzehnte hinaus hören wird, daß Norwegen zwei Dichter seiner nationalen Erhebung im 19. Jahrhundert hatte, der eine war Bergeland, der andre Björnson. Und dann wird man ihm erzählen, wie er sich rastlos ausgab und immer in der Öffentlichkeit stand, dichtete, schrieb und sprach und nicht umzubringen war und wie wunderbar es ist, daß ein Mensch bald 77 Jahre lang in ewiger, heftiger Bewegung sein kann, bis wenige Monate vor seinem Tode.

Und vom Dichter Björnson wird außer seinen ersten Bauerngeschichten vielleicht kein einziges Stück und keine einzige Erzählung wirklich lebendig bleiben; aber seine Frauengestalten werden sicher ein langes Leben führen. Denn es ging ihm so, daß er selbst dann, wenn er Frauengestalten bekämpfte, wie in Laboremis, sie so schäuf, daß sie begeistern konnten. Er hat da u. a. in einem Stück, das allerdings politisches erdrückt, eine Frau aufgerichtet wie Thora Parberg, die wie Zukunftserhebung wirkt, und er hat eine ganze Reihe von schwachen und tüchtigen Frauen gezeichnet, die voller Lebenswärme sind. Er war eben als ungeheurer impulsiver Natur noch in weit höherem Maße zum Frauenlob geschaffen als selbst sein großer Rivale Henrik Ibsen.

Singelaufene Schriften.

Alexander Wheelock Thayer, Ludwig van Beethovens Leben. Nach dem Originalmanuskript deutsch bearbeitet von Hermann Deiters. Zweiter Band. Zweite Auflage. Mit Benutzung von hinterlassenen Materialien des Verfassers und Vorarbeiten von Hermann Deiters neu bearbeitet und ergänzt von Hugo Niemann. Leipzig, Verlag von Breitkopf u. Härtel. Preis 12 M.

Felix Krüger (a. o. Professor an der Universität Leipzig). Mitbewegungen beim Singen, Sprechen und Hören. Sonderabdruck aus der Zeitschrift der Internationalen Musikgesellschaft. Leipzig, Verlag von Breitkopf u. Härtel. Preis 50 Pf.

Wilhelm Bölsche, Komet und Weltuntergang. Jena, Verlag von Eugen Diederichs. Preis 1 M.

August Friedrich Krause, Das tolle Deutsch. Roman. Berlin, Verlag von Egon Fleischel u. Co. Preis 4 M.